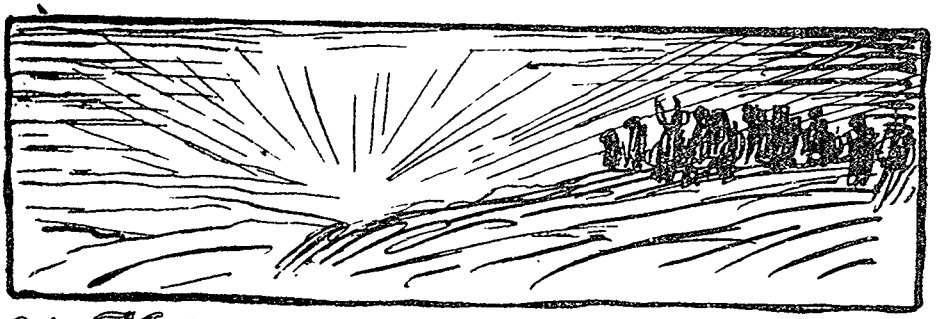

31. Mai 1920

HERMAN KRANOLD · ABSCHIED VON DER DEUTSCHEN NATIONALVERSAMMLUNG

RUHMLOS, wie sie gelebt, hat die deutsche Nationalversammlung ihre Tage beschlossen. Am letzten Tag, am 21. Mai, hat sie ‹freilich nicht direkt sondern durch die Hintertür der Geschäftsordnung› für das Weiterbestehen der Militärgerichtsbarkeit gesorgt, die schon vor anderthalb Jahren hätte abgeschafft sein können. Und am Tag vorher hat sie ihren antifranzösischen, also gegen den Zusammenschluß des europäischen Festlands gerichteten Kurs, bei dem sie durch Sympathiewerbung in England und Amerika Erfolge zu erzielen vermeint, dokumentiert. So haben die letzten beiden Tage der deutschen Nationalversammlung uns noch je ein Symbol ihrer Innen- wie ihrer Außenpolitik gezeigt.

Wenn das deutsche Volk jetzt von der Nationalversammlung Abschied nimmt, um am 6. Juni den ersten Reichstag der deutschen Republik zu wählen, so wird es sich über die Leistungen seiner Konstituante klar werden wollen: schon um aus ihnen die notwendigen Schlußfolgerungen für die Zusammensetzung des Reichstags zu ziehen. Hat die Nationalversammlung den Erwartungen entsprochen, mit denen das deutsche Volk sie gewählt hat? Hat sie den Forderungen genügt, die schon vor dem Umsturz des 9. November 1918 an sie gestellt wurden, als in den Sozialistischen Monatsheften zum erstenmal der Ruf nach einer »aus allen deutschen Volksteilen, die sich zu einem neuen Deutschen Reich zusammenschließen wollen, zu bildenden konstituierenden Nationalversammlung« erscholl? Diese Frage beantworten heißt mehr als einen bloßen Rückblick auf das erste Jahr deutschrepublikanischer Politik vornehmen. Es heißt feststellen, welche großen Gelegenheiten zur Erneuerung des deutschen Lebens, die die Revolution geboten hat, versäumt sind; und es heißt gleichzeitig einen Beitrag zur Kenntnis derjenigen Faktoren bieten, die die Gestalt oder Gestaltlosigkeit der deutschen Politik bestimmen, einen Beitrag, der es ermöglicht wenigstens das eine oder das andere über die Hoffnungen oder Befürchtungen klarzustellen, die für die Zukunft des deutschen Volkes, für die Wiedergewinnung und Weiterentwickelung seiner Schaffenskräfte und damit für den Anteil, den es an dem Weltgeschehen nehmen wird, der aufmerksame Beobachter hegen muß.

Da ist zunächst zu sagen, daß als Werk der Nationalversammlung in der Innenpolitik eine große Anhäufung von Gesetzen vorliegt, die, äußer-

lich betrachtet, eine außerordentlich stattliche Leistung ausmachen. Wohl kaum ein Parlament hat es vermocht in so kurzer Zeit so gewaltige Paragraphenwerke fertigzustellen wie es diese Nationalversammlung getan hat. Aber bei dieser Feststellung muß die Anerkennung auch schon stehenbleiben. Denn diese Gesetzgebung kann wirklich nur unter dem Gesichtspunkt eine Leistung genannt werden, daß man sagt: Die Masse muß es bringen. Schon in der äußern Form ist die Qualität dieser Gesetzgebung recht gering. Charakteristisch dafür ist, daß in vielen Gesetzen ganz entscheidende Fragen auf die Ausführungsbestimmungen abgeschoben sind. Und dies von einem Parlament, das sicherlich nicht die Absicht hatte seine eigene Allmacht zu beschränken, das aber, lediglich auf parteipolitische und taktische Erwägungen eingestellt, einzig von der Sorge jeder Partei getragen, wie sie sich möglichst viele Mitläufer bei der nächsten Wahl sichern könne, vor den praktischen Notwendigkeiten der allgemeinen gesetzgeberischen Grundsätze verständnislos dastand und völlig ratlos war, wenn es in Sachliches eintreten sollte. Dabei war es freilich fast noch schlimmer, wenn die Nationalversammlung die solcher Gegebenheit angemessene weise Selbstbeschränkung nicht übte, wenn sie sich in die Substanz ihrer gesetzgeberischen Akte allzu tief einließ. So kam es, wie bei den Steuergesetzen und bei dem Gesetz über die Postgebühren, entweder zu einem ziemlich gedankenlosen Herunterschlucken dessen, was die Geheimräte des alten Regimes in moderner, *demokratischer* Aufmachung ihr vorsetzten, oder, wie bei dem Gesetz über Betriebsräte, zu erneuten Abänderungsgesetzen, wenn nach ganz kurzer Zeit schon die Unbrauchbarkeit wesentlicher Gesetzesbestimmungen so offenbar wurde, daß jedermann sie einsehen mußte.

Die Zerfahrenheit der Nationalversammlung trat daneben aber auch in den Grundsätzen hervor, die das Maß für ihre gesetzgeberischen Akte bildeten. Man braucht sich nur einmal die Reichsverfassung mit ihrer Fülle von Halbheiten anzusehen, um sich darüber klar zu werden, daß dieses Parlament im tiefsten eigentlich überhaupt keine sachlich orientierten politischen Überzeugungen hatte, daß es im stürmisch bewegten Meer des politischen Lebens hilflos umhertrieb und nur bemüht war auf jeder Welle zu schwimmen, gleichviel, wohin.

Gewiß war diese Nationalversammlung ein Parlament der Koalitionspolitik, und wenn in der Gesetzgebung, die von ihr stammt, Kompromisse sichtbar geworden sind, wie sie durch das Wesen einer Koalition bedingt sind, so muß man sich damit abfinden. Ein Volk, das eine Nationalversammlung wählt, die, um überhaupt Politik machen zu können, Koalitionspolitik treiben muß, darf sich nicht beklagen, daß die dabei unvermeidbaren Kompromisse das Ergebnis sind. Sehr viele der Ergebnisse in der Gesetzgebung dieses Jahres aber lassen sich durch das Bedürfnis Gegensätze innerhalb der regierenden Parteien auszugleichen keineswegs erklären. Sie zeugen vielmehr lediglich von der Unproportionalität zwischen der Größe der Aufgaben, die dieser Versammlung gestellt waren, und dem geringen Grad von Mut und Sachkenntnis, mit dem sie ausgestattet war. Da haben wir in erster Linie die Tatsache, daß die entscheidenden Verfassungsfragen selbst, nämlich das Verhältnis des Reichs zu seinen Teilen und das Verhältnis der politischen Regierung zur Wirtschaftsverwaltung der Nation, überhaupt nicht

gelöst wurden, daß man vielmehr für beide Fragen nur die Wege zu ihrer Lösung angab und diese dazu noch in so unwegsamem Gelände anlegte, daß der Versuch hoffnungslos erscheinen muß auf ihnen das Ziel zu erreichen. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß die Nationalversammlung nicht Gelegenheit gehabt hätte das Richtige kennen zu lernen und zu wählen. Dem Problem, wie das Reich sich zu seinen Teilen verhalten soll, hatte der erste, von Preuß ausgearbeitete Verfassungsentwurf beizukommen versucht: zwar in überaus zaghafter Weise, doch immerhin so, daß sich auf dieser Grundlage schon etwas aufbauen ließ. Und für die Ausgestaltung eines Wirtschaftsparlaments ist von einer Reihe von Vertretern fast aller Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, nach dem Vorgang der Sozialistischen Monatshefte das Richtige wieder und wieder empfohlen worden. Aber beides glitt an den Verfassungsgebern ab. In beiden Fällen war mit sachlichen Entscheidungen keine handfeste Wahlpropaganda zu machen, in beiden Fällen war daher eine sachliche Lösung des Problems nicht zu erreichen. Diese beiden Punkte waren die entscheidenden des Werkes, zu dessen Vollbringung eine konstituierende Nationalversammlung überhaupt berufen worden war. Und gerade diese sind unerledigt geblieben.

Die selbe Mischung von Ideenlosigkeit und Mangel an Mut entstellte auch die Außenpolitik der Nationalversammlung, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann. Denn obwohl die Nationalversammlung einen besondern Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten eingesetzt hat, hat sie doch während ihrer Amtsdauer nirgends einen tätigen Anteil an der Führung der Außenpolitik Deutschlands genommen. Und doch muß sie für die Außenpolitik der Regierungen, die sie an die Spitze gestellt hat, verantwortlich gemacht werden. Denn sie hat sie die Bethmannpolitik einfach fortsetzen lassen, wenn dabei auch, der veränderten Zeitlage entsprechend, die pathetischen Reden des Staatsmanns durch die *flammenden Proteste* des Volksmanns ersetzt wurden. Die außenpolitischen Taten der 3 republikanischen Kabinette, die sich nur durch die Namen ihrer Präsidenten von einander unterschieden, sind die Taten der Nationalversammlung, denn ohne ihre je nach der Stellung der Parteien mürrische oder jubelnde Zustimmung und ohne das schwächliche Verhalten der Opposition, die alle Fehler geschehen ließ und sich in der Hauptsache auf Parteipolemik beschränkte, wäre eine solche Politik nicht möglich gewesen. Diese erschöpft sich, will man sie charakterisieren, in zwei Eigentümlichkeiten: in Mutlosigkeit und in Unproduktivität. Mutlos war sie insofern, als sie sich, trotz allen vorauszusehenden Enttäuschungen, nicht entschließen konnte die von der Regierung des alten Regimes ererbte blind angelsächsische Orientierung zu verlassen und sich entschieden auf den Boden der Tatsache zu stellen, daß eine gemeinsame, in ihren Folgen furchtbare Not die Völker des europäischen Festlands bedrängt, und daß deshalb über alle Zwistigkeiten hinweg nur ein planmäßiges gemeinsames Arbeiten dieser Völker die Bedrohung ihrer Zukunft bannen kann. Unproduktiv war sie einmal durch das Fehlen jeder konstruktiven Idee, dann aber auch, weil sie, statt den Gegnern Fall für Fall positive Vorschläge zu machen oder auf positive Vorschläge des Gegners einzugehen, sich lediglich in Serien von Protesten gegen die Härten des Friedensvertrags von Versailles (dessen Charakter nun einmal durch den Krieg, wie er geführt worden war, bestimmt, und dessen Annahme nach unserer militärischen

Niederlage unvermeidlich war) erging, allen sachlichen Verhandlungen aber so lange wie möglich ausbog und überdies alle Verpflichtungen, die das Reich übernommen hatte, in der Ausführung, soweit der Kontinent (Frankreich) in Frage kam, so viel wie möglich abzuschütteln suchte, obgleich deren Erfüllung durch den Aufbau einer europäischen Gemeinwirtschaft gerade auch dem deutschen Volk neue Aufstiegsmöglichkeiten bot. Eine solche Politik selbstmörderischer Kurzsicht wäre nicht möglich gewesen, wenn dieses Parlament irgendwie die Energie gehabt hätte, die zu grundlegenden Neuschöpfungen erforderlich ist. Aber nichts ist ja für ihren Mangel an Tatkraft bezeichnender, als daß sich die Nationalversammlung bei der Gestaltung der Verfassung Deutschlands selbst einen Vormund, nämlich den Reichsrat, einsetzte, der ihre freie Entscheidung an allen Ecken und Enden hinderte. Dadurch war ein einheitliches Nationalbewußtsein, das das deutsche Volk seit jeher vermissen ließ, das aber, als dieses Volk zum erstenmal in freiester Selbstbestimmung an die Gestaltung seiner Geschicke ging, elementar hätte aufflammen müssen, schon in seinem Entstehen gehemmt. Und das wiederum hatte zur Folge, daß die deutschen Gesamtinteressen auch in der Außenpolitik nicht erkannt wurden.

Die Eigenschaften, die in der Innen- und in der Außenpolitik das scheidende Parlament kennzeichnen, sind auch in der Wirtschaftspolitik hervorgetreten. Nur, daß man hier nicht sagen kann, daß das Gefühl der Inkompetenz dazu geführt hätte. Gerade auf diesem Gebiet wäre aber ein solches Gefühl durchaus am Platz, und die praktischen Folgerungen daraus wären dringend zu wünschen gewesen. Daß ein unter parteipolitischen Gesichtspunkten gewähltes Parlament für die Leitung der Wirtschaft Deutschlands ungeeignet ist, dessen war sich offenbar jeder Abgeordnete dumpf bewußt. Daher kam es überhaupt zu einem Kompromiß in der Frage des Reichswirtschaftsrats, daher auch die Bereitwilligkeit, mit der zu grundlegender und grundstürzender Wirkung offiziell bestimmte (aber hierfür gänzlich ungeeignete) wirtschaftliche, sozial- und finanzpolitische Gesetzesvorlagen in Bausch und Bogen akzeptiert wurden. Nur dazu reichte dieses Gefühl der Inkompetenz nicht aus, daß das Parlament in einem Akt einsichtiger Selbstentäußerung die Wirtschaftspolitik seiner eigenen Zuständigkeit entzogen und sie einem Parlament der schaffenden Arbeit übergeben hätte. Denn ein solcher Entschluß hätte wiederum Mut erfordert. Man blieb daher lieber bei dem altliberalen und, wie so vieles aus der liberalen Erbschaft, von der Sozialdemokratie als Glaubensartikel hochgehaltenen Schlagwort vom Einkammersystem (das ohnehin nicht besteht).

Es braucht bei dieser Gelegenheit nicht im einzelnen nachgewiesen zu werden, inwiefern die wirtschaftliche, sozial- und finanzpolitische Gesetzgebung der scheidenden Nationalversammlung verfehlt war. Das ist hier so oft geschehen, daß jeder Leser Bescheid weiß. Es genügt ein einziges Beispiel zu erwähnen: das Schicksal der Planwirtschaft. Genosse Rudolf Wissell, der die Not der deutschen Wirtschaft richtig erkannt und einen Plan ausgearbeitet hatte, der, mochte er auch in Einzelheiten nicht ganz glücklich sein, doch in seiner Grundtendenz das zurzeit Notwendige traf, wurde durch eine Hetze zu Fall gebracht, an der sich alle Parteien beteiligten. Zu der Durchführung seiner Planwirtschaft hätte es nun wieder zweier Eigenschaften bedurft, nämlich des Mutes energisch zuzupacken und des gründlichen Sach-

verständnisses bei der Regelung der gesetzgeberischen Einzelheiten. Da das Parlament aber gerade den Willen zu diesem beiden nicht besaß, aber auch nicht selber abdanken wollte, so mußte Wissell gehen. Er erlebte es dann, daß seine Nachfolger auf Umwegen, unter Zuhilfenahme der Verwaltung statt der Gesetzgebung, seinen Plan zu verwirklichen sich mühten: doch nur in einigen ausgewählten Stücken, die darum sinnlos waren; denn es handelte sich um einen Plan, der eben als Ganzes, als eine Einheit allein Bedeutung hatte. Die Wirkung ist denn auch nicht ausgeblieben. Die wirtschaftliche Gesetzgebung der verflossenen anderthalb Jahre hat es fertiggebracht Deutschland zu einem Wirtschaftskörper zu machen, bei dem die Steuerhinterziehung noch besonders prämiiert wird, in dem die großen Kapitalien entweder abgebaut oder verantwortungslosen *Schiebern* überantwortet werden, anstatt daß man sie sorgsam ausbaut und produktiv in den Dienst der Volksgemeinschaft stellt.

Geht man dem hier so gekennzeichneten Charakter der Nationalversammlung nach, so findet man ihn in zweierlei begründet: in der Gebundenheit der Abgeordneten an die Schlagworte blutleerer Parteiprogramme und in dem Vorwalten wahlpolitischer Rücksichten gegenüber sachlichen Gesichtspunkten. Diesen beiden Umständen sind die Fehler zuzuschreiben, die sich in der ganzen deutschen Politik zeigen. Sie haben vor dem Krieg das deutsche Volk politisch unmündig und unfähig gemacht sich selbst zu regieren und es damit einer Bureaukratie ausgeliefert, die, auch wieder mit diesen selben Fehlern behaftet, kein Unheil rechtzeitig kommen sah und deshalb auch keins verhüten konnte. Sie haben uns in den Krieg hineingeführt und bewirkt, daß wir ihn verloren haben; sie tragen die Schuld an allen entscheidenden militärischen Niederlagen und allen grundlegenden politischen Fehlern, die in den furchtbaren langen Kriegsjahren gemacht worden sind. Und sie haben auch noch nach dem Zusammenbruch des alten Regimes bis zur Erhebung der Lüttwitz und Genossen die deutsche Politik bestimmt. Sie schufen ein Wahlrecht zur Nationalversammlung, das nun eben den Trägern der Schlagworte, den Parteileitungen die Auswahl der Abgeordneten und damit die Leistung der Nationalversammlung auslieferte, und sie haben uns jetzt wieder eine neue in gewisser Hinsicht noch verschlechterte Auflage dieses Listenwahlsystems beschert, die die Bestimmung der zu Wählenden wiederum den Wählern entzieht, obendrein noch den notgedrungen Abgedankten eine Tür öffnet und damit einer kenntnis-, mut- und ideenlosen Bureaukratie aller Parteien die Zusammensetzung des ersten Reichstags der deutschen Republik und damit diese selbst überantwortet.

Wenn trotzdem in der Zukunft die Entwickelung Deutschlands in die richtige Bahn einlenken wird, so nicht dank der eigenen politischen Arbeit, nicht dank dem Wirken seiner Volksvertretung, sondern nur deshalb, weil die Forderungen der Zeit mit der ungeheuren Wucht, die ihnen durch die Not anhaftet, sich selbst gegen die ideenloseste Politik schließlich durchsetzen müssen. Aber neue schwere und nutzlose Opfer, wie solche schon zu viele gebracht worden sind, könnten erspart werden, wenn dafür gesorgt würde, daß der Abschied von der Nationalversammlung auch der Abschied von ihrer Politik, daß er der Anfang eines wirtschaftlichen, politischen und geistigen Neuaufbaus des deutschen Landes und Volkes wird.

MAX SCHIPPEL · BETRIEBSRÄTE, ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND GEWERKSCHAFTEN IN ENGLAND

OB wir in Deutschland bei allem selbstzufriedenen revolutionären Auftrumpfen und Gebaren, nicht doch in vielen Beziehungen hinter den Ländern zurückbleiben, denen ein ruhigeres und stetigeres sozialpolitisches Fortschreiten, ohne Sprünge und ernsthafte Zusammenbrüche, beschieden war? Einfach in den alten Geleisen und im gewohnten Zeitmaß bewegt sich freilich nirgends die Entwickelung mehr. Aber es ist dennoch ein gewaltiger Unterschied zwischen der fahrigen deutschen Hast und Unrast, die mit einemmal so viel Versäumtes nachzuholen und Rückständiges abzuschütteln hat, und die, wie es kaum anders sein kann, dabei nach oben wie nach unten vielfach die genügende Vorbereitung und reife Erfahrung vermissen läßt, und etwa den englischen Klassenauseinandersetzungen, bei denen eine, über den wechselnden und verwirrenden Einzelereignissen stehende Urteilsreife und Verständigungsschulung zuletzt immer wieder die unberechenbaren Seitensprünge der Eintagserregung ausgleicht und überwindet.

Auch auf dem vielumstrittenen, im großen und ganzen jedoch noch wenig bekannten Weg der Arbeitsgemeinschaften scheint auf diese Weise England rascher und wirkungsvoller vorzurücken als Deutschland. In der Rückwirkung auf die Betriebsratsfrage und überhaupt in deren allgemeiner Auffassung und Inangriffnahme ergeben sich dabei bezeichnende Abweichungen von der deutschen Verlegenheitspolitik, die trotz ihrem gelegentlichen *zielbewußten* Aufputz jeden einheitlich leitenden, einem bestimmten Ziel der Produktionsverfassung zusteuernden Grundgedanken vermissen läßt. Das deutsche wirtschafts- und sozialpolitische Vorgehen ist viel zu sehr durch von außen her andrängende Zielsetzungen beeinflußt und endet deshalb zu oft und zu leicht in lähmenden Enttäuschungen. Das englische Gegenstück wächst organischer aus den seit langem vorhandenen Triebkräften heraus, meist ohne auffällige Anlässe und Begleiterscheinungen, ohne besondere programmatische Ankündigungen und selbst Anschauungen. Man erreicht dabei aber, mitunter überraschend frühzeitig und umfassend, immer wieder eine förmliche neue Entwickelungsstufe, die sich recht wohl in einem neuen *Prinzip* zusammenfassen läßt, um so sicherer und unverlierbarer.

VON der englischen, Zentralarbeitsgemeinschaft, dem neuen paritätischen Sozial- und Wirtschaftsparlament, dessen Beschlüssen unter Umständen Gesetzeskraft zugedacht ist[1]), hört man bisher allerdings noch wenig. Doch auf eine solche Krönung des Ganzen kommt zunächst nicht allzuviel an; sie stellt nicht entfernt die erstrebte soziale und politische Kraft dar, solange der tra-

[1]) Siehe Schippel Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitsgemeinschaften in England und das Sozialprogramm der englischen Arbeitsgemeinschaften, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 I, Seite 236 ff. und 318 ff. Für das oben Ausgeführte dienten als Grundlage die Berichte des Whitleyausschusses (die in Übersetzung demnächst als 9. Heft der Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft in Dresden erscheinen werden); ferner die Labour Gazette und das mehr popularisierende Month's Work aus dem englischen Arbeitsministerium. Der erste grundlegende und Aufsehen erregende Whitleybericht erschien übrigens Anfang März 1918, also eine ziemliche Zeit vor den deutschen Anläufen zur entwickeltern Arbeitsgemeinschaft.

gende, die nächsten konkreten Interessenfragen umschließende Unterbau von Joint Industrial Councils der Einzelindustrieen und der Hauptproduktionszweige noch schwach oder ganz ungleichartig entwickelt ist. Öffentliches Ansehen und unmittelbare oder mittelbare politische Bedeutung wächst einer solchen Spitze nur in dem Maß zu, wie sie sich darauf berufen kann, daß die anerkannten Vertretungen aller hervorragenden Gliedproduktionen in ihr die letzte, einheitliche Zusammenfassung finden. Das Bemühen paritätische Ausschüsse für die besonderen Wirtschaftszweige zu erreichen steht daher ganz folgerichtig seit Anbeginn und noch gegenwärtig im Vordergrund der ganzen englischen Bewegung.

Entsprechend hieß es Anfang 1918 in einem Merkblatt des Arbeitsministeriums: Die Regierung bedürfe dringend des Rates der an der Industrie Näherbeteiligten. Sie werde daher die ständigen Industrial Councils als die gegebene vermittelnde Instanz (the normal channel) benutzen, um die Erfahrung und das Urteil der Einzelindustrieen einzuholen und für sich nutzbar zu machen. Viele Entscheidungen könnten jedoch der Selbstverwaltung der Gewerbszweige überlassen bleiben, »vorausgesetzt, daß diese über eine Organisation verfügen, die als genügende Vertretung aller Branchen und Interessen angesehen werden kann«:

»Die Schaffung von Industrieausschüssen wird deshalb in weitem Umfang das Regierungseingreifen überflüssig machen, wie es heute noch unumgänglich ist, und an dessen Stelle ein wirkliches Selbstverwaltungsleben setzen.«

Eine eigene Abteilung im Arbeitsministerium widmet sich diesem Organisationsgebiet: eben den Arbeitsgemeinschaften und ihren Gruppen, wie wir in Deutschland statt Industrieausschüssen (Industrial Councils) sagen würden. Jedes Heft der Labour Gazette oder des mehr volkstümlich aufklärenden und anregenden Month's Work bringt hierhergehörige Mitteilungen und Hinweise. Im April 1920 konnte die Zahl der funktionierenden Industrial Councils bereits auf 55 angegeben werden. Und, wie das Month's Work vom April 1920 berichtet:

»Andere sind in Aussicht genommen, und obwohl einige der größten Industrieen unseres Landes den Whitleygedanken noch nicht angenommen haben, so ist doch klar ersichtlich, daß die Hauptmasse der Unternehmer wie der Arbeiter in naher Zeit in einer dieser Körperschaften vertreten sein wird. Daß Unternehmer wie Arbeiter sich gleichermaßen der ihnen vollkommen neuen Art der industriellen Organisation anzupassen wußten, und daß die Bildung der Ausschüsse ohne besondere Schwierigkeiten vor sich ging, ist einer der bemerkenswertesten Züge in unserm Gegenwartsbild.«

Damit gar nicht zu vergleichen ist die Behandlung der selben deutschen Bewegung durch unsere Regierungsstellen oder in unserm Reichsarbeitsblatt ⟨an dessen sehr angebrachte innere und äußere Umgestaltung [2]) man auch heute, nach mehr als anderthalbjährigem Bestand eines selbständigen Reichsarbeitsministeriums, noch immer nicht zu denken scheint⟩.

Echt englisch ist ferner das verhältnismäßig vorsichtige und zurückhaltende Abstecken der nächsten Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften, ohne doch den Weg für ein späteres Weiterausgreifen zu versperren. Die englischen Arbeitsgemeinschaften sind in der Tat vorläufig mehr noch als die unter außerordentlichem politischen Druck geschaffenen deutschen eine Fortsetzung der

[2]) Siehe Schippel Aufbau und Ausbau des Reichsarbeitsamts, in den Sozialistischen Monatsheften, 1918 II, Seite 1012 f.

eingelebten, eine ganze inhaltreiche soziale Entwickelungsstufe Englands kennzeichnenden alten Tarifvertragspolitik. Was hier durch gemeinsame, mit der Zeit immer mehr gefestigte Vertretungen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände geregelt wurde, erhält nach den verschiedensten Seiten einen ergänzenden Anbau: Das Schlichtungswesen, die Werkstätten- und Fabrikhygiene, die Lehrlings- und Fachausbildung, die sonstigen Arbeitsbedingungen sollen beständig nachgeprüft und höher entfaltet werden. Daneben jedoch spielen bereits eine einflußreiche Rolle: die allgemeinen Industrieverhältnisse und deren Verbesserung, die Sorge für einen gleichmäßigern Geschäftsgang und damit für geringere und erträglichere Schwankungen des Arbeitsbedarfs, für gerechtere Arbeiterabfindung und -beteiligung bei innerhalb des Betriebs gemachten und angewendeten Erfindungen, für Bildungs-, Unterhaltungs- und Sportgelegenheit, für regelmäßige Sozial- und Produktionsstatistiken, für Informationsstoff aller Art. Aber fast überall sehen die Satzungen bei aller Mannigfaltigkeit ihres Inhalts zugleich die Einwirkung auf die Regierung und die Gesetzgebung vor: die Abgabe von Gutachten, ehe Schritte der Gesetzgebung oder Verwaltung erfolgen, die Verfechtung der Bedürfnisse und Wünsche der Produktion vor der öffentlichen Meinung und den politischen Körperschaften. In den entworfenen Umrissen für eine, aus den Vertretungskörperschaften der Einzelindustrieen herauswachsende Zentralarbeitsgemeinschaft steigert sich dieses offensichtliche Drängen nach sozial- und wirtschaftspolitischer Einflußnahme alsdann bis zur Forderung eines umfassenden Wirtschaftsparlaments, für das man etwa 400 Mandate, je zur Hälfte für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, in Aussicht nahm.

Die Parität, bis in die letzten Einzelheiten durchgeführt, bildet, wie kaum nochmals besonders betont zu werden braucht, das hervorstechende Kennzeichen der sich in alledem ankündigenden neuen Entwickelungsstufe. Ein einseitiges Übergewicht der kapitalistischen Mächte ist, wie die Unternehmerschaft erkennt und zugesteht, nicht mehr aufrechtzuerhalten. An eine schroffe Vorherrschaft der Arbeiterklasse ist, nach allen Vorbedingungen des heutigen Wirtschaftslebens, gleichfalls nicht zu denken. Als beste soziale Zwischenformation bietet sich deshalb vorläufig die Parität dar, bei der kein Teil den andern vergewaltigen und glattweg überstimmen kann, bei der sich aber die tieferen Triebkräfte des sozialen Fortschreitens trotzdem, ohne ein dauerndes gegenseitiges Sichaufheben, hinreichend Geltung zu schaffen vermögen, indem sie die geschlossene Einheitlichkeit der jeweiligen Gegenseite mit der Zeit erschüttern und zernagen.

HARAKTERISTISCH für die englische Auffassung ist außerdem die unbedingt ausschlaggebende Wertung der Produktion und des Produktionszweigs als eines gleichartigen, für die neue Interessenvertretung ausschließlich maßgebenden Ganzen, während dagegen dem Betrieb, dieser durch die bloße privatgeschäftliche Einheit veranlaßten örtlichen Verbindung von sozialen Elementen und seinen mehr von zufälligen Nebenströmungen beeinflußten Interessen und Interessengegensätzen, nur eine untergeordnete und ergänzende Stellung zugemessen wird. Ausgangspunkt sind und bleiben die großen, sich unverkennbar gleichartig ausprägenden Interessenübereinstimmungen und Interessengegensätze eines ganzen Erwerbs- und Berufszweigs, sind

und bleiben deshalb folgerichtig die großen Berufsorganisationen, Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbände. Die Wichtigkeit einer Vertretung und Auseinandersetzung der besonderen Interessen im Betrieb wird daneben nicht verkannt, aber solche Vertretungen haben sich nur als dienende Glieder in den allgemeinen Vertretungsaufbau einzufügen, und sie (die Work's Committees, die Betriebsräte, wie wir in Deutschland trotz der etwas abweichenden Ausgestaltung sagen würden) haben sich folgerichtig immer von neuem den Erwägungen und Entscheidungen der größeren, einheitlicheren Berufsorganisationen, vor allem den Gewerkschaften unterzuordnen. Die Forderung einer Erhebung der Betriebsräte zur Grundlage aller weiteren Bezirks- oder gesamtnationalen Vertretungen fiele in England vollkommen aus dem Rahmen des Denk- und Erreichbaren heraus, soweit es sich dort um eine wirkliche Bewegung auf dem Gebiet des produktionellen, wirtschaftlich-sozialen Verfassungslebens handelt. Die Work's Committees sollen lediglich letzte, ziemlich unselbständige Ausstrahlungen der in voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit aus ganz anderen Ursachen und Rücksichten entstehenden Verfassungsgebilde ganzer Produktions- und Berufszweige sein, für die man die breite tragkräftige und sachgemäße Unterlage in den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden unbestritten gegeben sieht.

Schon die vorgesehenen vielfach bereits bestehenden Bezirksarbeitsgemeinschaften (District Joint Industrial Councils) sind aus diesen Erwägungen heraus nur als Unterglieder der national einheitlichen Produktions- und Berufsorganisationen (National Industrial Councils) gedacht: also nicht als bunt gemischte *territoriale* Körperschaften etwa nach Art unserer Industrie- und Handelskammern, und im vorteilhaften Gegensatz zu der mindestens unklaren und zweideutigen Erklärung der Reichsregierung vom 5. März 1919 und zum § 165 der Reichsverfassung. Bei den Betriebs-Committees gelangt dieses Rangverhältnis darin zum Ausdruck, daß sie überhaupt nur auf Anregung und nach den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft ins Leben treten sollen; von einer gesetzlich obligatorischen Einführung von Fabrikausschüssen und Betriebsräten scheint man in England selbst heute noch weit entfernt: in dieser Abweichung von der deutschen Sozialpolitik spiegelte sich seit jeher der ältere und gefestigtere Einfluß der englischen Gewerkschaften, bis in die Betriebseinzelheiten hinein, wider. Nach der Musteranweisung des Arbeitsministeriums haben ferner die Betriebsräte binnen einer Woche ihre Protokolle der Bezirksarbeitsgemeinschaft zu unterbreiten. Streitigkeiten, die bei uns den Schlichtungsausschüssen und den ⟨überhaupt noch nicht bestehenden⟩ Bezirkswirtschaftsräten zugewiesen sind, entscheidet in England die Bezirksarbeitsgemeinschaft, falls der zunächst berufene gewerkschaftliche Organisationsvertreter eine Verständigung nicht zu erzielen vermag. In dem Musterentwurf des Arbeitsministeriums ist deshalb ausdrücklich vorgezeichnet:

»Die Betriebsräte können keine Vereinbarungen treffen, die mit den Vollmachten oder Beschlüssen von Bezirks- oder Nationalarbeitsgemeinschaften oder mit Kollektivabkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden nicht in Einklang stehen. Ferner können von den Betriebsräten getroffene Vereinbarungen jederzeit von den Bezirks- oder Nationalarbeitsgemeinschaften oder durch Kollektivabkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wieder aufgehoben werden (may at any time be superseded).«

Und immer wieder baut sich diese Parität und diese Vertretung vorwiegend

auf der Organisation auf, nicht auf dem Nebeneinander und Durcheinander beliebiger Personenmassen. Das Mitglied des Betriebsrats soll nach der arbeitsministeriellen Anweisung immer ein Gewerkschaftsvertreter sein (the members should be trade union representatives). Der Bezirksleiter oder sonst ein anerkannter Führer der Gewerkschaft kann mit beratender Stimme an den Sitzungen jedes Work's Committee teilnehmen. Auf die Frage des Wiederaufbauausschusses, ob die Arbeitsgemeinschaften nur aus Organisationsvertretern zu bestehen hätten, antwortet der erste Whitleybericht ohne Umschweife:

»Nach unserer Absicht sollten die Arbeitsgemeinschaften (Councils) nur aus Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zusammengesetzt sein.«

Das Merkblatt des Arbeitsministeriums folgt alsdann diesem Gedankengang. Nebenher sei heute nur erwähnt, daß in England sogar die Work's Committees in der Hauptsache paritätisch gedacht sind, schon um die Unternehmer und ihre Stellvertreter zu einer immer tiefern und regelmäßigen Beschäftigung mit den hier zu erwägenden und zu entscheidenden Betriebsfragen zu erziehen:

»Für jedes Unternehmen sollte die Entwickelung und Tätigkeit des Betriebskomitees nicht unwichtiger erscheinen als die kaufmännische und technische Leistungsfähigkeit. Wir [die Whitleykommission] sind der Meinung, daß stets einer der Firmenteilhaber oder Direktoren oder sonst ein verantwortlicher Beauftragter der Leitung gut daran täte, wenn er einen wesentlichen Teil seiner Zeit und seines Denkens der wirksamen Tätigkeit und Entwickelung eines solchen Ausschusses widmete.«

DER fruchtbare Gedanke der wirtschaftlich-sozialen Selbstverwaltung, auf Grund der Produktions- und Berufsschichtung hat nach alledem in England wie bei uns immer tiefer Wurzel geschlagen. Auch dabei die Gleichberechtigung der Arbeiter und deren gleiches Mitwirken unumwunden anzuerkennen ist für England abermals ähnlich wie für uns ein gewaltiger Fortschritt über die alteingelebte Kollektivvertragspolitik hinaus, die sich wesentlich nur den hauptsächlichen Arbeitsvertragsbedingungen und Arbeitsrechtsausgestaltungen zukehrte.

Die nähere Ausführung dieser Politik der Arbeitsgemeinschaften bietet aber in England schon durch ihre größere einheitliche Folgerichtigkeit nicht geringe Vorzüge vor dem deutschen unsichern und unklaren Schwanken zwischen politisch-revolutionären Sowjeteinbildungen und rein wirtschaftlich-sozialem Reformwillen.

ERNST HAMBURGER · DIE NEUGLIEDERUNG DES DEUTSCHEN REICHS UND DIE AUSWÄRTIGE POLITIK

TERRITORIALE Veränderungen innerhalb des deutschen Gesamtgebiets bedeuten an sich keineswegs etwas Neues. In der deutschen Geschichte der letzten 125 Jahre, vom Beginn der französischen Revolution an, haben sich solche ständig und ununterbrochen vollzogen. Gegen 289 deutsche Einzelstaaten im Jahr 1792 zählte man deren im Jahr 1803 nur 176, nach den durch den Reichsdeputationshauptschluß und die anderen kriegerischen und diplomati-

schen Ereignisse in den ersten 15 Jahren des 19. Jahrhunderts herbeigeführten Umwälzungen nur noch 39. Es ist bekannt, wie sich diese Tendenz durch die Entwickelung im Lauf der ersten beiden Drittel des Jahrhunderts weiter fortgesetzt und durch den Friedensschluß des Jahres 1866 mit seinen, dynastische Prinzipien nicht achtenden Bestimmungen fürs erste ihren Abschluß gefunden hat. Die Zeit des Kaiserreichs war eine Epoche einer durch die wirtschaftliche Entwickelung bewirkten Entfesselung junger sozialer Kräfte und damit der Vorbereitung für die künftige endgültige Überwindung jedes dynastischen Prinzips in der deutschen Politik durch neu in den Geschichtsverlauf eingreifende Elemente; sie selbst aber zeigte sich unfähig zu einer irgendwie gearteten Umwälzung im Verhältnis der Bundesstaaten zum Reich oder der Bundesstaaten unter einander, wachte ängstlich über den Partikularrechten und rüttelte nicht an den Grundsätzen der Legitimität. Schützend stellten sich Preußens Historiker vor die Dynastieen, allen voran Heinrich von Treitschke, der noch 1864 in einer Studie über Bundesstaat und Einheitsstaat spöttisch gefragt hatte, ob man glaube, daß die Geschichte auf ihrem erhabenen Gang vor dem Fürstentum Reuß jüngere Linie ehrfurchtsvoll stillstehen werde, und der geweissagt hatte, daß die Zeit kommen werde, »da die kleinen Monarchieen für unsere Nation ebenso wertlos sein werden wie weiland die geistlichen Staaten, die Ritter und Städte. Unsere Geschichte wird nur ihrem Charakter treu bleiben, wenn sie dann auf irgendeinem Wege die Revolution des Jahres 1803 erneuert.«[1])

Kopfschüttelnd steht die deutsche Sozialdemokratie heute der Tatsache gegenüber, daß ihre Führer die Erkenntnis des für die politische Entwickelung Deutschlands Verhängnisvollen und den Willen zu seiner Beseitigung in dem Augenblick verloren haben, in dem sie zur Macht gekommen sind. Noch heute, anderthalb Jahre nach der deutschen Revolution, bestehen die kleinen Monarchieen mit der einzigen Veränderung, daß sie ihrer Monarchen verlustig gegangen sind. Zur organischen Zusammenfassung und Zerlegung der ehemaligen Staaten in Glieder des Reichs, die nach wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten gebildet sind, wurden erst in jüngster Zeit bescheidene und nur teilweise befriedigende Anfänge mit Groß Thüringen[2]) und Groß Berlin gemacht. Eine Neueinteilung Deutschlands nach einem einheitlichen Plan scheint sich nicht einmal anbahnen zu wollen. Vor allem sind für die Lösung des wichtigsten Problems: der Beseitigung der unnatürlichen Gebundenheit der preußischen Landesteile und ihrer Befreiung von einem nicht mehr lebensfähigen Zentralismus durch direkte Eingliederung der wirtschaftlich und kulturell zusammengehörenden Gebiete in das Reich sowie teilweise ihre Verbindung mit nichtpreußischen ehemaligen Staaten und Staatensplittern, bisher keine anderen Schritte unternommen worden als solche, die sich in den von der Gefahr der Absonderung bedrohten Abstimmungsgebieten als unabweisbar zeigten. Diese tragen aber die Spuren der Unentschlossenheit und Halbheit und scheinen eher das Produkt äußern Drucks als das vorausschauender, einem bestimmten Ziel zustrebender Innenpolitik.

[1]) Siehe Treitschke Historische und politische Aufsätze II /Leipzig 1865/, Seite 191.

[2]) »Daß sich preußische Landesteile dem neuen Staate nicht angeschlossen haben, liegt in den deutschen Verhältnissen begründet und kann aus den bestehenden Verhältnissen heraus verstanden werden.« Aus diesen Worten des Reichsministers Koch in der Nationalversammlung anläßlich des Gesetzentwurfs über Thüringen spricht müde Resignation, nicht aber der Geist, den wir in dem Ministerium erwünschen, bei dem die Stelle für die Neugliederung Deutschlands geschaffen ist. Ohne Einbeziehung Erfurts mit seinem Gebiet in das Land Thüringen ist der Wert des Zusammenschlusses bedeutend herabgemindert.

Vor allem ist der späte Termin verhängnisvoll, zu dem beispielsweise der Bevölkerung Oberschlesiens eine selbständigere Einflußnahme auf ihre Geschicke eingeräumt wurde, weil eben dadurch der Wert der Gabe, die nicht nur dem im engern Sinn betroffenen Gebiet sondern in ihrer Rückwirkung dem ganzen Reich zugute kommen muß, vermindert wird. Dieses Geschenk Preußens an Oberschlesien kurz vor Toresschluß erschien als eine Konzession, die nur gemacht wurde, um eine günstige Volksabstimmung zu erzielen, nicht als der Wille zur Anerkennung und Pflege der unbestreitbaren oberschlesischen Sonderart, zur Verselbständigung des oberschlesischen Industriegebiets und zu seiner Einpassung in das deutsche Gesamtwirtschaftsgebiet. Lehrreich ist dieser Vorgang indessen deswegen, weil er mit größter Deutlichkeit zeigt, von welcher Wichtigkeit der Einfluß fremder Mächte auf die Gestaltung des innern Zustands eines Landes sein kann. Er muß in uns den Willen verstärken den innern Umbau Deutschlands nach Gesichtspunkten, die sich aus der deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Entwickelung ergeben, da vorzunehmen, wo nicht nur starke Strömungen dahin im Innern vorhanden sind, sondern auch fremde Mächte sich mit dem derzeit erreichten Stadium der Entwickelung so wenig abzufinden vermögen, daß von ihnen ein ständiger Druck ausgeht. Zumal in der gegenwärtigen Lage belastet dieser nämlich unser politisches Leben derart, daß er uns in eine Richtung drängen könnte, die der organischen Entwickelung des Reichskörpers und seiner Glieder nicht mehr förderlich ist.

Nur wenige wird es noch geben, die angesichts dieser Lage die früher gern und häufig aufgestellte These wiederholen, daß fremde Staaten sich nicht um die innere Politik einer andern Macht zu bekümmern hätten, und die womöglich gerade deshalb, weil das Ausland und besonders die uns wenig geneigten Staatsmänner der uns ehemals feindlichen Staaten bestimmte Forderungen stellen, jeden Gedanken eines Umbaus ablehnen, um, wie die beliebte Wendung lautet, dem Feind nicht in die Hände zu arbeiten. In der Tat entbehrt dieser Gedankengang jeder Logik. Denn eine Handlung, die von innen- und von außenpolitischen Gesichtspunkten aus ohnehin geboten ist, darf doch nicht etwa deswegen unterlassen werden, weil sie zugleich einem Wunsch des Auslands entgegenkommt. Viel eher sollte man sie dann um so energischer in Angriff nehmen; trägt sie doch zur Auflösung eines in Wirklichkeit nur vermeintlichen Gegensatzes in der Anschauungsweise des Inlands und des Auslands bei. Es ist völlig zwecklos den innigen Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik leugnen zu wollen. Er liegt in der Geschichte aller Staaten, vom imperialistischen England bis zum bolschewistischen Rußland, klar zutage. Daß dieser Zusammenhang in Deutschland weder vor noch nach dem 9. November 1918 beachtet wurde, hat gerade die so überaus verhängnisvollen Folgen gezeitigt, an denen wir jetzt laborieren. Daß überhaupt in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder das Gespenst des Separatismus erscheinen kann, daß man zur Erlangung von Partikularrechten und wirtschaftlichen Sondervorteilen, die die Wirtschaft des Reichsganzen beeinträchtigen, mit Absplitterungen drohen läßt ⟨wenn man freilich solche Drohung gleich hinterdrein stets wieder in Abrede stellt⟩, das sollte uns als die wichtigste Forderung für den Bestand des Reichs die erscheinen lassen: dem Reich eine politische Struktur zu geben, die durch Herstellung einer wirklichen Homogenität seiner Teile deren Zusammenhalt sichert.

Dem, der es als die Pflicht des Politikers ansieht nicht hinter den Ereignissen herzulaufen sondern sie vorausschauend zu gestalten, wird die Schwerfälligkeit und Passivität schwere Besorgnis einflößen, mit der man bei uns den Maßnahmen zur Eingliederung Preußens in das Reich gegenübertritt. Die Ausstrahlungen des polnischen und des dänischen Einflusses, die eine zwar für das Reich wichtige, aber immerhin in ihren unmittelbaren Folgen auf Oberschlesien und Schleswig-Holstein lokal begrenzte Einwirkung ausgeübt haben, sind nicht mit dem Schwergewicht zu vergleichen, mit dem sich der jeweilige politische Wille der politisch und geistig stärksten Kontinentalmacht, Frankreichs, über die innere Entwickelung Deutschlands zu legen vermag. Dieser Wille geht an sich nicht gegen eine Zusammenfassung aller deutschen Stämme, wohl aber gegen das Weiterbestehen der Vormacht Preußens in Deutschland, weil man ⟨und nicht nur jenseits des Rheins⟩ in dem militärisch zentralisierten und zentralisierenden Preußen die Zukunftsbedrohung des bevölkerungsschwächern Frankreichs sieht. Eine Zerlegung Preußens ist gleich nach dem Novemberumsturz nicht nur hier in den Sozialistischen Monatsheften sondern sogar auch in einsichtigen Kreisen der Rechten (von Batocki) verlangt worden. Das preußische Staatswesen, durch eine Folge von Eroberungskriegen zusammengeballt und nicht ohne politische Kunst zusammengehalten und organisiert, hat eben seine Daseinsberechtigung in dem Augenblick verloren, in dem eine deutsche Revolution das wirtschaftlich-kulturelle Entwickelungsprinzip für das Reich an Stelle des dynastisch-militärischen verkündet. Der ehrliche Wille zur Anerkennung dieses Grundsatzes wird gerade auch deswegen im Ausland angezweifelt, weil die innere Struktur Deutschlands unverändert geblieben ist. Plus prussifié que jamais: eine Klage und Warnung, die hundertmal wiederkehrt. Das angeblich freieste Land der Welt aus der Bindung durch überlebte Machtverhältnisse zu befreien, die Länder Deutschlands zu gleich kräftigen und reibungslos ohne Eifersüchteleien mit einander arbeitenden Gliedern des Reichs zu machen und gleichzeitig ein Hindernis für die deutsch-französische Verständigung aus dem Weg zu räumen, ohne die der Gedanke einer Kontinentalpolitik nicht bestehen kann: das ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Staatskunst.

In der Tat halten vornehmlich die Befürchtungen über den Geist, der das alte neue Preußen durchweht, das Mißtrauen Frankreichs gegen Deutschland wach. Man hat in Frankreich den Eindruck, daß Deutschland den Versailler Friedensvertrag nicht erfüllen will, und hält deshalb die Beteuerung der Unerfüllbarkeit der Bedingungen für unwahrhaftig. Wir ernten jetzt die Erfolge unserer sinnlosen und sterilen Politik der *flammenden Proteste*, die sich in ermüdendem, abstumpfendem Einerlei gegen wichtige und unwichtige, gegen berechtigte und unberechtigte, gegen erfüllbare und unerfüllbare Bestimmungen wandten, und die schließlich allgemein Zweifel an der Aufrichtigkeit unseres Willens erweckten auch nur den nach demokratischem Rechtsempfinden selbstverständlichen Bedingungen zu genügen, vor allem die Wiedergutmachungspflicht anzuerkennen. Die Unfähigkeit der Regierung entschieden gegenüber den alten Mächten Preußens durchzugreifen läßt die tatsächliche Macht der Regierung äußerst gering erscheinen. Die scharfe Opposition, die die organisierten Arbeiter und Angestellten gegen die Maßnahmen der Regierung, also teilweise ihrer eigenen Parteigenossen, haben machen müssen, befestigt im Ausland den Eindruck, daß sich die Be-

auftragten der Sozialdemokratie in der Regierung weitgehend dem Diktat der früheren Inhaber der tatsächlichen Macht wieder fügen.

Man braucht nur einen Blick in die französische Presse der letzten Monate zu tun, um das zu erkennen. Daß bisher nur der zehnte Teil des bereits bis zum 10. April abzuliefernden Viehs nach Frankreich gesandt, daß monatlich im Durchschnitt noch nicht zwei Fünftel, zeitweise so gut wie nichts von der fälligen Kohlenmenge abgegeben wurden, nahm Frankreich, zwar Einspruch erhebend, aber doch ohne besondere Schritte zu tun, hin. Die Verletzungen der Bestimmungen über die neutrale Zone im Zusammenhang mit der Nichtbeachtung anderer militärischer Bestimmungen dagegen wurde mit der Besetzung des Maingaus beantwortet. Man möge bei aller Kritik des französischen Vorgehens und seiner Verurteilung nicht versäumen sich Rechenschaft darüber abzulegen, wegen welcher Vorfälle die französische Regierung einen solchen Schritt für angebracht hielt, den sie wegen der Nichterfüllung der Bestimmungen über die Kohlenlieferungen trotz den unaufhörlichen Einflüsterungen der nationalistischen Presse und ebenso gerichteter Politiker nicht unternommen hatte. Die Umbildung Deutschlands nach wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten, als Grundlage seines künftigen Wiederaufstiegs, und die damit Hand in Hand gehende, bisher so völlig vernachlässigte geistige Erziehung der Nation für den neuen Staat und die neue Wirtschaft werden die schwersten Gefahrenmomente für die Gesundung des deutsch-französischen Verhältnisses beseitigen.

Von welcher Bedeutung diese für beide beteiligte Völker und darüber hinaus für ganz Europa ist, ist in den Sozialistischen Monatsheften schon in einer Zeit dargelegt worden, als weite Kreise von Politikern, die Deutschland unter den Fittichen Wilsons und später Lloyd Georges geborgen wähnten, Frankreich als quantité négligeable für die künftige Richtung der deutschen Staatskunst abtun zu können meinten. Heute beginnt die Einsicht von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sich allmählich durchzusetzen. So sehr, daß manche, die sich mit diesem Gedanken bisher nicht zu beschäftigen pflegten, ihn jetzt als selbstverständlich zu bezeichnen beginnen und die erstaunte Frage tun, weshalb man mit so geräuschvollem Eifer für ihn werbe ⟨nachdem sie ihn monatelang sabotiert haben⟩. Millerand und Hermann Müller haben vor einem Monat ungefähr gleichzeitig erklärt, daß sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit ihrer Länder erstreben; der französische Ministerpräsident hat hinzugefügt, daß er bereits Einzelheiten eines solchen Zusammenwirkens ins Auge fasse. Für die Zwangsläufigkeit, mit der sich das wirtschaftlich Notwendige doch Bahn bricht, ist die Tatsache bezeichnend, daß die deutsche Regierung in dem Augenblick der Besetzung des Maingaus, also in einem Zeitpunkt scharfer politischer Spannung zwischen Deutschland und Frankreich, die inzwischen begonnene Aussprache über deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen zwischen hervorragenden beiderseitigen Sachverständigen angeregt hat. Freilich hat sie dann später diese Besprechung von der Räumung des Maingaus abhängig zu machen versucht; aber sie hat dies vorsichtigerweise ⟨und inoffiziell⟩ erst dann unternommen, als die Aufhebung der Okkupation von französischer Seite ohnehin bereits anbefohlen war, um diese dann als Erfolg einer starken deutschen Politik erscheinen zu lassen ⟨eine Absicht, die, allzu leicht durchschaut, freilich nicht erreicht wurde⟩.

ERADE das Ziel, dem diese Besprechungen zustreben, und dem auch die bevorstehenden Verhandlungen in Spa dienen müssen, wird die Notwendigkeit der Neueinteilung Deutschlands besonders deutlich machen. In jener Konferenz werden im Mittelpunkt Art und Umfang der Wiedergutmachung stehen, die Deutschland und Frankreich speziell betrifft, und deren Lösung überhaupt erst die Grundlage einer auf so vielen Gebieten möglichen ersprießlichen Zusammenarbeit abgeben kann. Die Mitwirkung beim Wiederaufbau Nordfrankreichs ist, ganz abgesehen von allen materiellen Vorteilen für beide beteiligten Staaten, ein nobile officium des deutschen Volkes. Bereits weisen Poincaré, Tardieu, Lebrun und andere französische Staatsmänner auf die Gleichgültigkeit hin, die man deutscherseits diesem Problem entgegenbringt; Lloyd George hat in seiner Rede über San Remo Deutschland vorgeworfen, daß es trotz der Anregung der Alliierten, es solle selbst den Schaden abschätzen und den Betrag der Wiedergutmachung vorschlagen, keinen Schritt dazu getan und niemanden nach den verwüsteten Gebieten gesandt hätte, um die Berechnung vorzunehmen. Es muß schärfste Kritik daran geübt werden, daß in einem solchen Augenblick die für die Bearbeitung der Wiedergutmachungsprobleme in erster Linie in Betracht kommenden Stellen verwaist sind, daß das Wiederaufbauministerium sowie das von ihm ressortierende Reichskommissariat zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten seit nunmehr 2 Monaten ohne Leitung sind. Eine kurzsichtige Politik hat es zuwege gebracht außer dem Posten des Wiederaufbauministers auch den des ehemaligen Reichskommissars, Hilbenz, der die Verhandlungen mit dem Minister Loucheur über die Beteiligung deutscher Arbeitskräfte an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs im Herbst 1919 zu einem erfolgreichen Abschluß geführt hatte[3]), unbesetzt zu lassen. Die vermutlich in kurzer Frist bevorstehende Vereinbarung über diese Frage und ihre praktische Beantwortung und die Durchführung der verschiedenen Modalitäten der Wiedergutmachung werden unsere Wirtschaft vor Aufgaben stellen, zu deren Lösung sie der planmäßigen Arbeit bedarf. Es ist kein Zufall, daß gerade der frühere Wiederaufbauminister Geßler wiederholt, besonders eindringlich in einer Besprechung mit Vertretern des Unternehmertums und der Arbeiterschaft in Frankfurt am 2. Dezember 1919, im Zusammenhang mit den Wiedergutmachungsleistungen die Notwendigkeit betont hat in der augenblicklich herrschenden Anarchie des Außenhandels Wandel zu schaffen und zu rationellerer Bewirtschaftung unserer Rohstoffe und Fertigfabrikate zu schreiten. Die Leistungen und Lieferungen, die für Wiederaufbauzwecke in Frage kommen, lassen sich in dem notwendigen Umfang nur unter Zuhilfenahme von Selbstverwaltungskörpern bewirken; die Beteiligung der einzelnen Länder aber wird nur dann reibungslos und befriedigend vor sich gehen, wenn das wirtschaftliche Prinzip bei ihrer Bildung ausschlaggebend gewesen ist, und

[3]) Die Spannung in den deutsch-französischen Beziehungen, deren Beginn die schüchternen Anfänge des gegenseitigen Verständnisses im November 1919 wieder vernichtete, und deren Höhepunkt die Lüttwitzepisode mit ihren unheilvollen Folgen bildete, gab die Ursache dafür, daß Frankreich auf diese Verhandlungen nicht mehr zurückkam. Der Vorwärts ist im Irrtum, wenn er die Übernahme des Ministeriums der befreiten Gebiete durch Tardieu damit in Zusammenhang bringt. Die Verhandlungen wurden lediglich mit dem Minister für industriellen Wiederaufbau Loucheur geführt, der auch weiterhin noch monatelang im Amt blieb. Außerdem hat Tardieu nicht einen Politiker gemäßigter Richtung sondern Lebrun abgelöst, der von Clemenceau gerade wegen seiner engen Verbindung mit nationalistischen, den Friedensvertrag wegen ungenügender Berücksichtigung der französischen Interessen ablehnenden Politikern zum Rücktritt aufgefordert wurde. Das Beispiel ist bezeichnend dafür, wie traditionell falsche Vorstellungsbilder zu haltlosen politischen Kombinationen führen.

zugleich die im betreffenden regionalen Wirtschaftsrat vereinigten Sachverständigen die Möglichkeiten der Heranziehung ihres Gebiets zum Wiederaufbau prüfen und für Bereitstellung von Menschen oder Material Vorschläge unterbreiten. Die Zusammenfassung der wirtschaftlich zusammengehörenden Landesteile und die Dezentralisation über das ganze Reich hin würde die Produktionsfähigkeit und damit die Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Bezirke für den Wiederaufbau stark erhöhen, vor allem aber die Befürchtungen der mittel- und süddeutschen Wirtschaft zerstreuen: angesichts des übermächtigen Einflusses Preußens gegenüber der norddeutschen Konkurrenz zu kurz zu kommen, wie dies mit Bayern geschah, das sich bei der Vergebung von Aufträgen im ersten Stadium des Krieges vernachlässigt fühlte. Eine besonders wichtige Rolle bei der Beteiligung am Wiederaufbau ist das Rheinland dank seiner geographischen Lage und ökonomischen Mittel zu spielen berufen. Dieses von der Verbindung mit Preußen zu befreien ist ein brennendes politisches Erfordernis, wenn man in dem Bewohner der rheinischen Gebiete das Gefühl der untrennbaren Zugehörigkeit zum Reich und zugleich das Bewußtsein seiner besondern Mission erwecken will: das wichtigste Element der Vermittlung materieller und geistiger Werte zwischen dem übrigen Deutschland und Frankreich zu sein.

Werden die Antriebe, die in Frankreich für eine Verständigung mit Deutschland wirksam sind, vermittelst der Überwindung des militärischen Prinzips durch das wirtschaftlich-kulturelle gestärkt, und wird ihnen zum endgültigen Sieg verholfen, so werden nicht nur die Gruppen, die politische Aspirationen auf das Rheinland haben, völlig einflußlos ⟨wozu freilich die Vorbedingung ist, daß Deutschland ein für allemal anerkennt, daß Elsaß-Lothringen kraft der Selbstbestimmung seiner Bevölkerung mit Recht und endgültig an Frankreich zurückgefallen ist⟩, sondern es wird auch das stärkste außenpolitische Hindernis für eine Vereinigung Deutsch Österreichs mit Deutschland damit aus dem Weg geräumt. Ist die Umbildung Deutschlands in dem von uns geschilderten Sinn vollzogen, so bedeutet die Angliederung Österreichs an das Reich nicht einen Zuwachs an möglicher militärischer Macht sondern die Aufnahme eines kulturell deutschen, wirtschaftlich ohne den Zusammenschluß mit Deutschland nicht lebensfähigen Landes, das das Gewicht Süddeutschlands bei gemeinsamen deutschen Angelegenheiten zum Wohl des Reichs wesentlich vergrößern wird. Und dies zum Nutzen nicht nur der innern sondern auch der äußern Politik Deutschlands, in der die Erhöhung des süddeutschen Einflusses wertvolle moralische Wirkung auslösen wird. Österreichs Anschluß an ein Reich, das nach wirtschaftlich-kulturellen Prinzipien neu gegliedert ist, wird sich auch reibungsloser vollziehen. In Österreich selbst würden dadurch die inneren Widerstände gegen den Anschluß wesentlich herabgemindert werden. Gelingt die Übernahme auch der österreichischen Grenzländer mit starker zentrifugaler Tendenz in das Reich, so wird deren kulturelle Besonderheit sorgfältig geschützt werden müssen; die Trennung Vorarlbergs von Österreich und seine Angliederung an Württemberg wird von dessen Bevölkerung verlangt werden, und das dürfte die jetzt vorhandene Tendenz zum Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz gegenstandslos machen. Bei den engen Beziehungen, die sich seit der Revolution zwischen Vorarlberg und der Schweiz angesponnen haben, ist aber richtig die Vorarlbergsache als eine im Einvernehmen mit der Schweiz zu behandelnde Angelegenheit aufzufassen, will man die innere Zu-

stimmung der Schweiz zu der neuen Verbindung durch die Erbringung des Beweises von der kulturell begründeten und friedlichen Tendenz des Anschlusses bekommen. Die selbe Vorsicht ist gegenüber dem jetzigen Westungarn am Platz, das nach den Bestimmungen der Friedensverträge von Saint-Germain und Neuilly an Österreich fallen soll, womit dann das Reich unmittelbar an Ungarn grenzte. Die Befragung der Bevölkerung dieser jetzt westungarischen Komitate über ihr künftiges Schicksal, die sich die österreichische Politik zur Regelung ihres Verhältnisses zu Westungarn vorbehalten hat, wird zu einem internationalen Faktor werden, der für die Lösung eines zwischen dem Reich und Ungarn bestehenden Problems bestimmend sein muß, wenn die Anschlußfrage akut wird.

Die Staaten des europäischen Kontinents werden von zu großer Bedeutung für das Schicksal Großdeutschlands sein, als daß es bei seiner Bildung achtlos an ihren Wünschen und Einwänden vorbeigehen könnte. Eine unmittelbare klare und demokratische Regelung aller Grenzlandsfragen ist ein dringendes Postulat, wenn die notwendige wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht durch politische Gegensätzlichkeiten durchkreuzt werden soll.

Das gilt insbesondere auch von dem Verhältnis zu Tschechien, mit dem sich eine besonders enge Zusammenarbeit schon angesichts seiner geographischen Lage und der historischen Entwickelung der Wirtschaftsbeziehungen ergeben wird. Von der Ausfuhr aus Tschechien, deren Wert insgesamt im 1. Halbjahr 1919 1433 Millionen tschechoslowakischer Kronen betrug, gingen Waren im Wert von 862,6 Millionen Kronen nach Deutsch Österreich, von 171 Millionen nach Deutschland; die beiden Staaten stehen an erster Stelle in der tschechischen Ausfuhr, für deren Aufnahme sonst nur noch Polen (106 Millionen Kronen), Ungarn (92,9 Millionen Kronen), Jugoslawien (54,8 Millionen Kronen), Italien (43,7 Millionen Kronen), Frankreich (29,7 Millionen Kronen) und die Schweiz (26,8 Millionen Kronen) in wesentlicherm Maß in Betracht kamen. Eingeführt wurden Waren im Wert von 934,4 Millionen Kronen aus den Vereinigten Staaten, dann kamen der Reihe nach 355,2 Millionen Kronen auf Deutsch Österreich, 156,7 auf die Schweiz, 148,1 auf Italien, 144,1 auf Deutschland; erst in weitem Abstand dahinter die anderen Staaten. Man erkennt die Wichtigkeit der Beziehungen zwischen Tschechien und Deutschland, zumal wenn man die Hemmungen bedenkt, die die deutsche Ausfuhr dorthin durch die innerdeutschen wirtschaftlichen Verhältnisse des 1. Halbjahrs 1919 erfahren hat. In der Zwischenzeit sind die Zahlen für den Handel mit Deutschland beständig gewachsen, wie die Veröffentlichungen für die 3 ersten Monate dieses Jahres bereits ersehen lassen. Die Notwendigkeit der kontinentaleuropäischen Zusammenarbeit kann im übrigen jeder, der Augen hat, aus eben diesen Zahlen unmittelbar ablesen. Es liegt bei einer derartigen Gestaltung der Handelsbilanz auf der Hand, ein wie großes Interesse Tschechien an der Lebensfähigkeit Deutsch Österreichs, seines Hauptabnehmers und zweitwichtigen Lieferanten, und an der Erhöhung der gesamten deutschen Produktionsfähigkeit hat, die durch den Zusammenschluß herbeigeführt werden würde. Andrerseits ist ebenso für Deutschland eine geregelte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Tschechien, deren Einleitung die augenblicklichen Besprechungen zwischen deutschen und tschechoslowakischen Regierungskreisen dienen, von größter Bedeutung, da jener Staat sowohl durch land-

wirtschaftliche Überschüsse (Zucker, Gerste) als auch durch seine Bodenschätze (Holz) wertvolle Elemente der Ergänzung für unsere Wirtschaft liefern kann. Als Kompensation von deutscher Seite kommt vor allem die Lieferung von landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen, Papier, chemischen Produkten und elektrotechnischen Artikeln in Betracht. Auch gegenüber Tschechien muß politisch vor allem darauf hingewirkt werden, daß seine Besorgnis vor der Erdrückung durch ein großdeutsches Reich mittels einer Politik des wirtschaftlichen Aufbaus und freiheitlicher Kultur schwindet. Eine solche Politik fände ihren sichtbaren Ausdruck in einer Neugliederung des Deutschen Reichs. Darin besteht die Aufgabe, bei deren Durchführung wir von dem tschechischen Staat, als Vorbedingung für eine dauernde gedeihliche Zusammenarbeit, eine Politik der Gleichberechtigung der Deutschen in Tschechien und den nationalen Ausgleich erwarten dürfen. Die Beilegung des deutsch-tschechischen Nationalitätenstreits, für die sich führende tschechische Staatsmänner wie Masaryk und Benesch eingesetzt haben, und für die der starke Einschlag der sozialistischen Parteien im tschechoslowakischen Parlament gewisse Hoffnungen bietet, ist von fundamentaler politischer Bedeutung für die zukünftige Entwickelung Europas.

Die Lösung der Probleme auf dem europäischen Kontinent, die der Weltkrieg noch unendlich kompliziert hat, fällt vornehmlich der Arbeiterklasse zu, die teils unmittelbar mitbestimmend für die Geschicke ihrer Staaten geworden ist, teils einen solchen Einfluß erlangt hat, daß gegen ihren entschiedenen Willen keine langfristige Politik denkbar ist. Gelingt es dem deutschen Proletariat nicht seine Vertreter in den politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu einer Politik zu zwingen, die dem Gedanken der Gemeinschaftsarbeit, des Internationalismus dient, so erfüllt es die Mission nicht, die ihm die Revolution zugedacht hat. Eine Politik, die nicht unverrückbar auf die Höchstentfaltung der Produktivkräfte abzielt, die nicht die wirtschaftliche Zusammenfassung des deutschen Volkes bei geistiger Selbstbestimmung und administrativer Selbstverantwortung aller seiner Teile durchzusetzen vermag, ist nicht sozialistisch. Der bloße *gute Wille* ist nur ein Deckmantel der Trägheit und das Widerspiel eines wirklichen Willens, der das ausführt, was er sich vornimmt. Die Neugliederung Deutschlands stellt eine Probe auf den Schaffenswillen des deutschen Sozialismus dar.

PAUL BOMMERSHEIM · ALLGESANG

KATZE ist Legen an Boden,
Heben von Boden ist Knabe,
Knabe ist Wachsen zum Mann,
Mann ist Wesen von Holz,
Holz ist Düften ins All.
All ist Düften durchs All.

Düften wird Erde als Blume,
Blume ist Anfang zum Sehnen,
Sehnen zum Werke ist Hand,
Hand des Menschen ist Kraft,
Kraft ist Kreuzen durchs All.
All ist Kreuzen durchs All.

Kreuzen wird Erde als Geist.
Geist ist Steigen als Turm.
Turm ist Krone von Zinnen.
Zinnen sind Minne zum Stern,
Stern ist Spritzen durchs All.
All ist Spritzen durchs All.

Spritzen wird Erde als Samen,
Samen ist Senken ins Ei.
Ei ist Bilden der Ratte,
Ratte ist Fraß der Vögel,
Vögel sind Schreie durchs All.
All ist Schreie durchs All.

Schreie sind Erde als Leben,
Leben ist Toben in Nacht,
Nacht ist Schlünde der Qual,
Steigen aus Qualen ist Mensch,
Mensch ist Lieben ins All.
All ist Lieben ins All.

Liebe wird Erde als Glut,
Glut ist Jubeln von Altar,
Altar ist Trog für Kohlen,
Kohlen sind Wüsten von Feuer,
Feuer ist Kuppel ins All.
All ist Kuppel überm All.

All ist All.
All ist Düften durchs All.
All ist Kreuzen durchs All.
All ist Spritzen durchs All.
All ist Schreien durchs All.
All ist Lieben ins All.
All ist Kuppel überm All.

All ist Lieben und Strahlen überm All,
All ist Spritzen und Zischen durchs All,
All ist Düften und Fruchten durchs All,
All ist Kreuzen und Wimmern durchs All,
All ist Schreien und Fluchen durchs All,
All ist Kuppel und Beten überm All,
All ist Himmelsstrahlen,
All ist Bärungzischen,
All ist Purpurfruchten,
All ist Seligwimmern,
All ist Blaufluchen,
All ist Klarbeten
Überm All,
Überm All.

RAPHAEL SELIGMANN · DER REDNER

WIR müssen den geborenen Redner von dem bloß redegewandten Menschen unterscheiden, der seinen Gedankengängen unter Umständen eine fließende und anmutige oratorische Form zu geben vermag. Dieser kann mit seiner Gabe der mündlichen Darstellung auch das starke Bedürfnis nach innerer Sammlung und reiflichem Durchdenken seiner Eindrücke verbinden, ein Bedürfnis, das die unerläßliche Bedingung für das logische Gewissen und mithin für den Typus des nachdenklichen Menschen bildet. Solches Bedürfnis nach innerer Sammlung und Konzentrierung ist dem geborenen Redner fremd, muß ihm fremd sein, da seine geistige Struktur und Gemütsveranlagung von einem stracks entgegengesetzten Bedürfnis beherrscht wird: nämlich dem Bedürfnis nach intellektueller Expansion und geistiger Ausstrahlung des einmal Empfangenen nach außen.

Wir haben es hier mit zwei von einander völlig verschiedenen typischen Erscheinungen, mit zwei von einander völlig verschiedenen Tendenzen des Intellekts zu tun. Beim Denkertypus dominiert eine zentripetale Tendenz des Geistes, beim Rednertypus hingegen eine zentrifugale Tendenz. Der geborene Denker kann wohl bei dieser oder jener Gelegenheit seine Gedanken in leichte und schöne Redewendungen fassen, aber zum eigentlichen Redner wird er sich nie herausbilden können; denn der unüberwindliche Drang seine Gedanken um ein bestimmtes logisches Zentrum zu gruppieren wird seinen Geist immer wieder von der horizontalen Bahn der einander rasch ablösenden Assoziationen, die beim öffentlichen Reden eine der wichtigsten Rollen spielen, in einer fast naturnotwendigen Weise abbringen. Andrerseits kann der geborene Redner bei dieser oder jener Gelegenheit einmal auch einen originellen Gedanken erzeugen; aber zum eigentlichen Denker wird er sich nie entwickeln können, denn der unüberwindliche Hang zu intellektueller Mitteilsamkeit und Expansion nach außen wird jene energische Sammlung und Konzentrierung des Geistes, die für das selbständige Denken so notwendig ist, nie und nimmermehr zulassen.

Aus diesen allgemeinen Merkmalen ergibt sich, daß der eigentliche Redner unter den Gesamttypus des Komödianten fällt. Wobei mit dieser Benennung keineswegs irgendwelche Geringschätzung verbunden werden soll. Damit soll bloß dem Gedanken Ausdruck gegeben werden, daß der Redner, wie der Komödiant, nur unter der unmittelbaren Beeinflussung einer nachfühlenden menschlichen Mitte ein reges geistiges Leben aus sich heraus entfalten kann, daß der eine wie der andere nur in enger Fühlungnahme mit einer konkreten Menschenmenge und unter Anregung der von dieser ausgehenden lebendigen Impulse sich geistig zu betätigen vermag. Bleiben diese lebendigen Impulse aus, so versiegt der geistige Born beim einen wie beim andern. Weder für den einen noch für den andern genügt es von unbelebten äußeren Faktoren angeregt zu werden, um eine intellektuelle Betätigung aus sich zu entwickeln und an den Tag zu fördern. Zu ihrer intellektuellen Betätigung bedürfen sie unbedingt der Berührung mit lebendigen Personen und der Anregung durch konkrete, von lebendigen Menschengruppen ausströmende Impulse. Daher kommt es, daß der Anblick der versammelten Menge auf den einen wie den andern belebend und in einem gewissen Sinn auch befruchtend wirkt, während er auf den nachdenklichen

Typus eher eine hemmende und beängstigende Wirkung ausübt. Daher die Sucht des einen wie des andern öffentlich aufzutreten, sich zu zeigen, begaffen und bewundern zu lassen.

Es versteht sich von selbst, daß in einem Land wie Rußland, wo der gesellschaftliche Trieb einen überaus hohen Grad von Intensität erreicht hat, der Redner einen wichtigen Platz im geistigen Leben des Volkes einnehmen und sich großer Beliebtheit erfreuen muß.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die oratorische Kunst als solche es in Rußland zu einer besonders reichen Blüte gebracht, eine besondere Vervollkommnung ihrer Methoden, ein Raffinement ihrer Wirkungsmittel erlangt hätte. Dies ist gerade nicht der Fall. Denn da der russische Hörer in der Regel keinen allzu hohen Wert auf die äußere Form legt, wohl auch nicht den richtigen Sinn dafür besitzt, so hat es auch der russische Redner nicht nötig den Kern seiner Ausführungen in ein besonders anmutiges und elegantes Gewand zu hüllen. Aber der Redner spielt im gesellschaftlichen Leben des russischen Volkes die Rolle eines wichtigen kulturellen Faktors und übt die Funktion eines allgemeinen Bildungsmittels aus. Darin unterscheidet er sich eben von seinen Kollegen in allen anderen Ländern, die vor allem Berufsmenschen sind, und denen es fern liegt irgendwelche Art zivilisatorischer Mission ausüben zu wollen.

Der russische Redner ist allen Ernstes fest davon überzeugt, daß er die besondere Aufgabe hat aufzuklären und zu belehren, mag er dabei auch den Standpunkt und die Interessen einer noch so kleinen Partei oder Gruppe vertreten. Denn so verlangt es in der Regel der russische Hörer, der in der Auseinandersetzung irgendwelchen Parteiprogramms den allgemeinen Zusammenhang mit den kulturellen Aufgaben der Zeit, womöglich auch des Menschengeschlechts überhaupt, nicht missen möchte. Und diesem Bedürfnis sucht der russische Redner unwillkürlich nachzukommen. Er verfehlt nicht in seine oft trockenen Ausführungen Anspielungen auf den sozialen, mitunter auch moralischen Fortschritt einzuflechten, wenigstens wird er seiner programmatischen Rede hochtrabende Worte über das Endziel der gesellschaftlichen Kämpfe vorausschicken, oder er wird seine Ausführungen in eben solche Worte über die Aufgaben der menschlichen Gesellschaft und in ein begeistertes Hoch auf die endgültige Erlösung der geplagten Menschheit von allen Übeln ausmünden lassen.

Der russische Redner nimmt es, wie gesagt, mit der Form seiner Rede nicht so genau wie sein westeuropäischer Kollege. Es fehlt dem, was er ausführt, in der Regel ⟨Ausnahmen gibt es natürlich auch hier⟩ jene Glätte und Rundung, die der westeuropäische Redner im allgemeinen seinem sogenannten Gedankengang zu geben versteht. Denn der russische Hörer verlangt vor allem nach Innerlichkeit, Leidenschaftlichkeit und Überzeugungsglut. Und der russische Redner verlegt sich diesem Bedürfnis entsprechend vornehmlich auf Innerlichkeit. Er läßt sein Organ in allen Tonarten vibrieren: vom Brustton der Überzeugung bis zum Fistelton der vollständigen Exaltation.

Dieser gesellschaftliche Faktor gereichte dem geistigen Leben des russischen Volkes nicht zum Segen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

Tarifvertrag Nach der Revolution ist eine Entwickelung, für die die Voraussetzungen durch die politische und soziale Umwälzung gegeben waren, durch die Schuld überhasteter, mangelhafter Revolutionsgesetzgebung einerseits und durch die Zersplitterung innerhalb der Arbeiterorganisationen andrerseits aufgehalten, vielleicht sogar schon in falsche Bahnen geleitet worden. Es handelt sich um die Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrags, um die Brentano seit 1872 am eindringlichsten in 2 Vorträgen 1905 und 1912 kämpft. Er legte seine Gedanken in einem Gesetzentwurf fest, der bei den freien sowie den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften vollste Zustimmung, bei den christlichen Gewerkschaften derartige Ablehnung fand, daß weitere Verhandlungen wegen ihrer Aussichtslosigkeit unterblieben, und der außerdem durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 vorläufig unwirksam wurde. Brentanos Absicht war: die Tarifvertragsbestimmungen zu zwingendem Recht zu erheben, um damit Streikbrechertum, *Schutz der Arbeitswilligen*, möglichenfalls zur Vermögenskatastrophe werdende Haftpflicht der Gewerkschaften zu beseitigen und zu diesem Zweck eine Vertretung sämtlicher Arbeiter eines Berufs, auf Grund des Proportionalwahlsystems gewählt, zu schaffen, für Streitfälle außerdem ein Einigungsamt. Die ausdrückliche Erklärung des Tarifvertrags zu zwingendem Recht ist insofern notwendig, als die Gerichte oft noch auf dem Boden des Individualvertrags stehen und infolgedessen die Arbeitsordnung, die als integrierender Bestandteil des Arbeitsvertrags aufgefaßt wird, dem Tarifvertrag überordnen. Eine weitere Möglichkeit die Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrags abzulehnen ist durch die Bestimmung des § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung gegeben, der das Rücktrittsrecht von allen Vereinigungen und Verabredungen »zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen« festlegt, woraus gefolgert wird, daß sich jedes Mitglied den rechtlichen Wirkungen des Tarifvertrags entziehen kann. Diese Rechtsentscheidung (Abdingbarkeit der durch den Tarifvertrag festgesetzten Normen) ist aber (und das ist ein schreiender Widerspruch im Gesetz) nicht mit der auf der andern Seite ebenfalls gesetzlich festgelegten Haftung der Kontrahenten für die Erfüllung in Einklang zu bringen. Jeder Verband haftet mit seinem ganzen Vermögen, wobei in den Gewerkschaften, die nicht rechtsfähig sind sondern den Bestimmungen für Gesellschaften unterliegen, außerdem jeder einzelne als Gesamtschuldner auf das Ganze haftet. Eine solche Haftpflicht kann stets nur das Korrelat zu einer Rechtsverbindlichkeit sein. Die bisherige Rechtsprechung hat ihr aber die Abdingbarkeit des Tarifvertrags gegenübergestellt, zum Nachteil der Kontrahenten, insbesondere der Arbeiter.

Um diese rechtlich und sozial unhaltbaren Zustände zu überwinden, trat Lujo Brentano zuerst in den oben erwähnten Vorträgen und dann vor allem in einem Anfang 1918 dem damaligen Reichskanzler Hertling sowie den Gewerkschaftsführern vorgelegten Gesetzentwurf hervor. Der Hauptinhalt seiner Vorschläge (wörtlich wiedergegeben in der Rundschau Rechtswissenschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 I, Seite 414 ff.) ist folgender: Rechtsgültigkeit der vereinbarten Tarifverträge für sämtliche in dem betreffenden Beruf tätigen Angestellten, Vereinbarung der Verträge durch eine eigens eingesetzte Körperschaft von Vertretern der Arbeitgeber und -nehmer; Einsetzung eines Einigungsamts für Streitfälle, Ansammlung eines Zweckvermögens durch Arbeitgeber- und -nehmerbeiträge zur ausschließlichen Haftung für Erfüllung des Vertrags, Vergebung öffentlicher Arbeiten nur an Unternehmer, die zu Tarifverhandlungen bereit sind und sich den Schlichtungsstellen unterwerfen. Schon aus diesen Punkten geht hervor, daß Brentano mit seinen Vorschlägen alle die Fehler überwindet, die der alten Rechtsprechung anhaften: Der Tarifvertrag ist unter allen Umständen zwingendes Recht; damit fällt die Frage der Über- und Unterordnung der Arbeitsordnung weg, ebenso die Möglichkeit des Rücktritts einer der vertragschließenden Parteien. Er bedeutet die Überwindung der Gewerkschaftsgegensätze bei der Vertragschließung durch Schaffung eines einheitlichen Vertreterkörpers, in dem den Minderheiten durch das Proportionalwahlsystem ausreichender Schutz zugestanden ist, außerdem

die Ausschaltung der parteipolitischen Gegensätze durch Vereinheitlichung der Arbeiterinteressen in einer Körperschaft, Ausschalten jeder Schleuderkonkurrenz von seiten unorganisierter Arbeiter durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Vereinbarungen für alle Angehörigen des Berufs. Und vor allem die Lösung der Haftungsfrage nach Beseitigung des frühern Widerspruchs: Rechtsverbindlichkeit des Vertrags ist ja gegeben, und es ist weder das Gesamtvermögen der Gewerkschaft noch das des einzelnen in irgendeiner Weise bedroht.

An Stelle einer gesetzlichen Festlegung dieser Vorschläge aber, die, wie schon erwähnt, an dem Widerstand und dem Ausweichen vor der Verantwortung auf seiten der christlichen Gewerkschaften scheiterte (Brentano berichtet darüber ausführlich in der Sozialen Praxis vom 10. März 1920), insofern nämlich als Brentano eine weitere Beratung seiner Vorschläge an den maßgebenden Stellen wegen dieses Verhaltens eines immerhin großen Teils der deutschen Arbeiter ablehnte, ist nun die Verordnung der ersten Revolutionsregierung Ebert-Haase getreten, die, wie noch zu zeigen sein wird, hinter den berechtigten Wünschen der Arbeiterklasse zurückgeblieben ist. Stegerwald hat jetzt versucht sein und seiner Gewerkschaften damaliges Verhalten zu rechtfertigen. Er behauptet, in der entscheidenden Sitzung sei nicht über die Frage der Abdingbarkeit oder Nichtabdingbarkeit der Tarifverträge diskutiert worden, vielmehr darüber, ob Brentanos Weg der einzig mögliche zu dem erstrebten Ziel sei, was Stegerwald nach wie vor verneint. Dieser Einwand erscheint insofern nicht stichhaltig, als zu der Behauptung, Brentanos Weg sei nicht der einzig mögliche, unbedingt der positive Gegenvorschlag eines oder mehrerer anderer Wege gehört hätte, damit tatsächlich ein Abwägen der verschiedenen Möglichkeiten hätte erfolgen und ein positives Ergebnis hätte erzielt werden können. Als Einzelargument gegen Brentano führt Stegerwald weiterhin an: der Arbeiter stelle sich durch diese Taktik einseitig auf Lohnbewegung ein und verliere damit den Blick auf die Gesamtaufwärtsentwickelung. Das ist ein Einwand, der entweder gegen die gesamte Arbeiterbewegung erhoben werden muß, denn die Lohnbewegung hat stets eine grundlegende Rolle insofern gespielt, als erst ein gehobenes Existenzminimum die Grundlage einer gehobenen Selbstkultur ist; oder er gründet sich auf spezielle Erfahrungen Stegerwalds, für die aber nicht einer bestimmten Gewerkschaftstaktik sondern dem rein persönlichen Verhalten einzelner die Schuld zugewiesen werden muß.

Die Verordnung bleibt nun allerdings hinter dem zurück, was die Arbeiterklasse nach der Revolution erwarten konnte. Sie regelt das Notwendigste, ohne alle möglicherweise aktuell werdenden Fragen zu bedenken. Im 1. Abschnitt wird die Unabdingbarkeit des Tarifvertrags grundsätzlich ausgesprochen, mit Rücksicht auf die herrschende Rechtsprechung wäre aber die ausdrückliche Erwähnung der Unterordnung der Arbeitsordnung wünschenswert gewesen. Weiterhin ist dadurch, daß zwar die Verbindlichkeit des Vertrags auch auf alle diejenigen ausgedehnt wurde, die zur Zeit des Abschlusses Mitglieder der abschließenden Vereinigungen waren, später aber austraten, daß aber nicht gleichzeitig § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung aufgehoben wurde, die Möglichkeit gegeben, daß sich einzelne durch Austritt vor der Abschließung des Vertrags dessen Bestimmungen entziehen. Zu Schwierigkeiten kann das Fehlen der Regelung der Haftungsfrage führen; gerade für diese erschien der Brentanosche Vorschlag so außerordentlich fruchtbar. Und unbefriedigend ist die Tatsache, daß der Tarifvertrag, sofern das Reichsarbeitsamt ihm Allgemeinverbindlichkeit nicht erteilt, nur diejenigen bindet, die sich ihm unterworfen haben. Damit ist unorganisierten Arbeitgebern Gelegenheit gegeben mit unorganisierten Arbeitern die Tarifbestimmungen beliebig zu umgehen.

Diese noch nicht voll ausreichenden Bestimmungen haben genau so wie die wilden, unvorbereiteten und unorganisierten Streiks der letzten Zeit dazu beigetragen das Ansehen und die Bedeutung des Tarifvertrags zu schmälern. Eine Rückkehr zu stabileren normaleren Verhältnissen aber, die wir brauchen, ist nur bei einer einheitlichen straffen Ausgestaltung des Arbeitsvertrags möglich. Deshalb ist es notwendig, daß die gesetzgeberische Arbeit wieder in Angriff genommen wird, um eine Grundlage für normale Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen. Die Zeit ist vorbei, in der mit zunächst blendenden, in Wirklichkeit aber unzureichenden Maßnahmen die Massen beruhigt werden konnten. Jetzt will man das Schlußergebnis langer gedanklicher Arbeit in einer Tat sehen.

Lohnskala In der neuen Beamtenbesoldungsreform, die trotz mancherlei Unklarheiten immerhin einen wichtigen Fortschritt gegenüber der bisherigen Methode der Beamtenbesoldung während der Teuerungszeit (durch ganz unzureichende laufende und von Zeit zu Zeit auf besonderes Drängen hin gewährte einmalige Teuerungszulagen) bedeutet, hat man auch versucht der Methode der gleitenden Lohnskala Eingang zu verschaffen. Durch periodisch neu festzusetzende Teuerungszuschläge sollen die Gehälter beweglich gehalten und den jeweiligen Lebenshaltungskosten angepaßt werden. Diese Methode bringt insofern Gefahren mit sich, als sie eine Handhabe ständiger Lohn- und Preistreiberei sein kann. Sobald nämlich auf Grund vorliegender genauer statistischer Erhebungen über die Kosten der gesamten Lebenshaltung durch den Teuerungszuschlag eben diese Gesamtlebenshaltung auf dem selben Kultur- und Luxusniveau gehalten werden soll, sind dem weitern Steigen von Preisen und Löhnen, dem weitern Sinken der Valuta Tür und Tor geöffnet, ist vor allem dem Festbesoldeten nicht die Möglichkeit gegeben sich der Gesamtwirtschaftslage des Volkes in seiner Lebenshaltung anzupassen. In Zeiten der Aufwärtsbewegung bleibt er benachteiligt, in Zeiten des Niedergangs beteiligt er sich nicht an der Einschränkung, die notwendig ist, um einen neuen Aufstieg zu ermöglichen. Um diesem Dilemma zu entgehen, macht der Reichsgerichtsrat A. Zeiler in Leipzig den Vorschlag derartige bewegliche Lohnteile nach der auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Durchschnittshöhe des Gesamteinkommens als Ausdruck der durchschnittlichen Wohlstandshöhe zu berechnen. Diese Durchschnittshöhe aber hebt und senkt sich je nach der allgemeinen Wirtschaftslage, so daß durch diesen beweglichen Faktor dem Festbesoldeten zwar immer das Existenzminimum ausreichend gesichert wird, er im übrigen aber in seiner Lebenshaltung von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig ist.

Gewinnbeteiligung Ein Bericht über Gewinnbeteiligung und Arbeitsaktien, den das englische Arbeitsministerium veröffentlicht, zeigt, in wie starkem Maß die Betriebe mit Gewinnbeteiligung in England zurückgegangen sind: von 380, die seit 1865 entstanden waren, auf 182. Die Gründe dieses Rückgangs sind teils eine außerordentliche Unzufriedenheit sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter mit diesem System, teils der Rückgang des Gewinns, um dessentwillen sich die Firmen außerstande erklären Gewinnteile auch an die Arbeiter zu zahlen. Auf der andern Seite sind da, wo das System aufrechterhalten wurde, 5 bis 6 % Bonus keine Seltenheit, ja selbst Firmen mit über 20 % werden angeführt. Der Bericht zeigt von neuem, mit welchen schwerwiegenden Nachteilen dieses, an sich bestechende und in manchen Abarten auch mögliche System verbunden ist; es bringt in die Entlohnung der im großen und ganzen gleichbleibenden Arbeit ein bewegliches Moment hinein, zu dessen Steigen oder Sinken der Arbeiter so gut wie nichts tun kann. Gewinnbeteiligung ist nicht Ausdruck der allgemeinen Wirtschaftslage im Einkommen des Arbeiters sondern Rückwirkung der jeweils in einer Industrie herrschenden Konjunktur auf den in eben dieser Industrie beschäftigten Arbeiter, ohne Rücksicht darauf, ob sich die allgemeine durchschnittliche Wirtschaftslage gehoben oder gesenkt hat. Der englische Bericht bietet wertvolles Material, wird aber mehr zur Abschreckung vor diesem System als zu seiner Neueinführung beitragen.

Totenliste Der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Medizin Paul Mayet ist am 8. Januar nach langem Leiden in Berlin gestorben. Er hat sich große Verdienste um die Mutterschaftsversicherung erworben; ein Vortrag, den er während des Krieges in der Gesellschaft für soziale Medizin hielt, gab den unmittelbaren Anstoß zur Einführung der Reichswochenhilfe.

Am 3. Mai starb an den Folgen einer Operation Emanuel Wurm, der Naturwissenschafter und Sozialpolitiker der deutschen Arbeiterbewegung. Er wurde am 16. November 1857 in Breslau geboren, studierte dort später unter mancherlei Entbehrungen Naturwissenschaften, insbesondere Chemie. 1887 trat er in die Arbeiterbewegung ein, im nächsten Jahr gründete er den ersten Konsumverein Deutschlands auf sozialistischer Grundlage, den Vorwärts in Dresden. Vom Wahlkreis Reuß-Gera wurde er in den Reichstag gewählt, wo er als einer der besten Kenner der Wirtschafts- und Steuerpolitik weithin geschätzt wurde. Er wurde hier viele Jahre hindurch zum Etatsredner für Fabrikinspektion beim Reichsamt des In-

nern bestimmt. Seine parlamentarische, wirtschafts- und sozialpolitische Tätigkeit ergänzte er durch zahlreiche theoretische Abhandlungen in der Neuen Zeit. Die Revolution erhob ihn zum Leiter des Reichsernährungsamts, auf einen Posten, an dem sich gerade sein naturwissenschaftliches, volkshygienisches Wissen fruchtbar auswirken konnte. Schon früher hatte er Schriften über Volksernährung /1888/ und über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter /1892/ veröffentlicht. Besondern Dank schuldet ihm die Stadt Berlin, in der er als Stadtverordneter und späterhin als Stadtrat an der Lösung der schwierigen Ernährungsprobleme während des Krieges unermüdlich mitarbeitete.

Übergangspublikationen Ein Vortrag Lujo Brentanos in der Münchener Ortsgruppe für Soziale Reform vom 13. Oktober 1918 ist im 63. Heft der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform /Jena, Gustav Fischer/ unter dem Titel Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Kriege erschienen. Brentano vertritt hier seine alte Theorie: steigender Lohn, sinkende Arbeitszeit, steigende Leistung. Er schlägt vor, genau so wie einst Ernst Abbe wissenschaftliche Untersuchungen über die Arbeitszeit anstellte und verwertete, so auch den Arbeitslohn auf Grund genauer Feststellungen des Existenzminimums und des Aufwands für die Kulturbedürfnisse zu berechnen und diese Ergebnisse dann Tarifverhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen zugrunde zu legen. So gerecht diese Methode für einigermaßen normale Verhältnisse erscheint, so ist sie doch heute mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, da die unsicheren Verhältnisse ständig neue Abkommen verlangen.

Im 70. Heft der oben genannten Schriften steht die Frage der Berufserziehung des Arbeiters, und zwar zunächst die Berufsvorbildung bis zur Schulentlassung zur Erörterung. Der Regierungsrat Kühn behandelt im allgemeinen die Aufgaben der Berufserziehung an der Hand der Gesetzgebung und der bestehenden Verhältnisse mit dem Ausblick auf wünschenswerte Neuerungen. Helene Simon bespricht das Recht des Kindes auf Schutz und Erziehung, stellt die gesetzliche Grundlage dar und erhebt die Forderung eines neuen Volksbildungswesens, der Kulturschule, an Stelle des von ihr aufgegebenen Ideals eines Reichsgesetzbuchs der Jugendwohlfahrt. Für Werkarbeit in der Schule tritt mit aller Entschiedenheit der Schulinspektor Karl Götze ein. Über Berufsberatung und Berufsvermittlung endlich berichtet der Schulrat Thomae. An der Hand dessen, was schon erreicht ist, spricht er seine Wünsche hinsichtlich der Verbindung von Berufsberatung und Berufsvermittlung, der Anforderungen an die Berufsbeamten und der innern Gliederung der Berufsberatungsstellen aus.

In 2. Auflage erschien B. Schmittmanns Führer durch die deutsche Sozialversicherung in ihrer Gestaltung nach dem Kriege /Düsseldorf, Schwann/. Die Schrift gibt in außerordentlich klarer Weise einen systematischen Überblick über die durch die vielen Kriegsverordnungen umgestaltete deutsche Sozialversicherung und stellt in kleinen Übersichtstafeln den wichtigsten Merkstoff zusammen. Freilich ist auch diese Auflage durch die von neuem begonnene Abänderung der Reichsversicherung in manchen Punkten schon wieder überholt.

In einem Ratgeber für Kriegshinterbliebene /Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung/ stellt Erich Roßmann systematisch die Ansprüche auf Rentenversorgung und sonstige Fürsorge der Kriegshinterbliebenen dar. Durch die klare Anordnung und Übersichtlichkeit erscheint die Schrift sowohl für Hinterbliebene selbst als auch für diejenigen, die in der Kriegsfürsorge arbeiten, überaus geeignet.

Ohne zu den unzähligen seit Kriegsausbruch erlassenen Verordnungen zu der Reichsversicherung greifen zu müssen, ist es jetzt jedem durch die Schrift des Versicherungsamtmanns Jaeger /München/ Die Änderungen der sozialen Versicherungsgesetze seit Ausbruch des Krieges /Berlin, Springer/ möglich sich über die Abänderungen zu orientieren, die die Reichsversicherungsordnung seitdem erhalten hat. Die Anordnung nach Paragraphen erleichtert den Gebrauch der Schrift im Zusammenhang mit der Reichsversicherungsordnung.

Kurze Chronik Zur Reform der Angestelltenversicherung hat der Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Privatangestellten 3 Hauptforderungen erhoben: 1. Anpassung der Beiträge und Leistungen an die veränderten Verhältnisse; 2. Beseitigung der Doppelversicherung der Angestellten durch Invaliden- und Angestelltenversicherung; 3. Ausgestaltung der Selbstverwaltung zu einem wirklichen Selbstbestimmungsrecht unter

einer auf die allgemeinen Interessen sich beschränkenden Staatsaufsicht. ◇ Die Verordnung über Heraufsetzung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung vom 1. April 1920 wurde bereits wieder aufgehoben; an Stelle der damals festgesetzten Einkommensgrenze von 20 000 Mark tritt nun endgültig das Höchsteinkommen von 15 000. ◇ In Frankreich will der Handelsminister Jourdain zwangsweise Schiedsgerichte einführen, um Arbeitsstreitigkeiten rasch beizulegen. Es soll in keinem Handels-, Industrie- oder Landwirtschaftsbetrieb die Arbeit niedergelegt werden, ehe nicht Einigungsverhandlungen stattgefunden haben, die mit einem Schiedsspruch endigen müssen. Der Ausschuß der Confédération générale du travail hat sich gegen diese Absicht gewandt, weil er darin einen Angriff auf das Streikrecht sieht.

Literatur In einem Sammelband Ausgewählter Schriften /Jena, Gustav Fischer/ legt Karl Bittmann, der verdienstvolle Nachfolger des badischen Zentralfabrikinspektors Woerishoffer, seine Gedanken und Anregungen auf allen möglichen Gebieten der Sozialpolitik dar. Das meiste von dem, was er darin fordert, ist heute erreicht. Wenn man aber auf die Jahre achtet, in denen die Schriften entstanden sind, so darf man wohl das Wort Friedrich Ratzmanns zu diesem Werk im Nachwort unterschreiben, »daß Bittmann dem Geiste seiner Zeit [das heißt der Offiziellen seiner Zeit] etwas voraus war«. ◇ Mit einer wissenschaftlich bedeutungsvollen Schrift Staat und Arbeit, Beitrag zur Begründung der Notwendigkeit einer Arbeitsorganisation /Jena, Gustav Fischer/ tritt W. Lins an die Öffentlichkeit. Rein staatstheoretische Ausführungen, ein geschichtlicher Überblick über die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses sowie der Entwurf zu einer praktischen Arbeiterorganisation bilden die gleich wertvollen Bestandteile des Inhalts. Die Schrift verdient in wissenschaftlichen Kreisen sowie an den verantwortlichen Regierungsstellen weitgehende Beachtung. ◇ Ein Wort für die Arbeitsgemeinschaften als Selbstverwaltungseinrichtungen der Berufsgruppen, in denen Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Aufgaben zu lösen suchen, spricht August Pieper in seiner Arbeit Von der Arbeiterbewegung zum Arbeiterstande /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/, freilich weniger aus politisch-ökonomischen Gründen, weniger, um damit eine bestimmte Gewerkschaftstaktik zu verfolgen, als vielmehr aus soziologisch-kulturellen Gründen, um der Eingliederung des Arbeiters in das Volksganze zu dienen. So will auch die ganze Schrift weniger als politisch-ökonomisches Programm als vielmehr als Beitrag zur kulturellen Aufgabe der Arbeiterbewegung gewürdigt werden. ◇ Mitten hinein in die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart führt eine kleine Schrift R. Riedels Ursachen und Beseitigung der unhaltbaren Zustände im Gastwirtsgewerbe /Berlin, M. Schulz/. Der Verfasser verurteilt zwar aufs schärfste das frühere System, das den Gastwirtsangestellten ohne jedes feste Gehalt bloß auf Gnadengeschenke anwies; er wendet sich aber ebenso entschieden gegen das Vorgehen der Berliner Gewerkschaftsführer, die in gemeinsamen Verhandlungen mit den Arbeitgebern das Trinkgeld für abgeschafft erklärten und einen Entlassungspassus für alle die Kellner, die Trinkgeld annahmen, unterschrieben. Der Verfasser fordert nun positiv zwar Abschaffung des Trinkgeldsystems, aber nicht des Trinkgelds überhaupt, und redet einer Sozialisierung der Wirtschaft unter Aufsicht der Arbeiterräte das Wort. Im allgemeinen eine Schrift, die zwar brauchbares Material zur Beurteilung der Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe, aber keinerlei wertvolle schöpferische Reformgedanken bringt. ◇ Das Bayrische Arbeitermuseum (Soziales Landesmuseum) veröffentlicht den Jahresbericht über 1915 bis 1918, aus dem die Bedeutung des Museums in sozialer und vor allem volkshygienischer Beziehung hervorgeht. Hervorgehoben sei besonders, daß dieses Arbeitermuseum für die Zukunft als Zentrale für alle Aufklärungsmaßnahmen auf sozialtechnischem und auf volkshygienischem Gebiet von der bayrischen Landesregierung in Aussicht genommen ist.

Geistige Bewegung / Walther Koch

Freistudententum Die Studentenschaft und nicht minder die Professoren haben in der letzten Zeit nicht geringes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt. Leider nicht in der Art wie vor 100 Jahren, wo gerade die *Demagogenverfolgungen* gegen die den Sinn eines neuen Zeitalters erfassende Urburschenschaft begannen und

das Signal zur Reaktion mit deutlicher Spitze gegen die Wegebereiter des neuen Geistes, diese Studenten, gaben. Vor 100 Jahren waren die Studenten aus dem Krieg zurückgekehrt, ohne allzu großen Blutverlust, aber mit großer seelischer Hochspannung: das im Kampf geschaute Ziel, die in freier Verbrüderung aller deutschen Volksgenossen sich rundende deutsche Volkseinheit, nun allen Widerständen des Alten zum Trotz zu verwirklichen. Vor kurzem haben Wilhelm Hausenstein und Albert Kranold diese Entwickelung wieder einmal mit den Problemen in Verbindung gebracht, die den heutigen auf neue Lebensgestaltung eingestellten Teil der Studentenschaft, wie verschwindend klein er auch sein möge, bewegen (Der deutsche Student einst und jetzt /München, Verlag des Neuen Merkurs/). ⟨Daß der Krieg 1813 bis 1815 nichts weniger als ein Freiheitskrieg war, als den ihn die Geschichtslegende bis heute registriert: diese Erkenntnis war von der Studentenschaft kaum zu verlangen; nur ganz wenige, freilich die besten, Deutschen hatten damals überhaupt eine Ahnung von der wahren Bedeutung und der Größe des Napoléonischen Werkes, das noch heute der Zukunft angehört.⟩ Der Bearbeiter dieser Rundschau darf dabei vielleicht daran erinnern, daß er, schon während des Krieges, es versucht hat die Welt der alten Urburschenschaft als Glied in der Kette der Jugendbewegung wieder aufleben zu lassen (Urburschenschaft, Jugendbewegung von 100 Jahren /Jena, Diederichs/; dazu die Dokumentensammlung Die Urburschenschaft als Jugendbewegung, herausgegeben von Max Hodann und Walther Koch, mit einem Nachwort Hans Mühlesteins Ein Ausblick auf Europa im Geiste des Wartburgfestes /Jena, Diederichs/). Während jene Studien im Krieg mehr dem Aufbau einer europäischen und im tiefern Sinn sozialistisch gesinnten und wirkenden Freideutschen Jugend ohne Trennung von Akademikern und Nichtakademikern galten, geht Albert Kranold von dem modernen Freistudententum, in dem er selbst wurzelt, aus und öffnet von da aus den Blick auf das Einströmen freideutschen Geistes in die Studentenschaft, sei es, daß es sich in der Umwandlung der freistudentischen Bewegung selbst, sei es, daß es sich im Bild neuer freideutscher akademischer Vereinigungen, wie vor allem in der Freischar, kundgab. Er vergleicht also das moderne Reformstudententum mit der Welt der alten Burschenschaft, während ich der Überzeugung war, daß in der heutigen Zeit jede Absperrung der die Hochschule besuchenden Menschen von den gleichaltrigen Genossen außerhalb der Hochschule von Übel ist, und daß man nur in der die ganze Hochschule, Fabrik, Werkstatt und Kontor in gleicher Kraft überflutenden Jugendbewegung unserer Tage das wahre Analogon zu der alten Burschenschaft hat.

Man muß im übrigen Kranold für seine klare Skizze der Entwickelung des modernen Reformstudententums Dank sagen. Er trennt die ältere, vorwiegend gewerkschaftliche, und die neuere, in erster Linie geistig-kulturell orientierte, Phase der freistudentischen Bewegung scharf von einander und fügt mit gutem Grund eine Zwischenpause etwa von 1907 bis 1913 ein, in der beide Elemente noch mit einander rangen. Die Einrichtungen der ältern freistudentischen Bewegung sind heute fast gänzlich von den nunmehr allgemein eingeführten offiziellen Studentenausschüssen übernommen worden. Sehr schnell haben es die reaktionären Studentenorganisationen, genau so wie ihre politischen Freunde in den Volksvertretungen, verstanden sich des einmal ihnen abgerungenen allgemeinen Wahlrechts virtuos zu bedienen; sie haben an den meisten Hochschulen sich nationalistisch-reaktionäre Mehrheiten in den Studentenvertretungen errungen, so im Berliner Studentenparlament 66 von 100. Indes, wie die akademische Starre zuerst durch das positive Selbsterziehungsprogramm der Freistudentenschaft, dann durch die freideutsche Bewegung manches studentischen Kreises zumindest etwas gelockert ist, so kann man hoffen, daß die Jugendbewegung auch mehr und mehr nationalistisch und kapitalistisch verkrampfte studentische Kreise in einzelnen Gliedern löst. Allerdings, die Masse der ungeistigen, auf alte Vorrechte brutal pochenden Studenten wird davon nicht berührt.

Nicht einverstanden kann ich mich mit Albert Kranolds polemischer Ablehnung des irrationalen Charakters der freideutschen Bewegung als solcher erklären. Ohne weiteres ist zuzugeben, daß in der Tagesarbeit auf politischem, besonders auch auf hochschulpolitischem Gebiet eine solche, letzthin religiöse Bewegung ohne Festlegung auf rationalen Inhalt und Forderungen schwerlich viel wirken kann. Doch hängt die Zukunft auch schließlich der politischen Arbeit daran, daß wieder die religiös-sittlichen Im-

pulse in ungebrochener Stärke sich auswirken. So weit ist kein Abstreifen, sondern im Gegenteil eine Vertiefung und Klärung des irrationalen Charakters der Jugendbewegung sehr zu erhoffen. Die Halbheit, die Vermischung von Reflexion und Irrationalismus hingegen erkennt Kranold mit Recht als eines der Hauptleiden der freideutschen Bewegung. Die beiden Strömungen des Reformstudententums charakterisiert er also ⟨und damit trifft er sicher das Richtige⟩: »Der Unterschied zwischen der Freideutschen Jugend und der Freistudentenschaft besteht nun darin, daß in ersterer sich das Gefühl bis ins Religiöse steigert, während das bei letzterer nicht der Fall ist.« Wird man bei der von Kranold vorgenommenen biologischen Ableitung des religiösen Erlebens einen Vorbehalt machen, so wird man um so mehr der ökonomischen Deutung der sozialen und klassengeschichtlichen Lage des heutigen Studententums zustimmen. Es ist unstreitig richtig, daß freistudentische wie freideutsche Bewegung soziologisch nur zu verstehen sind als Teilbewegungen eines klassengeschichtlichen Vorgangs, der Proletarisierung des Kleinbürgertums, das aber auf seinen *bürgerlichen Stand*, auf seine Gleichberechtigung mit dem Großbürgertum nicht verzichten kann. Aus dieser sozialen Zwitterstellung eines Teils des Bürgertums leitet Kranold dann auch die geistige Zerrissenheit besonders der freideutschen Bewegung ab, wie sie sich vor allem in dem Ringen eines traditionellen Konservatismus mit einem aktivistischen Fortschrittsglauben zeigt; der kleinbürgerliche Zug kann und wird um so mehr im Reformstudententum überwunden werden, je mehr auf der einen Seite sich einzelne geistige Menschen von der Oberschicht ablösen, und je mehr auf der andern Seite oft unter Führung ehemaliger *Aristokraten* die Verbindung mit dem Proletariat, wie schon zur Zeit der französischen Revolution, gefunden wird. Dann können auch Freistudententum und Freideutschtum, beide mit einander, ihre fruchtbare Auswirkung in einer Mitarbeit, auch in einem spezifisch neuakademischen Sinn, an der sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft finden.

Hochschulreform und Sozialismus

Die Frage nach der Beziehung der Hochschulreform zum Sozialismus ist in der Gründungsversammlung des Bundes Neue Hochschule am 3. April 1920 in Berlin gestellt worden. Der Universitätsprofessor Otto Braun und sein Kreis in Münster hatten ängstlich jede politische Betrachtungsweise vermieden und waren damit auf viel zu allgemeine, fast verschwommen anmutende Ziele der Hochschulreform gekommen, ohne zu bedenken, daß die heutige Hochschule doch zunächst in die bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse eingebaut ist, daß also ein vornehmes Ignorieren der tatsächlichen Zustände und ihrer realen sozialen Umwandlung keineswegs genügt, um die Hochschule von politischen Momenten freizumachen. Auch wenn die Autonomie der Bildung und damit die Entpolitisierung auch der Hochschule letztes Ziel sein soll, wird nie übersehen werden dürfen, daß ein politischer Weg notwendig ist, um den klassenlosen Zustand erst herbeizuführen, in dessen Luft die wirklich autonome Bildung gedeihen kann. Sonst heißt der Abscheu vor der Politik, ganz allgemein ausgesprochen, einfach nur die Anerkennung des bestehenden Zustands, die Kapitulation vor der Macht des bürgerlich-kapitalistischen Geistes, der seinerseits gar nicht daran denkt die Bildung als Selbstzweck zu wollen, vielmehr die Hochschule wie jede andere Lebensform als Mittel für sich gebraucht. Insofern war es erfreulich, daß gegenüber der allgemeinen Fortschrittsseligkeit, in die die Hochschulreformer auf der Gründungsversammlung zu geraten Gefahr liefen, mit aller Deutlichkeit und Unerbittlichkeit das Fundament einer wahrhaft zukünftigen Neuen Hochschule in der Mitarbeit am Sozialismus, die sich keineswegs in der Betätigung für eine der sozialistischen Parteien erschöpft, gezeigt wurde; dies geschah hauptsächlich durch die Genossen Herman Kranold und Alexander Rüstow. Wenn auch die Versammlung infolge ihrer bunten Zusammensetzung nicht in der Lage war sich für eine klare Richtung der Hochschulreform zu entscheiden, ist es doch wesentlich, daß diese Schicksalsfrage der Hochschule einmal gestellt wurde. Notgedrungen mußte man es sich an der Gründung eines Zweckverbands für rein praktische Einzelforderungen genügen lassen, mit Verzicht auf jede Gesinnungsgrundlage. Je mehr aber die Hochschulreform praktisch verwirklicht werden soll, um so mehr wird man erkennen, daß die Hochschulzukunft auf Gedeih und Verderb an die allgemeine Entwickelung unseres Volkslebens gebunden ist. Für dieses Zukunftsziel muß zweierlei verschiedene Vorarbeit geleistet werden. Einmal muß prinzipielle Klar-

heit über die Idee der Hochschule im sozialistischen Gemeinwesen geschaffen werden. Die Hochschule darf sich nicht den jeweiligen Machtverhältnissen anpassen, muß vielmehr eine ganz bestimmte Idee eines künftigen Geistes- und Gesellschaftslebens herausarbeiten, mit welcher Arbeit sie sich bewußt in die Verwirklichung der sozialistischen Lebensordnung hineinstellt. Und zwar erstreckt sich diese neue Auffassung im Licht des wahren Sozialismus bis auf die Wurzel, das Wissen selber. Eine *sozialistische Wissenschaft* wird nun nicht etwa dogmatisch verfahren, sie bedeutet vielmehr nur, daß auch Forschung und Wissen nicht in der Luft schweben sondern sich dem Ganzen einfügen und aus dem Geist brüderlicher Gemeinschaft schöpfen muß. Nach dem tief sozialistisch empfundenen Wort der Bibel: »Das Wissen blähet auf, aber die Liebe bessert.« Nur wo das Erkennen vom Geist der Liebe und Gemeinschaft, der Allbezogenheit in irgendeinem Sinn getrieben ist, wird die Wissenschaft sich lebendig sowohl in den Weltzusammenhang einfügen (philosophische Orientierung jeder Wissenschaft) wie in die Lebenszusammenhänge mit ihrem vielfältigen Auf und Ab des Gebens und Nehmens. Sofern der Sozialismus letzten Endes auch im Geist wurzelt, kann dieser Geist nicht darauf verzichten auch alles Wissen mehr und mehr zu durchdringen und zu erleichtern.

Die weitere Auswirkung sozialistischen Geistes muß sich in der Lebensordnung von Hochschullehrern und Studenten zeigen. An die Seite des Universitätsbeamten, der seine Vorlesungen in großen Auditorien liest, tritt ja erfreulicherweise jetzt schon hier und da wieder der Forscher, der in engerer Lebensgemeinschaft mit seinen Schülern von Mensch zu Mensch wirkt. An manchen Universitäten wird dies in kleinen wahrhaft sozialistischen Arbeitsgemeinschaften verwirklicht, seien es nun Hochschulgemeinden oder private Zusammenkünfte ohne besondere Bezeichnung. Meist gehen diese Arbeitsgemeinschaften von lebendigen Studentengruppen selbst aus, die sich den akademischen oder auch außerakademischen Lehrern anschließen, von denen sie die meiste Förderung erhoffen. Eine wahrhaft sozialistische Hochschulverfassung müßte es ermöglichen, daß solche lebendigen akademischen Gemeinschaften von einer bestimmten Teilnehmerschaft an die Möglichkeit bekommen sich ihre Lehrer autonom zu wählen. Einem solchen durch die akademische Jugend selbst erwählten Hochschullehrer müssen dann natürlich auch alle akademischen Pflichten und Rechte zustehen. Für solche geschlossenen Arbeitsgemeinschaften würde die innerlich angemessenste Form die Hochschulsiedelung sein, die manches von der Kulturbedeutung des Klosters wieder aufnehmen könnte, zugleich aber durch ihren Zusammenschluß mit anderen Berufszweigen einer solchen Siedelung auf produktivgenossenschaftlicher Grundlage immer die Verbindung mit dem Leben bewahrte, wie dies jetzt in Lankwitz (siehe unten) angestrebt wird.

Kurze Chronik Vom 31. März bis zum 2. April fand in Berlin die Ostertagung des Reichsbundes entschiedener Schulreformer statt, die als Auftakt für die ursprünglich gleich nach Ostern geplante offizielle Reichsschulkonferenz gedacht war und daher stark polemischen Charakter trug. Auf ihre Verhandlungen wird eingegangen werden, sobald das offizielle Protokoll vorliegt. ◇ Die Schulreformer haben die Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde als neue Gemeinschaftsschule übernommen. Die Leitung ist Karser übertragen worden. Sofort wurde von den ehemaligen Schülern und Lehrern der Anstalt eine wüste antisemitisch-nationalistische Hetze unternommen. Die Verkoppelung von Oberklassen mit Kadetten und von Unterklassen mit Zöglingen ohne militärischen Charakter scheint doch ein sehr unglückliches Experiment zu sein. ◇ In Berlin-Lankwitz wird eine wirtschaftliche Selbsthilfe für unbemittelte Studenten geschaffen, die ihnen durch Beschäftigung in einer Fabrik für einige Stunden des Tages auf genossenschaftlicher Grundlage den Lebensunterhalt sichern soll. Angestrebt ist damit ein akademisches Gemeinschaftsleben in Verbindung von körperlicher und geistiger Arbeit. ◇ Ein sehr wichtiges Dokument zur Beurteilung des Geistes an den deutschen Universitäten ist die Tatsache, daß Friedrich Wilhelm Foerster sein Lehramt an der Universität München aufgegeben hat, um seine Lehrtätigkeit im deutschen Volk auf breiterer Grundlage betreiben zu können, sobald die Stunde dafür gekommen sei; der Geisteszustand der deutschen Universitäten sei heute nicht der Boden, auf dem ein neues Deutschland erwachsen könne.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Taylorismus Zu den Mitteln, mit denen man die durch den Krieg zerstörte Wirtschaft wiederherstellen will, gehört auch die wissenschaftliche Betriebsführung, deren Begründung sich an den Namen des Amerikaners Taylor knüpft (siehe diese Rundschau, 1913 II, Seite 760 ff., und 1913 III, Seite 1215 f.). In vielen Aufsätzen sowie in besonderen Schriften wird eifrig dafür und dagegen gekämpft; auch erscheint seit Beginn dieses Jahres eine eigene Taylorzeitschrift /Wien, Lotties/, die Beachtung verdient. Die Vertreter der Arbeiterklasse, die diese ganze Angelegenheit bisher meist von einem ⟨vermeintlichen, in Wahrheit unrichtig fixierten⟩ Klassenstandpunkt aus betrachtet hatten, werden nun, da die Not drängt, nicht umhin können unter dem Gesichtswinkel der Produktion ⟨deren Interesse das Klasseninteresse umfaßt⟩ dazu Stellung zu nehmen; sie werden daher die Erhöhung der Produktivität der Arbeit als Pflicht des Sozialismus zu erkennen haben.

Frederick Winslow Taylors Absicht ⟨sein Buch The Principles of Scientific Management ist auch, in einer von Rudolf Roesler besorgten Ausgabe /München, R. Oldenbourg/, deutsch erschienen⟩ war: die Betriebsarbeit des Menschen möglichst ergiebig zu machen und dabei die menschliche Arbeitsfähigkeit möglichst zu schonen. Zu diesem Zweck wurden die Werkzeuge daraufhin untersucht, wie weit sie dem Arbeitsvorgang angepaßt sind. Dieser selbst wird in möglichst kurzzeitige Grundteile zerlegt, und es werden für ihn, wenn nötig, nur besonders geeignete Arbeiter herausgesucht. Außerdem muß der gesamte Betriebsverlauf in besonders durchdachter Weise geleitet werden. Das für uns hier Wesentliche ist die Untersuchung des Arbeitsvorgangs. Jede für die Werkherstellung an sich überflüssige Bewegung wird, sobald sie als solche erkannt ist, ausgeschaltet; der gesamte Arbeitsverlauf wird in so viele Einzelteile wie nur möglich zerlegt, und die auf einander folgenden Teile werden an einzelne Arbeiter gegeben; außerdem werden die einzelnen Verlaufsteile gruppenweise von besonderen Meistern geleitet. Ein Beispiel für die Arbeitszerlegung brachte der Vorwärts vom 22. August 1919: Man richtet den Baubetrieb so ein, daß man dem Maurer sein Material stets so hinlegt, daß er sich weder bücken noch für jeden Stein 2 Schritte gehen muß, daß er die Ziegelsteine so geordnet vorfindet, daß er die Fläche mit den schärfsten Kanten nicht selbst zu suchen hat, daß man ferner sein Werkzeug und seine Methode so verändert, daß er schließlich statt 120 in der Stunde 350 Ziegel verlegt. Das Hauptziel des Taylorverfahrens ist also die Erhöhung der Ergiebigkeit des Betriebs. Seine These ist: Die höchste Leistung ist bei geringstem Energieverbrauch zu erreichen.

Man hat den körperlichen Arbeitsvorgang bis ins einzelne untersucht und zerlegt, man hat die Psychotechnik geschaffen, das heißt ein Verfahren zur Feststellung der seelischen Berufseignung. Man steigert die Ergiebigkeit der Arbeit, man mißt auch die Ermüdung des Arbeiters und den Kalorieenverbrauch. Trotzdem ist es ein Irrtum, wenn man glaubt damit schon alles Wesentliche getan zu haben. Denn mit alledem ist der Arbeiter noch nicht als Mensch genommen; das auch für die Produktion Entscheidende: sein Geist in seiner Gesamtheit, ist dabei noch nicht berücksichtigt. Will man das tun, so muß man in erster Linie diejenigen Faktoren betrachten, die das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit selbst bestimmen. Nicht auf die Art der Beschäftigung kommt es an, nicht auf die traditionell gedankenlose Unterscheidung von *hoher* und *niederer* Tätigkeit, nicht auch auf das angeblich Geisttötende der Teilarbeit, über die von wohlmeinenden Intellektuellen so viel, und immer das selbe, geschrieben ist ⟨in Wahrheit wird die rationelle Arbeitsteilung von denjenigen, die sich aus Überzeugung von der Notwendigkeit der Sache der Arbeit hingeben, nicht verabscheut sondern als der Sache dienend besonders gern ausgeführt⟩; vielmehr einzig und allein darauf, ob der Arbeitende sich seiner Verantwortung im Produktionsprozeß bewußt ist, ob er den Sinn der Arbeit erkennen, eine Verpflichtung zur Leistung fühlen kann oder sich als Objekt der Ausbeutung durch andere betrachten muß. Der zwieschlächtige Charakter der Arbeit: als Erfüllung des Menschentums im Schaffen und als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, tritt hier kraß hervor. Der Sozialismus wird diesen Gegensatz aufheben und die Synthese in der Hingabe an die Gemeinschaft finden. Will man aber schon in unserer Gesellschaft die Ethik der Arbeit aufrichten, so muß man vor allen Dingen zu verhindern

suchen, daß gerade ihre Betätigung zur erhöhten Ausbeutung führt. Die Rationalisierung der Arbeit darf also nur dieser selbst dienen; die Unternehmer dürfen an ihr nur als Betriebsleiter interessiert sein, nicht von ihr als Besitzer Vorteil haben. Der Widerstand der Arbeiter gegen das Taylorverfahren ist nicht produktionstechnischer sondern sozialpolitischer Art und als solcher so lange berechtigt, als die Produktivitätserhöhung mit einer Exploitationserhöhung verbunden ist. Sobald beides von einander getrennt ist, muß gerade die Arbeiterklasse als Trägerin der Produktion selber das Taylorsystem durchführen und ausbauen.

Das Seelenleben des Arbeiters unserer Zeit enthält als wesentliches Merkmal seine Entfremdung von dem Werk, das, was man in dem Schlagwort von der *Entseelung der Arbeit* auszudrücken pflegt (siehe hierzu den Bericht über die Arbeiterumfrage A. Levensteins in dieser Rundschau, 1914 II, Seite 860 f., und A. Wallichs Schrift Die Psychologie des Arbeiters /Berlin, Mittler/). »Verstand und Seele des Arbeiters haben an dem Gegenständlichen heute in weitem Umfang keinen Anteil mehr, die Form des Werkstücks ist im voraus festgelegt. Hüten wir uns den Geist nun auch aus dem Arbeitsvorgang über das unbedingt Notwendige hinaus zu vertreiben.« Diese Worte stammen von einem Anhänger und Verteidiger des Taylorverfahrens, Hellmich, der daraus den Schluß zieht, daß vor Übertreibungen und geistlosen Anwendungen des Verfahrens gewarnt werden müsse. Dazu kommt folgende rein psychologische Betrachtung: Was sind überflüssige Bewegungen? Gewisse überflüssige Bewegungen mögen betriebsseitig unwirtschaftlich sein, ja, sie mögen sogar einen vermeidbaren Stoffverbrauch darstellen. Dann wäre aber noch zu untersuchen, welche Bedeutung sie psychologisch und, noch allgemeiner, biologisch haben, das heißt, welchen Zusammenhang sie im seelischen Leben und in der gesamten Persönlichkeit mit dem andern Geschehen haben. Es wird sicher unnütze Bewegungen geben, die als schlechte Gewöhnungen des Arbeitenden zu nehmen sind. Aber es gibt ebenso sicher auch Bewegungen, deren Um- und Abweg zur Erhaltung des körperlichen und seelischen Gleichgewichts notwendig sind. Ein wirkliches System wissenschaftlicher Betriebsführung muß natürlich den Gesamtmenschen umfassen, nicht nur seine einzelnen Organe. Man wird die Taylorliteratur und die weitere Entwickelung der Psychotechnik gerade daraufhin zu betrachten haben, wie weit sie diese Aufgabe erkennt und zu lösen sucht.

Höchst oberflächlich und einseitig wird sie in einer Arbeit Gustav Winters Das Taylorsystem und wie man es in Deutschland einführt /Leipzig, Findeisen/ behandelt. Das Büchlein nennt sich zwar ein »praktisches Lehrbuch des Taylorismus«. Aber weder wird das Verfahren zusammenhängend und planmäßig dargestellt noch wird es im einzelnen Fall ausführlich beschrieben; nicht einmal die wichtigste Literatur wird angegeben.

Ernster ist schon die Schrift des bereits oben erwähnten Waldemar Hellmich zu nehmen: Was will Taylor? /Berlin, Verein deutscher Ingenieure/; sie enthält noch in einem Anhang Kritische Bemerkungen Ernst Huhns über das Taylorsystem. Hellmich gibt nach einer guten, wenn auch nicht erschöpfenden Literaturübersicht eine klare Darstellung der wesentlichen Grundsätze Taylors. Dabei aber sieht er vielleicht manches günstiger an als es in seiner Wirkung ist, zum Beispiel im Löhnungsverfahren, überschätzt anderes in seiner Bedeutung, zum Beispiel die Eignungsprüfung, und erkennt nicht, daß die Übertreibungen und daraus folgenden Schädigungen, zu denen das Verfahren führen kann und auch wirklich geführt hat, sich nicht durch Warnungen vermeiden lassen sondern nur durch vollständige Umstellung der Gesinnung, die den Betrieb leitet. Über die Erfahrungen, die man in den Vereinigten Staaten gemacht hat, berichtet er einseitig; er gibt aber auch zu, daß Mißbrauch wohl »in erheblichem Umfang« vorgekommen sei. Daß die Arbeitsuntersuchung und die Psychotechnik nicht an das Wesentliche, an das Seelische des gesamten Menschen, herankommen, scheint auch der Verfasser anzunehmen: »Der Träger der menschlichen Arbeitsenergie ist weit verwickelter, undurchsichtiger, verfügt über eigenen Willen, steht unter dem Einfluß körperlicher und seelischer Stimmungen, will nicht als Objekt sondern als Subjekt behandelt und gewertet werden.« Ernst Huhn betont auch in ungerechtfertigtem Maß die Bedeutung der Eignungsprüfung für das Taylorverfahren und sieht eine Schwierigkeit für die Einführung dieses Verfahrens sowohl in dem Zwangsarbeitsnachweis wie in dem Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und

Entlassungen, die es verhinderten, daß der geeignete Arbeiter für die passende Arbeit ausgewählt werde. Das trifft auch in gewissem Umfang zu. Nur ist es ganz verfehlt die Eignung durch Prüfungen feststellen zu lassen, das heißt also die Art der Arbeit eines Menschen von der Meinung anderer abhängig zu machen. Hier muß das sittliche Prinzip aufgestellt werden: Die Eignung wird durch den eigenen Willen bestimmt; die Selbstverantwortung gegenüber der Arbeit hat die Selbstbestimmung des Arbeitenden zur Voraussetzung. ⟨Welche Mittel der Abwehr eines nicht auf die Sache gerichteten sondern durch Eigeninteresse verfälschten Willens gegeben sind, mag hier außer Betracht bleiben.⟩

Eine gute sachliche Darstellung des Taylorverfahrens, in engem Anschluß an Taylors Schriften gibt Edgar Herbst (Der Taylorismus als Hilfe in unserer Wirtschaftsnot /Wien, Anzengruberverlag/). Er befürwortet warm das Verfahren, äußert aber auch das folgende Bedenken: »Ob bei den manuellen Arbeitern die dauernd einseitige Beanspruchung ganz bestimmter Nervenbahnen und Muskelpartieen mit der Zeit nicht irgendwelche Gesundheitsstörungen nach sich zieht, das ist allerdings eine brennende Frage, über die etwas Zuverlässiges bisher noch nicht bekannt geworden ist.« Dieses beachtenswerte physiologische Argument ist natürlich nicht mit dem oben gestreiften Räsonnement gegen die angebliche Ungeistigkeit der Teilarbeit zu verwechseln. Das Schriftchen ist als kurze Einführung in die Materie sehr zu empfehlen.

Die arbeitsphysiologische Seite des Taylorismus betont auch A. R. Böhm in seinem Aufsatz Ausbau des Taylorsystems, in der Umschau, in dem er auf die Bedeutung hinweist, die das Kaiser Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie für die vorliegenden Fragen gewinnen könnte, wodurch Mängel und Übertreibungen des Systems vermieden werden könnten. Der selbe Verfasser hat eine kleine Schrift Das Taylorsystem und die Sozialisierung erscheinen lassen /München, Hochschulverlag/. Die Sozialisierung kann ihre Ziele nur durch eine umfassende und vollkommene Organisation erreichen, die auch die Ordnung der Arbeit umfassen muß. Diese Forderung sieht Böhm im Taylorsystem erfüllt. Durch dieses werde die Arbeit mechanisiert und eine reinliche Scheidung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit vollzogen. Eine Zentralwirtschaftsleitung müsse die Zeit- und Bewegungsstudien leiten und die Normalien aufstellen. Der Hinweis, daß Taylorsystem und Sozialisierung durchgreifende Ordnungsverfahren sind, genügt nun freilich nicht zum Beweis ihrer Zusammengehörigkeit. Es sind an anderer Stelle tiefere Gründe für die Einordnung des einen Verfahrens in das andere gegeben worden.

Der Vollständigkeit halber sei noch auf das in 3. Auflage vorliegende ernste und sorgfältige Werk Rudolf Seuberts Aus der Praxis des Taylorsystems /Berlin, Springer/ hingewiesen. Die psychologische Seite behandelt der Verfasser gar nicht; denn er sieht »das Wesen des Taylorsystems in der systematisch durchgeführten, vereinheitlichten Vorbereitung der Arbeitsausführung«. Eine Schwierigkeit für die Einführung dieses Verfahrens in Deutschland besteht, wie er darlegt, in dem noch immer herrschenden Vorgesetztenverhältnis und dem mit ihm verbundenen »Ton des Befehlshabers«. Im Taylorsystem aber müßten sich alle als Mitarbeiter fühlen. Eine Anschauung, die den Kern der Sache trifft.

Die beste Arbeit über den vorliegenden Fragenzusammenhang scheint mir die Schrift Johannes Riedels Arbeitsrationalisierung zu sein /Dresden, Zahn & Jaensch/. Ihr beachtenswerter Grundgedanke, durch den sie sich von allen Arbeiten über das Problem unterscheidet, ist: Arbeitsverbesserung bedeutet weder Ertragssteigerung noch größere Rücksicht auf den Arbeiter allein sondern die Vereinigung beider Formen. Riedels Ausgangspunkt ist, daß zwar die Notwendigkeit einer großen und billigen Gütererzeugung die größtmögliche Ausnutzung der Kräfte verlangt, daß aber andrerseits der arbeitende Mensch keine Maschine ist und die Berücksichtigung seiner psychophysiologischen Einheit verlangt. Das erste Ziel, die größte Betriebsergiebigkeit, wird durch die Anpassung der Arbeit an die Arbeiter erreicht; diese Anpassung besteht in der Arbeitsteilung, der günstigen Gestaltung der äußeren Arbeitsbedingungen, der zweckmäßigsten Ausbildung der Arbeitsmittel und der rationellsten Gestaltung des Arbeitsvorgangs selbst. Das zweite Ziel, die Berücksichtigung der Arbeiter selbst, wird durch die Anpassung der Arbeiter an die Arbeit erreicht. Diese besteht in der richtigen Auswahl der Arbeiter ⟨hier sei wieder hinzugefügt: auf Grund des sich selbst bestimmenden Willens⟩, in einem zweckmäßigen Ver-

fahren des Anlernens und in allen Bestrebungen den Arbeiter seelisch mit seiner Arbeit zu verknüpfen. Soweit das Taylorverfahren in diese Richtungen weist, stimmt ihm Riedel zu. Er macht ihm aber den Vorwurf, daß es die weitgehende Arbeitsteilung nicht zur rechten Zeit an den seelischen Bedingtheiten des Arbeiters ihre Grenze finden läßt. Diesen Einwand wird man einschränken müssen: Es gibt keine konstanten Grenzen und noch weniger unabänderliche Bedingtheiten. Gerade wer den eigenen Willen des Menschen als entscheidenden Faktor anerkennt, wird nirgends Grenzen zulassen. Er wird vielmehr auf eine Umstellung des Menschen zu einer Gesinnung hinarbeiten, bei der das Ziel der ⟨freigewählten⟩ Arbeit das Bestimmende ist, nach dem der Wille die eigenen Kräfte zu gestalten hat.

Die Zahl wirklicher Erfahrungen ist für den Taylorismus in Deutschland zu gering, als daß sich darauf ein festes Urteil gründen ließe. Über die Ergebnisse des Taylorverfahrens in den Vereinigten Staaten, wo es bereits in weitem Umfang eingeführt ist, besitzen wir einen ausführlichen Bericht.

Als die wissenschaftliche Betriebsführung auch in einigen Staatsbetrieben der Vereinigten Staaten eingeführt worden war, kam es in einem Arsenal zu Arbeitsniederlegungen. Ein vom Repräsentantenhaus ernannter Ausschuß erkannte die Beschwerden der Arbeiter als berechtigt an, da »das System zu einer außergewöhnlichen Abhetzung der Arbeiter führe, die getroffenen Einrichtungen ausbeuterisch seien und der Gebrauch der Stechuhr und die Zahlung einer Vergütung (des sogenannten Bonus) das Ehrgefühl der Arbeiter verletze und ihr Wohlergehen schädige«. Der Gebrauch der Stechuhr und die Zahlung des Bonus wurden dann in den Staatsbetrieben untersagt. Eine staatliche Kommission zur Prüfung der Verhältnisse in der Industrie wurde gebildet, und die Untersuchung wurde dem Professor der Volkswirtschaft an der Universität Chicago Hoxie übertragen. Ihm wurden 2 Mitarbeiter beigegeben, ein Betriebsbeamter und ein Gewerkschafter, der Herausgeber der internationalen Formerzeitschrift. Dieser, John P. Frey, hat seine Erfahrungen und Teile des Hoxieberichts veröffentlicht; die Arbeit liegt jetzt auch in deutscher Übersetzung vor (Die wissenschaftliche Betriebsführung und die Arbeiterschaft /Leipzig, P. E. Lindner/). Frey betont ausdrücklich, daß die Untersuchungen nur in solchen Betrieben vorgenommen wurden, in denen die wissenschaftliche Betriebsführung von amerikanischen Sachverständigen eingeführt war. Unter dieser Betriebsführung versteht Frey eine solche, »die einen wesentlichen wirtschaftlichen Erfolg durch systematische Zerlegung der Arbeit in ihre Elemente verheißt«. Über die Zeituntersuchungen kommt Frey zu dem Schluß, daß die Festsetzung der Arbeitszeiten »durch die Zeitstudienbeamten . . . in den Fabriken mit wissenschaftlicher Betriebsführung nichts weniger als wissenschaftlich« sei. Ein weiterer Mangel sei, daß die wissenschaftliche Betriebsführung in Theorie und Praxis »die Lehrlingsausbildung zur handwerklichen Geschicklichkeit verwirft. Man bemüht sich an ihre Stelle die Ausbildung für Teilarbeiten zu setzen.« Das Taylorverfahren neige auch dazu, »wo es vom Standpunkt einer wettbewerbenden Macht betrachtet wird, die Arbeiter auf die Stellung der ungelernten herabzudrücken«. Wenn man also insgesamt dem besprochenen Verfahren nicht immer gute Seiten für den Arbeiter abgewinnen kann, so darf man noch viel weniger das Gewicht der Gründe verkennen, die, vom spätern sozialistischen Taylorismus ganz zu schweigen, schon in der Gegenwart für ihn sprechen. Bei der unbedingt notwendigen Erhöhung der Gütererzeugung wäre das Taylorverfahren, richtig angewandt, sicher ein überaus bedeutendes Hilfsmittel; soweit es sich auf den technischen Arbeitsvorgang beschränkt, kann überhaupt kaum etwas dagegen gesagt werden. Es ist Sache der wirtschaftlichen Arbeitsvertretung sich des Taylorismus anzunehmen. Bei einem rationellen Aufbau der Wirtschaft, der geschehen muß, wenn Deutschland ⟨und Europa⟩ seine produktiven Kräfte in vollem Umfang freimachen will, wird die Anwendung des Taylorverfahrens von den Produktionsräten bestimmt und abgegrenzt werden; dieses wird also zu einer Sache der Selbstverwaltung der Arbeitenden.

Es sei noch hinzugefügt, daß von einer Reihe großer Baufirmen eine Gesellschaft für wissenschaftlichen Baubetrieb gegründet wurde, die hauptsächlich beim Wiederaufbau Nordfrankreichs tätig sein sollte. ⟨Vorläufig hat es freilich mit diesem Wiederaufbau gute Weile.⟩ Als Zweck der Gesellschaft wird die Erforschung des gesamten Bau-

wesens mit dem Ziel der Steigerung des Arbeitsertrags angegeben. Es sollen die Gerüste, Geräte, Transportmittel untersucht werden. Die einzelnen, sich oft wiederholenden Arbeitsvorgänge werden auf die einzelnen Bewegungen und die darauf verwendeten Zeitabschnitte geprüft. Die psychologischen Untersuchungen des Nachwuchses werden im Anschluß an die Forschungen der Gesellschaft für betriebswissenschaftliches Arbeitsverfahren aufgenommen werden. ⟨Hier begegnen wir wieder dem Aberglauben an Prüfungen.⟩ Auch in Wien wurde eine Forschungsgesellschaft für wissenschaftliche Betriebsführung ins Leben gerufen, die Taylors Lehren für Österreich nutzbar machen will. In der Gründungsversammlung sprach A. Metzel über den geistigen Koeffizienten der Produktionssteigerung als Grundgedanken der wissenschaftlichen Betriebsführung.

Das Problem, das dem Taylorismus zugrunde liegt, befindet sich erst am Anfang seiner Lösung. Man wird über deren Fortschritte dauernd zu berichten haben.

Jugendpsychologie Das 1909 veröffentlichte Büchlein Otto Lipmanns Grundriß der Psychologie für Pädagogen ist in vollkommen neuer Gestalt unter dem Titel Psychologie für Lehrer erschienen /Leipzig, J. A. Barth/. Der angehende Lehrer findet da eine Darstellung der Psychologie, die ihm die wissenschaftliche Grundlage für seine pädagogische Tätigkeit zu geben sucht, weniger ein geschlossenes System als vielmehr eine Übersicht der Verbindungen zwischen der Psychologie und der Pädagogik. In dem Abschnitt über Intelligenzprüfung scheint mir besonders bemerkenswert, daß Lipmann aus seinen Erfahrungen heraus die Aufstellung eines scharf umrissenen Intelligenzbegriffs ablehnt und es vorzieht den Intelligenten auch durch Gegenüberstellung mit dem Unintelligenten zu beschreiben; was immerhin einen erheblichen Fortschritt gegenüber der vulgären *Begabtenauslese* darstellt, wenngleich mit deren verfehltem Grundprinzip noch nicht gebrochen ist. Zu beachten ist auch, daß Lipmann die Bedeutung der »natürlichen« Intelligenz betont, das heißt der Art, wie jemand ein Ziel zu erreichen strebt. Ferner sei festgestellt, daß Lipmann für die psychologische Differenzierung in einer etwaigen künftigen Einheitsschule das psychologische Experiment durch die psychologische Schulbeobachtung ersetzen will. Zurückzuweisen ist in dem psychologisch sonst vorzüglichen Abschnitt über Charakter und Sittlichkeit die Anerkennung der üblichen Typen des deutschen »Idealismus« und der »mehr auf praktische Erfolge gerichteten Handlungsweise der Engländer und Amerikaner«. Solch eine Schablonisierung der *Völkerseelen* sollte endlich aufhören, zumal wir in den letzten Jahren schmerzlich unter deren Folgen gelitten haben. Sie steht mit den wirklichen Tatsachen, wie sie namentlich der Krieg enthüllt hat, in allzu schmerzlichem Kontrast. Ein *Idealismus*, der sich selber betont, hebt sich ja gerade dadurch auf. Es ist daher schon besser diese ehrwürdige Phrase, die eine deutsche Generation von der andern übernimmt, und die nur von einer grotesken Unkenntnis des Geistes anderer Völker zeugt, durch eine bessere Selbsterkenntnis zu ersetzen. In einem Buch wie dem Lipmannschen, das ich um seines psychologischen und didaktischen Wertes willen in die Hand jedes seminaristisch und akademisch gebildeten Lehrers wünsche, sollte sie jedenfalls nicht mehr vorkommen.

Eine wertvolle Ergänzung zu diesem Buch ist die Zusammenstellung des Assistenten am Psychologischen Institut der Universität Berlin Hans Rupp, Probleme und Apparate zur experimentellen Pädagogik und Jugendpsychologie /Leipzig, Quelle & Meyer/. Der Verfasser gibt nicht etwa eine trockene Aufzählung der Apparate sondern eine anschauliche Schilderung ihrer Anwendung und eine Darstellung der Fragen, zu deren Lösung sie dienen.

Einblicke in das Seelenleben des Kindes wollen zwei Bücher vermitteln. Das eine, von Josephine Siebe verfaßt (Die Welt im Kinderköpfchen, in der Sammlung Deutsche Elternbücherei /Leipzig, Teubner/), wendet sich an die Eltern, um sie zum Nachdenken über das Erleben ihrer Kinder zu bringen. Das andere: Anneli, Erlebnisse eines kleinen Landmädchens, von Olga Meyer /Zürich, Rascher/ bietet liebevoll beobachtete und freundlich erzählte Geschichten den Kindern ⟨und auf diesem Weg den Eltern die Kinderseele⟩ dar; das Büchlein ist durch treffliche Schwarzweißzeichnungen geschmückt.

Werbelehre Mit besonderer Freude berichte ich heute wieder von einer Schrift des *Werbeanwalts* Johannes Weidenmül-

ler Stoff und Geist in der Werbelehre /Langensalza, Beltz/ (siehe auch diese Rundschau, 1918 II, Seite 1223). In scharf umrissenen Begriffen und einer immer klaren Sprache schildert Weidenmüller das große Gebiet der Werbelehre nach Stoff und Verfahren, in den Beziehungen und Abgrenzungen zu anderen Wissensgebieten. Er zeigt, wie glücklich gebildete Begriffe, zum Beispiel Werbsache, Streuweg, Formgebung des Angebots, sich schnell eingebürgert haben und nun der Verbreitung und Vertiefung der Werbelehre dienen. Deren Angelpunkt sieht er in dem »Leitbegriff des Angebots als willensantreibender Nachricht von Ware und Geschäft«, durch den die Werbelehre zur »Lehre von der angebotlichen Nachrichtengebung« wird. Eine Anmerkung aber vom psychologischen Standpunkt: Die Werbelehre benutzt auch den planmäßigen psychologischen Versuch, vor allem um die Bewußtseinswirkung der Nachricht auf den Empfänger zu untersuchen. Ich kann dabei dem Verfasser nicht zugeben, daß die Versuchsanordnung sich möglichst aus den Verflechtungen des gewöhnlichen Angebotsgeschehens herauslösen und ihm unähnlich werden müsse. Nein, die Kunst der angewandten Psychologie scheint mir gerade darin zu bestehen bei möglichster *Lebensnähe* der Versuchsanordnung doch nicht einen bloßen Abklatsch des in den Verwickelungen des äußern Ablaufs stehenden Vorgangs zu geben. Außerdem scheint Weidenmüller, vielleicht infolge seiner Übersetzung der Psychologie als Bewußtseinskunde, die unbewußte Nachwirkung des Angebots im Empfänger zu unterschätzen oder gar zu übersehen. Weidenmüllers Schriften, besonders die vorliegende, gewähren außer der Freude an dem strengen Fluß des Satzbaus den Reiz zu verfolgen, wie aus einer gelegentlichen Technik (der Reklame) eine Wissenschaft und wieder deren gesicherte Anwendung erwächst. Nicht bloß der Kaufmann wird diese Schrift mit Nutzen lesen.

Neuausgaben In der Taschenausgabe der Philosophischen Bibliothek /Leipzig, Meiner/ ist als 25. Heft die auch heute noch lesenswerte psychologische Analyse Lotzes Der Instinkt zum Neudruck gebracht worden. Ausgehend von der Voraussetzung, daß kein Instinkt eine bloß physikalisch-mechanische Bewegung, sondern daß der Anfangspunkt der Bewegung irgendein psychischer Vorgang sei, entwickelt Lotze, wie man sich überhaupt diesen psychischen Anfang der Bewegung zu denken habe (Lotze ist Anhänger der Wechselwirkungslehre), in welcher Beziehung hier der individuelle Wille zu den zwangsmäßigen Äußerungen der Instinkte stehe, und woher jene psychischen Vorgänge überhaupt kommen. Zu einer endgültigen naturwissenschaftlichen Lösung kommt er nicht, da, wie er selbst zugibt, der Erfahrungsstoff nicht weit genug reiche. Diese Lücke hat die beobachtende Tierpsychologie jetzt auszufüllen begonnen.

Kurze Chronik Die Karlsruher Hochschulvereinigung hat Willy Hellpach 6000 Mark zur Durchführung von Untersuchungen über die Psychophysik der gewerblichen Arbeit und die Sozialpsychologie der Arbeitsgemeinschaften bewilligt. ◇ Der Breslauer Arzt Martin Chotzen hat an der Breslauer Universität einen Lehrauftrag für sexuelle Hygiene und Sexualpädagogik erhalten. Von seinen Schriften seien Sexualleben und Erziehung /Wien, Braumüller/ und Die Notwendigkeit einer häuslichen sittlichen Erziehung /Breslau, Köbner/ genannt. ◇ Am Kaiser Wilhelm-Institut für Hirnforschung, das aus dem Neurologischen Institut der Berliner Universität hervorging und den Gründer jenes Instituts Oscar Vogt zum Direktor hat, ist Oscar Pfungst Leiter der Tierpsychologischen Abteilung geworden. Pfungst hat seinerzeit im Auftrag Carl Stumpfs das Problem des Klugen Hans bearbeitet (Das Pferd des Herrn von Osten /Leipzig, J. A. Barth/), er hat auch psychologische Aufsätze über die Dressur von Wölfen und von Polizeihunden veröffentlicht und während des Krieges die Sanitäts- und Meldehundstation in Grünheide in der Mark geleitet. ◇ Der Assistent an der Psychiatrischen Klinik der Universität Leipzig, Richard Pfeifer, habilitierte sich dort für Neurologie und Psychiatrie.

Literatur Aufsätze Friedrich Jodls Zur neuern Philosophie und Seelenkunde gibt Wilhelm Börner in der Cottaschen Handbibliothek heraus /Stuttgart, Cotta/, die das Andenken an den feinsinnigen Forscher und edlen Menschen, wie er sich in den Aufsätzen über die Entstehung und das Leben der Sprache und in dem über die Religion der Menschheit zeigt, wachhalten werden

(siehe auch diese Rundschau, 1914 I, Seite 387 f.). ◇ In der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt ist ein Bändchen E. Trömners Hypnotismus und Suggestion in 3. Auflage erschienen und hat in dem Abschnitt Suggestion und Krieg einen anregenden Zuwachs erhalten. Trömner erwähnt unter anderm die starke Hypnotisierbarkeit der Soldaten; er hält sie für eine Wirkung des militärischen Drills.

Hygiene / Georg Wolff

Antisepsis und Asepsis

Besser als die beste Heilung ist die Verhütung der Krankheit. Das Prinzip prophylaktisch vorzugehen kennzeichnet darum die moderne Epoche der medizinischen Wissenschaft. Seitdem wir gelernt haben, daß die zahlreichen Infektionskrankheiten durch kleinste Lebewesen pflanzlicher oder tierischer Art hervorgerufen werden, richtet sich unser Hauptbestreben darauf durch Vernichtung der infektiösen Keime, das heißt durch Desinfektion, die Ursachen der Krankheiten möglichst zu bekämpfen. Pasteurs Arbeiten haben es zuerst sichergestellt, daß die Wundinfektionskrankheiten durch Bakterien, die sich überall, in der Luft, an den Kleidern, auf der Haut, befinden, veranlaßt werden; die Keime siedeln sich auf Wunden an, die der schützenden Hülle der Oberhaut entbehren, vermehren sich und vergiften durch ihre Ausscheidungen den Körper. Im Anfang suchte man die schädlichen Pilze durch chemische Mittel zu vernichten; der englische Chirurg Lister führte zu dem Zweck die Karbolsäure in die ärztliche Praxis ein und begründete damit die Zeit der antiseptischen, bakterienvernichtenden Wundbehandlung. Bald wurde aus der Antisepsis eine Asepsis, eine Keimfernhaltung statt der Keimtötung. Denn man erkannte sehr schnell, daß die stark wirkenden Chemikalien, die zur Desinfektion, zur Tötung der Bakterien, angewendet wurden, auch auf die Zellen des menschlichen Organismus nicht ohne Einfluß sind. Deshalb suchte man in der Folgezeit die Eitererreger als die Ursache des Wundfiebers, des Kindbettfiebers, der Rose, Furunkel und ähnlicher fieberhafter Erkrankungen von den frischen Wunden, die man zu Operationszwecken machte, überhaupt fernzuhalten. Die chirurgische Technik ist dadurch von Grund auf geändert worden. Jeder Einschnitt, der heute gemacht wird, erfolgt mit aseptischen Messern, wird mit aseptischen Verbandsstoffen bedeckt, die Wunde nicht anders als mit peinlich desinfizierten Händen oder ausgekochten Gummihandschuhen angefaßt, alles in der Absicht die überall vorhandenen Eitererreger von der Wunde fernzuhalten.

Lister bleibt das große Verdienst für alle Zeiten, daß er als erster die großen Entdeckungen der Bakteriologie in den Dienst der ärztlichen Praxis gestellt hat. Im Jahr 1867 hat er den sogenannten antiseptischen Wundverband eingeführt, der intensiv mit Karbolsäure getränkt war, um die Bakterien nicht zur Entwickelung gelangen zu lassen. Die Karbolsäure spielte in dieser Frühzeit der Antisepsis überhaupt die größte Rolle. Der Patient wurde mit Karbolsäure gereinigt, der Operateur wusch sich damit, ließ Instrumente und Verbandstoffe damit reinigen und möglichst auch die Luft des Zimmers mit Karbolsäure erfüllen. Es stellte sich bald heraus, daß die bei der Destillation des Steinkohlenteers gewonnene Karbolsäure zwar die meisten Bakterien tötete, aber auch die Zellen des menschlichen Organismus nicht unbeeinflußt ließ. Die Karbolsäure ist einmal ein starkes Ätzgift, tötet die Zellen ab, mit denen sie in unmittelbare Berührung kommt, und bildet daher oft einen Schorf auf der Haut. Sodann hat sie auch allgemeine Wirkungen, wenn sie in den Blutkreislauf gelangt. Sie schädigt das Zentralnervensystem, kann Benommenheit und Übelkeit und in größeren Dosen auch sehr ernsthafte Erscheinungen durch Vergiftung lebenswichtiger Gehirnzentren, vor allem des Atemzentrums, hervorrufen. Darum ist man von der Karbolsäure jetzt vollständig abgekommen; man reserviert sie nur noch zur Desinfektion gröberer Gegenstände.

Es gehört heute zu den Seltenheiten, wenn ein Patient im Anschluß an eine Operation an Wundfieber erkrankt; in der vorantiseptischen Zeit waren alle größeren Operationen, soweit man sich überhaupt zu ihnen entschloß, mehr oder weniger stark von Wundfieber begleitet. Der moderne Chirurg schneidet den Bauch auf, zieht Magen und Darm zur Besichtigung heraus, ohne eine Infektion mit den verderblichen Krankheitserregern befürchten zu müssen. Die Eröffnung von Gelenken, die besonders leicht zur Infektion geneigt sind und infolge ihres komplizierten Mechanismus durch eine Vereiterung dauernd untauglich werden, erfolgt heute ohne Gefahr. Das Eindringen von Bakterien zu verhindern

macht dem sorgsamen Arzt keine Schwierigkeiten mehr. Bedenklicher liegt der Fall, wenn die Infektion schon erfolgt ist. Die durch die Instrumente des Chirurgen zu Operationszwecken gesetzten Wunden sind keimfrei, nicht aber die Wunden, die man auf andere Weise im täglichen Leben ständig erwerben kann. Nicht nur die bei Schlägereien und Messerstechereien entstehenden Verletzungen, die natürlich immer mit ⟨wenigstens nach medizinischen Begriffen⟩ unsauberen Gegenständen beigebracht sind, können durch Eitererreger, die von da aus in den ganzen Körper eindringen, infiziert werden und zu septischen Erkrankungen, den sogenannten Blutvergiftungen, Anlaß geben. Auch kleine Hautabschürfungen an den Fingern, den Zehen, die oft gar nicht beachtet werden, können die Eintrittspforte der überall parasitierenden Mikroorganismen bilden; nicht selten hat eine geringfügige Verletzung am Daumen oder einem andern Finger, wie sie so häufig ist, durch Vernachlässigung der geringen Wunde zu einer weiterschreitenden Infektion, zu einer mit hohem Fieber einhergehenden Allgemeinerkrankung geführt.

Der Österreicher Ignaz Philipp Semmelweiß hatte rein empirisch, vor Begründung der Bakteriologie, erkannt, daß eine unter ähnlichen Erscheinungen wie denen des gewöhnlichen Wundfiebers verlaufende Krankheit, das Kindbettfieber, durch Ansteckung hervorgerufen wird. Bereits damals, mehr als 20 Jahre vor der Einführung des Listerschen Wundverbands, wurden von ihm Desinfektionsmaßregeln durchgeführt. Semmelweiß wußte noch nichts von der Existenz der niederen Pilze als Erreger so vieler Infektonskrankheiten, er schloß aber aus seinen großen klinischen Erfahrungen auf die heute als selbstverständlich betrachtete Tatsache, daß das Kindbettfieber eine Infektionskrankheit ist und meist durch Unsauberkeit der untersuchenden Ärzte oder Hebammen oder anderer, die mit der Gebärenden in Berührung kommen, entsteht. Der kluge Wiener Frauenarzt wurde damals ausgelacht. Heute zweifelt kein Mensch mehr daran, daß Wundfieber und Kindbettfieber eine und die selbe Krankheit sind und durch die so ungemein verbreiteten Eitererreger hervorgerufen werden. Da bei der Geburt normalerweise eine große Wundfläche in der mütterlichen Gebärmutter entsteht, können die Keime sehr leicht von außen durch die aufgeweiteten Geburtswege in das Innere der Gebärmutter eindringen und von hier aus den ganzen Körper infizieren. Wir wissen heute mit Bestimmtheit, daß auf diese Weise alle Arten von Kindbettfieber entstehen, denen früher unzählige Mütter erlegen sind. Für die jetzt lebende Generation ist es ein aufsehenerregendes Ereignis, wenn eine Frau dem Kindbettfieber zum Opfer fällt; in der Tat liegt dann meist ein Fehler in der Wochenpflege oder etwas ähnliches vor. Semmelweiß starb 1865; zu seinen Lebzeiten konnten seine Anschauungen in den Kreisen der Geburtshelfer sich keine Anerkennung verschaffen. Erst im Jahr 1867 führte Lister, auf den epochemachenden Entdeckungen Pasteurs weiterbauend, den antiseptischen Wundverband ein. Von dieser Zeit an nahm die Antisepsis ihren Siegeslauf durch die ganze Welt; in allen Spitälern und Kliniken wurde die Wundbehandlung von Grund auf geändert. Man erkannte mit einem Schlag die Ursachen des Wund- und Kindbettfiebers und hatte vor allem die Möglichkeit die Ursache wirksam zu bekämpfen. Kaum eine andere Entdeckung ist der Chirurgie von so gewaltigem Nutzen gewesen; die größten und schwierigsten Operationen konnten jetzt ausgeführt werden, ohne daß man eine Eiterung der Wundflächen zu befürchten brauchte. Nur die Einführung der Äther- und Chloroformnarkose, die etwa 20 Jahre vorher durch amerikanische Ärzte erfolgt war, kann an praktischer Bedeutung für die Chirurgie mit der Antisepsis verglichen werden.

Inzwischen ist, wie bemerkt, aus der Antisepsis eine Asepsis geworden. Hatte man sich zunächst chemischer Mittel zur Abtötung der Bakterien bedient, so ging man in der Folgezeit zu den physikalischen Desinfektionsmethoden über. Verbandstoffe und Instrumente werden heute nicht mehr mit giftigen Chemikalien imprägniert sondern nach Möglichkeit ausgekocht respektive dem Einfluß des ungespannten oder gespannten Wasserdampfs, der eine Temperatur von 100 bis 110° Celsius hat, ausgesetzt. Instrumente und alle widerstandsfähigen Gegenstände werden gekocht, während Verbandstoffe, Watte, Operationsmäntel durch strömenden Wasserdampf, den man längere Zeit auf sie einwirken läßt, sterilisiert werden. Um gleich größere Mengen der zu sterilisierenden Gegenstände dem Desinfektionsverfahren zu unterwerfen, hat man Apparate, sogenannte Desinfektionsöfen, konstruiert, die einen großen Raum zur Durchleitung des Wasserdampfs enthalten. Es hat

sich herausgestellt, daß schon nach 20 bis 30 Minuten die meisten Bakterien, unter ihnen alle, die für die Wundinfektion in Frage kommen, abgetötet sind. Noch wirksamer und schneller geht die Desinfektion vor sich, wenn man den Wasserdampf unter erhöhtem Atmosphärendruck einwirken läßt. Ebensowenig wie andere Lebewesen vertragen die Bakterien den Einfluß der Hitze lange Zeit; sie werden durch Erhitzung auf die Siedetemperatur des Wassers viel radikaler als durch chemische Mittel vernichtet.

Soweit es möglich ist, wendet man heute ein physikalisches Desinfektionsverfahren an. Freilich lassen sich nicht alle Gegenstände, die der Operateur gebraucht, auskochen oder im strömenden Wasserdampf sterilisieren. Das würden zum Beispiel die Hände des Operateurs, deren Wichtigkeit man wohl nicht unterschätzen wird, kaum vertragen. Deshalb muß man zu ihrer Desinfektion, wie überhaupt zur Desinfektion der menschlichen Haut und anderer empfindlicher Objekte, auch heute noch chemische Mittel benutzen. Man bedient sich da mit Vorliebe des Sublimats, einer sehr giftigen Quecksilberchlorverbindung, aber in tausendfacher Verdünnung, und, wenn möglich, des Alkohols. Der Alkohol wirkt vor allem deshalb desinfizierend, weil er dem Gewebe Wasser entzieht. Ohne Wasser können die Bakterien, die an unseren Fingern kleben, ebensowenig wie andere Organismen leben; sie müssen verdursten und sterben dann schnell ab. Vorsichtige Operateure unterstützen die Alkoholwirkung dann noch durch Sublimat. Sie reinigen ihre Hände also erst mit Wasser, Seife und Bürste, waschen dann alle Fugen sorgfältig mit Alkohol aus und spülen sich hierauf die Hände in einer Sublimatlösung ab. Um unter völliger Garantie der Keimfreiheit an die Operation zu gehen, ziehen sie dann noch ausgekochte Gummihandschuhe an, deren Benutzung leider durch die Rohstoffnot, die die jetzige Wirtschaftslage Deutschlands hervorgebracht hat, sehr erschwert ist. Hoffen wir auch im Interesse unserer Krankenversorgung, die ja noch in vielen Punkten im argen liegt, daß bald wieder günstigere Verhältnisse eintreten.

Erwähnt sei noch, daß ein Schüler Ehrlichs, Morgenroth, den erfolgreichen Versuch gemacht hat chemotherapeutische Tiefenantisepsis mit gewissen Chininderivaten (Optschin, Eukupin, Vucin) zu treiben. Diese Mittel töten noch in sehr starken Verdünnungen Eitererreger und verwandte Bakterien ab und sollen unter Umständen auch innerhalb der Gewebe des Körpers desinfizierend wirken können. Das wäre ein großer Fortschritt. Während Sublimat und andere Antiseptika die Gewebe des Körpers stark angreifen, daher nur oberflächlich auf die unversehrte Haut gebracht werden dürfen, sollen die Chininderivate die Zellen des Körpers nicht schädigen, wohl aber elektiv die Mikroorganismen, die eingedrungen sind. Inwieweit hier ein neuer Weg der allgemeinen Desinfektion des erkrankten Organismus vorliegt, nicht nur einer lokal beschränkten, wird sich erst im Verlauf der weitern Forschung erweisen.

Totenliste Die deutsche Physiologie hat in Nathan Zuntz, der am 24. März im Alter von 72 Jahren verstorben ist, einen ihrer anerkannten Führer verloren. Zuntz war Schüler Pflügers. Er hat namentlich die Gebiete des Stoffwechsels und der Ernährung bearbeitet und mit seinen zahlreichen Mitarbeitern als Direktor des Physiologischen Instituts an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule viele bedeutungsvolle Beiträge dazu geliefert. In die letzte Zeit seines medizinisch-physiologischen Schaffens fällt eine Arbeit über die künstliche Beeinflussung des Wachstums der Horngebilde (Haare, Nägel, Epidermis), die wegen ihrer großen praktischen Bedeutung allgemeines Aufsehen erregt und den Namen des greisen Gelehrten noch kurz vor seinem Tod in die Tagespresse gebracht hatte.

Der Direktor der Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses am Friedrichshain zu Berlin Alfred Neumann, ist am 14. März einer Grippe (Lungenentzündung) erlegen. Er hat als Assistent, Oberarzt und Direktor seine ganze Ausbildungszeit am gleichen Krankenhaus verbracht.

Ein Opfer der Wirren im Anschluß an den Lüttwitzputsch wurde in Rostock Ende März der Direktor des Pathologischen Instituts Ernst Schwalbe, der bei einem Zusammentreffen der Zeitfreiwilligen mit den Arbeitern durch einen Schuß getötet wurde.

Kurze Chronik Die Universität Heidelberg hat zur Gründung eines Instituts zur Erforschung der Eiweißstoffe von Fritz Behringer /Bielefeld/ eine halbe Million Mark erhalten. An dessen Spitze wurde der Direktor des Heidelberger Physiologischen Instituts A. Kossel gestellt. ◇ In der

Sitzung der Berliner Gesellschaft für pathologische Anatomie vom 1. April 1920 berichtete Max H. Kuczynski über eine wichtige Entdeckung auf dem Gebiet der Fleckfieberforschung. Mittels einer neuen Methodik ist es ihm, wie es scheint, gelungen den Fleckfiebererreger, dessen Natur bisher noch nicht feststand, unter Zuhilfenahme der Bauchhöhle des Meerschweinchens als Brutstätte in Reinkultur zu züchten. ◇ Als Nachfolger L. Briegers wurde Franz Schönenberger zum Direktor des Hydrotherapeutischen Instituts an der Berliner Universität ernannt. Die medizinische Fachpresse zetert darüber. Sie will immer noch nicht einsehen, daß auch einmal ein Vertreter der Naturheilkunde, einer Disziplin, die noch nicht die Gunst der Schulweisheit errungen hat, der angehenden Ärztegeneration von Nutzen sein kann. Ein Misoneismus, der hier besonders töricht ist. Denn für die Leitung des Hydrotherapeutischen Instituts eignet sich ein ernsthafter Verfechter des Naturheilverfahrens a priori gewiß eben so gut wie ein ehemaliger Bakteriologe und Immunitätsforscher wie Brieger, ein direkter Schüler Robert Kochs, der an einem Berliner Universitätsinstitut untergebracht werden mußte, und für den man, da nichts anderes frei war, das Institut für Wasserheilkunde wählte; daß das eine sinnvollere Lösung war als die jetzige Besetzung des Lehrstuhls mit einem Fachvertreter des Naturheilverfahrens, dürfte eigentlich auch ein Fachmediziner ältester Schule nicht zu behaupten wagen. Schönenberger, der im 54. Lebensjahr steht, war ursprünglich Lehrer, studierte dann Medizin, praktizierte in Bremerhaven, Bremen und Berlin. Eine Zeitlang leitete er auch ein Sanatorium in Hermsdorf nach Naturheilprinzipien, die aber von ihm in keiner Weise dogmatisch gefaßt wurden, und er hat sich dort allgemeinen Vertrauens unter den Patienten erfreut. Er hat sich auch schriftstellerisch sehr betätigt und redigiert die Zeitschrift Der Naturarzt. ◇ Der Abteilungsvorsteher am Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt Hans Sachs wurde zum Direktor der Wissenschaftlichen Abteilung des Instituts für experimentelle Krebsforschung in Heidelberg ernannt. ◇ An der Dresdener Technischen Hochschule wurde ein besonderer Lehrstuhl für Hygiene errichtet und mit Philalethes Kuhn besetzt, der früher Professor an der Straßburger Universität war.

Literatur

Eine gute Übersicht über die Seuchenbekämpfung und ihre technischen Hilfsmittel gibt Otto Lentz, Vortragender Rat im Ministerium des Innern /Berlin, Simion/. Das auf den eigenen Erfahrungen des Verfassers aufgebaute Werk ist ein Sonderabdruck aus den Verhandlungen des Vereins zur Förderung des Gewerbefleißes, dementsprechend für einen größern Leserkreis bestimmt und mit zahlreichen Abbildungen versehen, die den technischen Gang der bakteriologischen Untersuchungen, der Desinfektionseinrichtungen und dergleichen, veranschaulichen. ◇ Mit Wärme geschrieben ist das Werkchen Franz Kisch' Menschenzucht /Bonn, Marcus & Weber/, eine kurze Einführung in die Probleme des Sexuallebens zu dem Zweck die harmonische Ehe als die Grundlage des persönlichen Glückes und der gesunden Kinderaufzucht im Sinn einer positiven Rasseverbesserung darzustellen. Kurz gestreift werden auch die biologisch-hygienischen Probleme (Mendels Vererbungsgesetze, die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten). ◇ Erwähnt sei an dieser Stelle auch das Buch eines russischen Forschers, des verstorbenen Professors der Kinderheilkunde in Petersburg A. P. Gundobin, das in großzügiger Weise die Besonderheiten des Kindesalters, auf Grund umfassender anatomischer und physiologischer Untersuchungen, berücksichtigt (Die Besonderheiten des Kindesalters /Berlin, Allgemeine medizinische Verlagsanstalt/). Ein ausgezeichnetes Werk, im wesentlichen für Fachleute bestimmt. ◇ Sehr empfohlen werden kann die jetzt in 2. Auflage in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt vorliegende Schrift Georg B. Grubers Der Alkoholismus. Der Verfasser, der auf dem Boden der absoluten Abstinenz steht, behandelt in guten Einzelschilderungen nach einem Überblick über Verbreitung und Art der alkoholischen Getränke die mannigfachen Beziehungen der akuten und chronischen Alkoholvergiftung zur Pathologie des Einzelindividuums und der menschlichen Gesellschaft. So werden neben den Krankheiten infolge Alkoholismus auch die Beziehungen zwischen Alkoholmißbrauch und Verbrechen und Prostitution berührt. ◇ In der gleichen Sammlung erschien das Bändchen Sport von Carl Diem, das einen guten Überblick über die Technik des gesamten Sports gibt und die Bedeutung der Leibesübungen für die körperliche Gesundheit richtig

wertet, ohne in militärisch-nationalistische Übertreibungen zu verfallen. ◇ Über die Bedeutung des Films für soziale Hygiene und Medizin berichtet W. Schweisheimer in einer Schrift, die bei Georg Müller in München erschien. Er tritt warm für die Verwertung des Lichtspiels für die Zwecke der Volksbelehrung ein. Presse und Film sind nach ihm die wirkungsvollsten Volksaufklärungsmittel zur Verbreitung hygienischer Kenntnisse. ◇ Zur Verbreitung in weitesten Kreisen aller Volksschichten, insbesondere auch der heranwachsenden Arbeiterjugend, sind die von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herausgegebenen billigen Flugschriften /Leipzig, J. A. Barth/, ebenso die Veröffentlichungen des Deutschen Vereins für Volkshygiene /Berlin, Allgemeine medizinische Verlagsanstalt/ zu empfehlen, die durchweg von ernsten Fachleuten bearbeitet sind.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zepler

Hauptmann: Der weiße Heiland

Das Gemeinschaftsempfinden, das die Menschen zu einem einigen Lebensgefühl zusammenschließt, muß sich auch in der Kunst des werdenden Sozialismus offenbaren. Man muß auch für die Bühnenkunst dies neue Wollen fordern: die Masse des Volks in einem innern Erlebnis vereint zu sehn. Dieser Idee will in Berlin Reinhardts Großes Schauspielhaus dienen. Seine Errichtung ist darum gut. Aber was bis jetzt zur Tat geworden ist, bedeutet freilich nicht mehr als einen mißglückten Versuch. Denn es fehlt diesem Theater der Massen noch das Entscheidende: eben das Einheitsgefühl, das alle bindet. Man spürt keine innere Notwendigkeit, weder bei den Hörern noch bei den Ausführenden. Es bleibt darum vorläufig beim Experimentieren, und der Raum wird von innen heraus nicht erfüllt. Die Aufführungen der Orestie und des Hamlet waren trotz guten Einzelheiten als Ganzes laut und leer. Völlig gescheitert aber ist die Darstellung desjenigen Dramas, das für jenes wahre Gemeinschaftstheater kraft seines Inhalts geschaffen wäre: des Weißen Heilands. Dieses Werk Gerhart Hauptmanns, dem äußern Vorgang nach eine Schilderung des von Greueln gezeichneten Einbruchs der Spanier in Mexico, ist ein Passionsdrama. Sein Held Montezuma ist der Erlöser, der die Leiden der Welt auf sich nimmt. Sein Passionsweg ist, daß er das Heil der Erlösung von den verheißenen weißen Göttern erwartet. Aber es zeigt sich, daß diese weißen Götter die ihnen zuteil gewordene Mission verraten haben und so zum weißen Satan geworden sind. Dieser Verrat ist es, für den Montezumas Richtspruch sie am Ende verflucht: nicht weil sie schlechte Menschen, sondern weil sie von ihrer eigenen Aufgabe Abgefallene sind. Das aber ist die Sünde wider den Heiligen Geist; die einzige, die, aus Gnade, nicht vergeben werden darf, weil man den Abtrünnigen nicht verhindern darf sich selber, wollend, zu entsühnen. ⟨Man denke auch an den Tod Sir Archies, in der Winterballade Hauptmanns: aus bloßem Willen, »wie vom Blitz getroffen«.⟩ Auch die Indianerin Marina macht sich jener Sünde schuldig, da sie, an den weißen Heiland gläubig wie Montezuma, aus persönlicher Gebundenheit die Sache des Heils dem Heilsverräter opfert.

Als religiöse Handlung hätte die Darstellung dieses Werks im Haus der Massen ihren Sinn erfüllt. Aber es fehlte eben jenes Empfinden. Schon die Art der Streichung, die Wesentliches wegläßt, beweist, daß hier kein inneres Verhältnis zu dem Inhalt obwaltete. Wie konnte man in der Szene von Montezumas Gefangensetzung beim Bericht vom Tod Qualpopocas Montezumas Worte fortlassen: »Wehe, wehe! Qualpopoca mordete den Tonatiuh.« Sind sie doch, da sie jetzt, nach der Selbstentlarvung der weißen Götter, gesprochen werden, von tiefstem Sinn. Montezuma, in der äußern Verwirrung und innern Unbeirrbarkeit der Seele, sieht noch in den Abtrünnigen ihre eigentliche Bestimmung, ihr von Gott gefordertes Wesen. Die Realität der Welt, das, was sie ist, bedeutet vor dem Glauben nichts gegenüber ihrer wahren Realität, dem, was sie werden soll. Auch von den Worten Cortez' und der Spanier in der Sterbeszene Montezumas blieb gerade das Wichtigste weg: ihre vor dem Antlitz Montezumas aufdämmernde Ahnung, daß sie ihre eigene Mission verkannt und verraten haben. Ohne Grund wurde dann in den Schlußversen Montezumas eine Umstellung vorgenommen, die, wohl einem theatralisch *versöhnlichen* Abschluß zu Liebe, die Kraft des Verdammungsurteils abschwächt. Auch das Szenische wurde von Karlheinz Martins Regie nicht hinreichend gelöst. Zwar der Phantasie geschieht Genüge durch die farbschön knappe Andeutung der Szenerie bei dem gleichbleibenden

tempelartigen Spielhintergrund dieser Bühne, die aus 3 ansteigenden Ebenen, der weit in den Hörerraum hineinragenden Orchestra, der Vorbühne, dem eigentlichen Spielraum, und der Oberbühne besteht. Aber die Darsteller besitzen noch nicht die technische Beherrschung für das Spiel im großen Raum, sie übernehmen sich fast alle, so daß, was Wucht sein sollte, Lärm wird, in dem der Vorgang versinkt. Aribert Wäscher, der nach Moissi den Montezuma darstellte und seinen Vorgänger stark kopierte, blieb der Gestalt innerlich alles schuldig. Jannings' Cortez war, sonderbar bei diesem Darsteller, nur brutal, nicht der Verblendete. Hanna Ralph als Marina war ganz unzulänglich. Dieses Drama kann man nicht aus der Aufführung im Großen Schauspielhaus kennen lernen; nur wenn man es liest ⟨das Buch erschien bei S. Fischer in Berlin⟩, hört man seine innere Stimme.

Junge Dramatik In dem Stück Paul Kornfelds Himmel und Hölle ist vom Himmel freilich weniger als von der Hölle zu spüren. Es ist das Werk eines religiös gestimmten Dichters, der durch alle Zweifel an der Existenz eines gütigen Gottes hindurch sich doch zu ihm bekennt. Die Frage, die Kornfeld stellt, heißt: Ist Gott gut oder furchtbar böse? Wenn er gut ist, weshalb quält er uns? Und weshalb verurteilt er uns zu solcher Schwäche, daß wir, obwohl wir gut fühlen, schlecht sein müssen? Gegen diesen Gott, der an Qualen Freude hat, ruft Kornfeld durch seinen Jakob, eine etwas krampfhaft mystische Person, zur Revolution auf. Aber die Menschen, obwohl jeder von ihnen die Hölle des Erdendaseins durchlebt, folgen ihm nicht. Denn sie fühlen, daß ihre Hölle Reinigung und also dennoch der Anfang des Himmels ist; und sie danken Gott für die Begnadung, daß er sie die Hölle erleiden läßt. Nicht ebenso zwingend wie die Empfindung ist bei Kornfeld die Gestaltung. Die Tatsachen sind bei ihm nicht organisch erwachsen sondern oft ein willkürlich angewandtes Ausdrucksmittel. In dem Willen das Unbewußte, Ursprüngliche zu manifestieren wird Kornfeld gerade bewußt. Doch er hat den Blick des Dichters für das Gespenstische des Lebens. Das Ganze erscheint, auch in der Prosa, als ein Gedicht von mitunter schönstem lyrischen Aufklang. Es ist der Berliner Aufführung des Deutschen Theaters sehr zu danken, daß sie diesmal unter der Regie Ludwig Bergers vollkommen den richtigen Ton traf. Sie gab, anders als in der Wupper, das rein Seelische, vom Realen abgewandte Geschehen ohne jede Gesuchtheit wieder. Schon die Mischung von Positivem und Andeutung in den Bühnenbildern Rudolf Bambergers unterstützte das. Ein Schloßsaal, in dem Schlimmes sich abspielt, wird auf einer fast leeren Szene durch ein paar mit Staubüberzügen verhängte Sessel mit der ganzen Atmosphäre lebendig und überlebendig zugleich. Für das Spiel standen Künstler wie Werner Krauß und Lina Lossen zur Verfügung. Krauß, dessen Gestalten in wundervoller Weise stets an der Grenze von sinnlichem Leben und übersinnlicher Existenz stehen, ist für Kornfelds von seinem eigenen Innern gemarterten Grafen Ungeheuer der gegebene Darsteller. Lina Lossen ist eine Erdenbüßerin, die den Himmel schon um sich hat. Agnes Straubs opferbereite Dirne wird durchrüttelt von allem Leiden und aufgerichtet von Himmelsahnung. Nur Paul Günther wußte mit der ahasverischen Figur des Anklägers Jakob nicht viel anzufangen. Elsa Wagner zeichnete eine Marquise als ein hochmütig abgeschlossenes Gespenst voll Sarkasmus.

Ein »ekstatisches Szenarium« nennt Hanns Johst sein in Berlin in der Tribüne gespieltes Stück Der junge Mensch, in dem Revolution gegen alles Bestehende gepredigt wird. Unter wildem Sichgebärden und Wortschwulst verbirgt sich leeres Schema. Den selben Stil hat die schwer erträgliche Manier der von Franz Wenzler geleiteten Darstellung, die aus unaufhörlichem Geschrei und Gestikulieren aller besteht. Die an *lyrischen* Stellen unweigerlich einsetzende Geigenmusik erhöht den Eindruck eines gewissen Selbstbetrugs. Mit all solchen Gewolltheiten müssen die Jungen gründlich aufräumen, soll es bei ihnen zu wirklichem Wollen kommen.

Mallinger † »Neben der Wienerin Pauline Lucca«, berichtet J. Kastan in seinem behaglich-interessant erzählenden, angenehm lesbaren Erinnerungsbuch Berlin, wie es war /Berlin, Mosse/, »stand die in Agram geborene Mathilde Mallinger in der gleichen Gunst der Zuhörer wie der Kritik. Die Künstlerin hatte schon bei ihrem ersten Erscheinen auf der Münchener Bühne das größte Aufsehen erregt. Von dort her hatte sich Herr von Hülsen den glänzend aufgehenden Stern herübergeholt, denn die Berliner Hofoper sollte nun einmal nach der fest aus-

gesprochenen und ebenso durchgeführten Absicht ihres obersten Leiters die erste Deutschlands, wo nicht gar die ganz Europas werden. Und eine ganze Zeitlang war das auch wirklich der Fall.« ⟨Aber nur eine Zeitlang. Nach der, durch schöne Mozartaufführungen ausgezeichneten Ära Hochberg, dem Nachklang des ältern Berlins, kam mit dem zweiten Hülsen die protzige Banalität Neudeutschlands in die Berliner Oper, die dann, nachdem ihr im November 1918 der Prunk genommen war, schnell in einen Zustand völliger Ohnmacht fiel, aus dem sie bis jetzt noch nicht richtig erwacht ist.⟩ In jener Glanzzeit des Opernhauses, an die die alten Berliner nur mit gerührtem Stolz denken können, war Mallinger eine der am meisten Gefeierten. Doch war sie nicht nur durch ihre positive Leistung bekannt sondern auch durch ein mehr Negatives: durch den Streit der Rivalität mit dem ersten Stern ⟨damals war man noch nicht angelsächsisch genug von *Stars* zu sprechen⟩ Lucca, der zu einer dramatischen, die Berliner sehr aufregenden Explosion führte, über die Kastan also berichtet: »Während der Verkleidungsszene im Figaro brach gänzlich unerwartet das Unheil hervor. Mathilde Mallinger, eine in ihrer Art ebenso unvergleichliche Susanne wie Pauline Luccas Page, hatte, fortgerissen von der köstlichen Szene, in ihrem lebhaften Temperament dem vor ihr knienden Cherubin einen ganz leichten Schlag auf die Wange versetzt. Sie hatte sich dabei gar nichts weiter gedacht. Allein Pauline faßte die Sache als eine wohlbedachte Beleidigung, als eine ihr öffentlich zugefügte Beschimpfung auf. Sie war durch keinerlei Zureden und Erklären zu beruhigen und beantwortete dann die auf der nachfolgenden Szene [soll wohl heißen: im folgenden Akt] von Figaro an sie gerichtete Frage »Wie pfeift denn der Vogel?« mit den anzüglichen Worten: »Ungezogenheiten gibt's.« Darüber Erstaunen in der Zuhörerschaft, Verblüfftheit: Der Streit zwischen Kriemhild und Brunhild war offenkundig geworden. Pauline Lucca war von ihrem Unrecht gegen ihre Mitspielerin nicht zu überzeugen. Sie brach ihre Zelte, vielmehr ihr Heim in der Victoria- und Margarethenstraßenecke ab; sie verließ Berlin . . .«

Damals sorgte man in Berlin bei einer Künstlerin wie Mathilde Mallinger für ein großes Wirkungsfeld. Heute weiß man kaum, daß man hier ⟨noch?⟩ eine Helene Wildbrunn hat.

Totenliste Im März starb in Berlin der ehemalige Bariton des Mannheimer Hoftheaters Arthur Pacyna, der hauptsächlich im Ausland große künstlerische Erfolge zu verzeichnen hatte.

Im April starb in Berlin das frühere berühmte Mitglied des Berliner Königlichen Opernhauses Mathilde Mallinger, 73 Jahre alt. Sie war das erste Evchen in den Meistersingern sowohl bei der Münchener Uraufführung wie bei der Berliner Premiere. Nach ihrem Rücktritt von der Bühne war Mallinger eine gesuchte Gesanglehrerin.

Kurze Chronik In einer an das Kultusministerium gerichteten Eingabe machte der Verband der Freien Volksbühnen darauf aufmerksam, daß dem Reichstheaterausschuß keine Vertretung der Bühnenbesucher, auch nicht der etwa 120 000 Genossenschaftsmitglieder zählenden Volksbühnen, angehört, und äußerte den Wunsch seine Interessen im Ausschuß zur Geltung bringen zu können. In der Tat ist eine Vertretung der Theaterbesucher heute, da unser Ziel auch für das Bühnenwesen auf immer weitergehende Vergenossenschaftlichung gerichtet ist, dringend erforderlich. ◇ Über eine bedeutungsvolle Pariser Theatergründung berichtet im Tagebuch Iwan Goll. In einer alten Kapelle werden jeden Sonnabend unter der Urheberschaft des Kreises der von Leo Poldes geleiteten Zeitschrift Le Faubourg revolutionär gerichtete Stücke unbekannter junger Autoren von Schauspielern aller Theater gratis aufgeführt, und ihr Inhalt vom Publikum sofort besprochen. So ist diese Bühne ein wirkliches Forum für neue Ideen. ◇ Die von Eduard Castle geschaffene Wiener Freie Gesellschaft für theatergeschichtliche Forschungen soll in ein Theatergeschichtswissenschaftliches Seminar umgewandelt werden. Dazu wird man zunächst das in amtlichen Archiven vorhandene Material heranziehen. ◇ Für den ausgeschiedenen Hans Kautsky wurde Emil Pirchan als Leiter des Ausstattungsweseng an den Berliner Staatstheatern verpflichtet.

Literatur Gustaf Holberg widmet eine Schrift dem Andenken des toten skandinavischen Kinoschauspielers Valdemar Psilander /Berlin, Verlag der Lichtbildbühne/. Die Popularität des Verstorbenen war international gewaltig. ◇

Aufnahmen!!! /Berlin, H. H. Richter/ betiteln sich die von Hans Richter gesammelten humoristisch gemeinten, in Wirklichkeit recht flachen Plaudereien bekannter männlicher und weiblicher Filmstars, denen natürlich die Bilder der monokelgeschmückten oder im Dekolleté prangenden Größen nicht fehlen. Warum hat so etwas nie ein wenig wirkliche Grazie? ◇ In seinem Buch Das Lichtspiel /Wien, Lechner/ sucht Victor E. Pordes in das Wesen der Filmkunst einzudringen und deren innere und äußere Bedingungen darzulegen. Doch bleibt er damit trotz großer Breite an der Oberfläche der Selbstverständlichkeiten.

KULTUR

Landwirtschaft / Franz Fest

Akkordarbeit Aus dem Wunsch heraus einen ihrer Arbeitsleistung entsprechenden Lohn zu bekommen hat die Landarbeiterschaft in vielen Teilen des Deutschen Reichs den Akkordlohn stets verlangt und ihn bis heute aufrechterhalten. Ja, es wurden sogar geradezu Betriebe gemieden, in denen nur wenig oder gar keine Möglichkeit zum Akkordverdienst geboten wurde. Der Vorwurf, daß durch die Akkordarbeit die Arbeitnehmer einseitig zugunsten der Arbeitgeber ausgebeutet würden, kann nur dann zutreffen, wenn die Lohnbedingungen falsch verakkordiert sind. Richtig angewandter Akkord gewährt dem Arbeiter einen gerechten Lohn und verhindert andrerseits das bei Zeitlöhnung neuerdings beliebte Faullenzen auf Kosten der Allgemeinheit, das heißt der anderen Arbeiter. Akkordgegnerschaft um jeden Preis ist jedenfalls in der gegenwärtigen Gesellschaft und bei der Überleitung zur sozialistischen Produktionsweise zurückzuweisen. Gerade beim Aufbau des Sozialismus wird man danach trachten müssen die Produktivität der Arbeit bis zur Höchstgrenze zu steigern. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß durch die Garantie eines bestimmten Einkommens unter Ausschluß des Mehrverdienstes unter den zurzeit bestehenden Verhältnissen die Arbeitslust in einer Weise herabgedrückt wird, die die Güterproduktion sehr stark schädigt. Daß später, in einer wirklich sozialistischen Gesellschaftsordnung das Stimulans des Mehrverdienstes entbehrt werden kann, weil die Pflicht zur Arbeit im Dienst der Gemeinschaft dann jedem einzelnen den Regulator seines Handelns abgeben wird, davon kann man allerdings überzeugt sein. Bis zum, auch im Geistigen und Ethischen vollendeten Sozialismus aber ist die Entlohnung nach der Arbeitsleistung nicht zu entbehren, wie gerade auch das Beispiel Rußlands zeigt ⟨die bolschewistische Regierung hat die Akkordlöhnung wieder eingeführt⟩. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen werden daher zur Steigerung der gesamten Gütererzeugung das Akkordsystem in einer Reihe von Produktionszweigen anzuwenden haben. Es wird aber selbstverständlich in einer solchen Weise ausgebaut werden müssen, daß jede Ausbeutung des Arbeiters verhindert und ihm der volle Wert des von ihm über das Durchschnittsmaß Geleisteten gesichert wird.

Die Arbeitsleistung wird in der Landwirtschaft entweder an der zu bearbeitenden Bodenfläche (Flächenakkord) oder an der Menge beziehungsweise der Stückzahl fertiggestellter Erzeugnisse oder vollbrachter Arbeitshandlungen (Stückakkord) gemessen. Die erzielbare Leistung ist sowohl beim Flächenakkord wie beim Stückakkord außerordentlich schwankend, weil die zu überwindenden Widerstände je nach der Art und dem derzeitigen Zustand des Bodens, nach dem Stand der Feldfrüchte, nach der herrschenden Witterung, nach der Beschaffenheit und dem Lagerort der zu bearbeitenden Massen usw. äußerst verschieden sind. Es lassen sich daher unmöglich feste Tarifakkordsätze für weite Gebiete im voraus festsetzen, sondern die Vereinbarungen müssen im Betrieb selbst für jede Einzelarbeit endgültig getroffen werden. Wohl aber lassen sich zur Sicherung der Rechte beider Parteien allgemeine Grundsätze für den Abschluß der Vereinbarungen wie über etwaige Schlichtungsverfahren festlegen. Auch wird es möglich sein für begrenzte Gebietsteile Richtlinien für die einzelnen Akkordsätze aufzustellen, die dann als Anhalt für die Vereinbarungen in den einzelnen Betrieben zu dienen hätten.

Die Festlegung allgemeiner Grundsätze dürfte daher Sache der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sein. Die Kreisarbeitsgemeinschaften hätten Richtlinien für die Höhe der Akkordsätze der im Kreis üblichen Akkordarbeiten zu vereinbaren, während die Arbeitgeber mit ihren Betriebsausschüssen, beziehungsweise einzelnen Arbeitergruppen oder Arbeitern die endgültigen Vereinbarungen für den Einzelfall zu treffen hätten. Grundsätzlich ist zunächst die Frage zu

regeln, inwieweit ein Zwang zur Durchführung von Akkordarbeiten bestehen soll. In den Tarifverträgen einzelner Kreisarbeitsgemeinschaften ist bereits die Akkordfrage kurz berührt. In den meisten Fällen ist nur festgelegt worden, daß Akkordarbeit grundsätzlich zulässig ist; vereinzelt wurde auch vereinbart, daß sie geleistet werden muß. Es müßte aber grundsätzlich sowohl für den Arbeitnehmer wie für den Arbeitgeber das Recht festgelegt werden die Ausführung der Arbeit im Akkord zu verlangen, soweit dies praktisch ohne Schädigung des Betriebs durchführbar ist. Soll die Akkordarbeit ihrem Zweck gerecht werden, so muß grundsätzlich dafür gesorgt werden, daß dem Arbeiter auch der volle Erfolg seiner Anstrengungen zugute kommt. Der Arbeitgeber hat an sich meist schon so große Vorteile durch die Beschleunigung der Arbeit, daß ihm nicht noch die Möglichkeit offenstehen darf auf Kosten der Arbeiter die Arbeit durch die Form der Akkordlöhnung zu verbilligen. Man hat den Arbeiter bei Abschluß einzelner Tarifverträge dadurch schützen wollen, daß man ihm »bei wirklich geleisteter Arbeit« eine 30prozentige Steigerung gegenüber dem Tagelohn oder gegenüber dem Barlohn oder nur den Gesamttagelohn garantiert hat. Derartige Festlegungen haben für beide Teile keinen vollen Wert. Erreicht der Arbeiter eine halbe Beschleunigung bei Akkordarbeit, wie das doch vorkommt, so hat er keine Veranlassung sich mit einer Lohnsteigerung von 30 % zu begnügen, sondern er hat das Recht auf eine 50prozentige Lohnsteigerung, das heißt das 1½fache seines Gesamttagelohns, nicht nur des Barlohns. Angenommen, ein Landarbeiter bekommt täglich 7,43 Mark und zwar 3,00 Mark bar und 4,43 Mark Naturallohn. Bei einer Leistungssteigerung von 30 % würde er nach dem Tarif täglich 0,90 Mark mehr verdienen, insgesamt mithin einen Lohn von 8,33 Mark bekommen, während ihm von Rechts wegen eine 30prozentige Erhöhung des Gesamtlohns zusteht, also ein Mehrverdienst von 2,23 Mark respektive ein Gesamttagesverdienst von 9,66 Mark, wovon er 4,43 Mark in Naturalien und 5,23 Mark in bar zu erhalten hätte. Bei Berechnung des Akkordverdienstes nur nach dem Barlohn würde der Landarbeiter bei 30prozentiger Mehrleistung täglich zugunsten des Arbeitgebers um 1,33 Mark geschädigt werden.

Ich will an einem praktischen Beispiel darlegen, wie der Akkordsatz richtig zu berechnen ist: Ein Arbeiter kann im Tagelohn etwa 8 Fuder Mist laden; demnach bringt er es im Akkord bei 50prozentiger Beschleunigung auf täglich 12 Fuder. Er hat somit einen Anspruch auf den 1½fachen Tagesverdienst (nicht Barlohn), also auf 11,15 Mark, wovon er 4,43 Mark in Naturalien und 6,72 Mark in bar zu erhalten hat. Demnach ist der richtige Akkordsatz für den Deputanten auf 6,72 Mark : 12 = 56 Pfennig und nicht auf 4,50 Mark : 12 = 38 Pfennig festzusetzen. Wenn auch zu erwarten ist, daß bei den praktischen Akkordvereinbarungen derartige Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden, so muß doch grundsätzlich durch Vereinbarungen festgelegt werden:

1. Dem Akkordarbeiter muß das Mehr gegenüber der bei Tagelohn erfahrungsgemäß erzielten Leistung vollständig bezahlt werden, daß heißt die Verdienststeigerung muß der Arbeitssteigerung mindestens prozentual gleich sein.
2. Bei Arbeitern, deren Lohn sich aus Natural- und Barlohn zusammensetzt, ist die prozentuale Lohnsteigerung vom Gesamttagelohn und nicht vom Barlohn zu berechnen. Bei Festsetzung des Akkordsatzes ist der Wert der Naturallöhnung vom Akkordverdienst und nicht vom Akkordsatz abzuziehen. Siehe hierzu Aereboes (in dieser Rundschau, 1918 II, Seite 928, angezeigte) Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre, Seite 147.

Ein Zwang zur Akkordarbeit setzt ferner voraus, daß Maßregeln vereinbart werden, die bei Meinungsverschiedenheiten eine schnelle und gerechte Entscheidung herbeiführen und eine Unterbrechung der Akkordarbeit verhindern. Es dürfte daher grundsätzlich weiterhin etwa folgendes festzulegen sein: In allen Kreisen wird dem Bedarf entsprechend eine Anzahl von Akkordschlichtungsausschüssen durch die Kreisarbeitsgemeinschaft bestellt, bestehend aus einem ältern, im Beruf erfahrenen Landarbeiter (auf Vorschlag der Arbeitnehmerorganisation), einem ebensolchen Arbeitgeber (auf Vorschlag der Arbeitgeberorganisation) und einem unparteiischen Vorsitzenden, der weder Landarbeiter noch landwirtschaftlicher Arbeitgeber sein darf, sowie deren Stellvertretern. Kommt eine Einigung über Akkordbedingungen im Betrieb nicht zustande, so darf die Akkordarbeit weder abgelehnt noch unterbrochen werden. Es ist vielmehr unverzüglich der zuständige Akkordschlichtungsausschuß anzurufen, dessen Entscheidung für beide Teile bindend ist.

Weitere Fragen werden sich kaum grundsätzlich durch die Verbandsleitungen vereinbaren lassen, werden vielmehr, wie schon weiter oben erwähnt wurde, den Lokalinstanzen und letzten Endes den Beteiligten selbst und den Akkordschlichtungsausschüssen überlassen werden müssen.

Im Interesse beider Parteien und der gesamten deutschen Volkswirtschaft liegt es, daß sich sowohl Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen ernstlich alle Mühe geben für eine ausgedehnte Anwendung der Akkordarbeit brauchbare und gerechte Grundlagen zu schaffen. Wenn das in ausreichendem Maß gelingt, dann hätte auch die Arbeiterschaft keinerlei Grund mehr zu einer hier und da (allerdings zunächst nicht bei den Landarbeitern) verbreiteten Abneigung gegen die Akkordarbeit.

Pflanzenwachstum Unter dem Titel Kohlensäure und Pflanzenwachstum hat F. Bornemann ein Buch erscheinen lassen /Berlin, Parey/, in dem der Nachweis erbracht wird, daß die Größe der Ernte landwirtschaftlicher Kulturpflanzen in weitestem Maß von der Kohlensäureerzeugung des Bodens abhängig ist. Er hat diesen Nachweis noch durch einen Versuch ergänzt, den er in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse vom 3., 7. und 10. Januar 1920 eingehend beschrieben hat.

Die Ernährung der grünen Pflanzen erfolgt durch die Wurzeln aus dem Boden und die Blätter aus der Luft. Man kann daher von einer Blatt- oder Lufternährung und von einer Wurzel- oder Bodenernährung sprechen. Von der Wirksamkeit dieser Ernährungsfaktoren hängen Schnelligkeit und Stärke des Wachstums ab, und von dem Mengenverhältnis, in dem beide zu einander stehen, wird die Wachstumsform bedingt. Beim Überwiegen der Lufternährung ist die Pflanze gezwungen Assimilate (Stärke, Zucker) in Reserve zu legen oder solche Organe zu bilden, zu deren Aufbau und Unterhaltung hauptsächlich Kohlenstoff gebraucht wird, zum Beispiel die stark atmenden Blüten. Bei überwiegender Bodenernährung namentlich mit Stickstoff werden Eiweiß, Protein, Chlorophyll und Protoplasma gebildet und an diesen Stoffen reiche Organe angelegt, wie Blätter, Blattsprosse und Chlorophyllkörper. Der Landwirt kann die Entwickelung seiner Kulturpflanzen somit weitgehend beeinflussen. Er kann sowohl das Blattwachstum steigern, als auch die Blütenzahl vermehren wie den Stärke- und Zuckergehalt der Hackfrüchte erhöhen. Für den praktischen Getreidebau zieht Bornemann folgende wichtige Schlüsse: »Je humoser und *tätiger* ein Boden ist, um so größer ist seine Kohlensäureerzeugung, und um so stärker wird sich das Getreide bestocken. Je stärker aber eine Saat sich bestockt, um so mehr mineralische Nährstoffe einschließlich Stickstoff müssen ihr als Kopfdünger gegeben werden. Die in der Praxis in solchen Fällen verabreichten Mengen sind meist ungenügend. Das *Schröpfen* zu stark entwickelter Saaten wirkt in gleicher Richtung auf das Verhältnis der beiden Ernährungsfaktoren ein. Ist die Bodenernährung erfahrungsgemäß durch Mangel an Niederschlägen während der Vegetationszeit oder durch andere Ursachen gefährdet, so sind alle wirtschaftlichen Maßnahmen zu vermeiden, die die Bestockung fördern.«

Für den Anbau von Hülsen- und von Ölfrüchten kann Bornemann folgende überaus wichtigen Ergebnisse aus seinen Versuchen ziehen: »Die Versuchsresultate beweisen, daß die Ernte der Hülsenfrüchte durch Steigerung der Kohlensäureproduktion des Bodens sehr erheblich vergrößert werden kann. Deshalb ist es wirtschaftlich falsch die Hülsenfrüchte und besonders Erbsen und Bohnen, die gerade in der Gegenwart zur rationellen Ernährung des Volkes dringend gebraucht werden, ohne Stalldünger anzubauen, oder sie in der Fruchtfolge weit hinter die letzte Stalldüngung zu stellen. Es ist eine Irrlehre, wenn behauptet wird, daß mit einer Düngung, die nur aus Thomasmehl und Kainit besteht, befriedigende Ernten von Hülsenfrüchten zu erzielen seien. Solche Ernten sind nur durch Stallmist neben mineralischer Düngung zu erreichen. Stalldünger steigert die Kohlensäureproduktion des Bodens, und diese bewirkt eine gesteigerte Assimilation. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Unsicherheit der Ernte der Hülsenfrüchte und der Rückgang ihrer Erträge, über die so häufig geklagt wird, ganz allein der falschen Düngungsweise zuzuschreiben sind. Bei dem Anbau der Ölfrüchte ist die auf alter Erfahrung beruhende Verwendung von Stalldünger nicht wie bei den Hülsenfrüchten in Vergessenheit geraten. Die Ölfrüchte gelten auch heute noch nächst den Hackfrüchten als die besten *Stallmistverwerter*. Der Anbauversuch mit Senf bei gesteigertem Kohlensäuredruck beweist, daß auch bei dem Ölfruchtbau das wirk-

same Prinzip des Stalldüngers hauptsächlich in der gesteigerten Kohlensäureproduktion des Bodens und in der durch diese gesteigerten Kohlensäureassimilation zu suchen ist.«
Die Versuche Bornemanns sind für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion von allergrößter Bedeutung.

Tierzucht Sehr interessante Schlußfolgerungen ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse der beiden Viehzählungen vom 1. September 1919 und 2. September 1918 auf die Entwickelung unserer Tierzucht im ersten Nachkriegsjahr.

Pferde	Anzahl am 1. September 1919	Anzahl am 2. September 1918	Zunahme (+) oder Abnahme (—) Stück	%
Gesamtzahl	3 484 635	2 929 120	+555 575	+19,0
unter 3 Jahre alt	565 423	571 668	—6 245	—1,1
3 bis 5 Jahre alt, im ganzen	407 943	460 161	—52 218	—11,3
3 bis 5 Jahre alte Stuten	155 013	186 218	—31 205	—16,7
über 5 Jahre alt, im ganzen	2 511 269	1 907 413	+603 856	+26,4
über 5 Jahre alte Stuten	477 442	405 582	+71 860	+17,7

Die Zunahme um insgesamt 19 % des Pferdebestands von 1918 ist geeignet einen falschen Optimismus hervorzurufen. Die Steigerung ist lediglich in der Klasse der über 5 Jahre alten Pferde zu verzeichnen und dürfte in der Hauptsache der Rückkehr der Militärpferde und der Einfuhr aus dem Ausland zuzuschreiben sein.

Rindvieh	Anzahl am 1. September 1919	Anzahl am 2. September 1918	Zunahme (+) oder Abnahme (—) Stück	%
Gesamtzahl	16 357 364	16 803 368	—446 004	—2,0
Kälber unter 3 Monaten	1 670 603	1 682 505	—11 902	—0,7
Jungvieh, 3 Monate bis 1 Jahr	2 700 663	2 647 916	+52 747	+2,0
Jungvieh, 1 bis 2 Jahre	2 381 026	2 498 872	—117 846	—4,7
über 2 Jahre alte Bullen, Stiere und Ochsen	991 833	1 161 014	—169 181	—14,5
über 2 Jahre alte Kühe und Färsen	8 613 239	8 818 061	—204 822	—2,3
davon Milchkühe	7 682 785	7 876 154	—193 369	—2,4

Beim Rindvieh hat nur die Gruppe von 3 Monaten bis 1 Jahr um 2 % zugenommen, was darauf hinweist, daß im Winter 1918-1919 etwas mehr Kälber abgesetzt worden sind. Leider hat diese Tendenz nicht angehalten. Der jüngste Nachwuchs, die Kälber unter 3 Monaten, ist schon wieder um 2 % zurückgegangen. Das ist bei dem Rückgang der Kühe und der gesteigerten Nachfrage nach schwarzgeschlachtetem Kalbfleisch kein Wunder. Am stärksten ist der Rückgang bei den Ochsen über 2 Jahren mit 14,5 % und dem Jungvieh zwischen 1 und 2 Jahren mit 4,7 %. Das kommt daher, daß diese Gruppen am meisten durch die Zwangsablieferungen betroffen werden.

Schweine	Anzahl am 1. September 1919	Anzahl am 2. September 1918	Zunahme (+) oder Abnahme (—) Stück	%
Gesamtzahl	11 999 431	9 623 277	+1 476 154	+15,3
unter 8 Wochen alt	2 625 261	2 520 094	+105 167	+4,2
8 Wochen bis ½ Jahr alt	4 588 000	4 029 173	+558 827	+13,8
½ bis 1 Jahr alt	2 583 946	1 889 421	+696 525	+36,8
über 1 Jahr alt	1 302 224	1 184 589	+117 635	+9,8
davon Zuchteber	55 942	49 447	+6 495	+13,1
davon Zuchtsauen	1 065 514	984 286	+87 228	+8,2
davon andere Schweine	180 768	150 856	+29 912	+16,5

Bei den Schweinen ist erfreulicherweise überall eine Zunahme zu verzeichnen, die am meisten bei den Mastschweinen von ½ bis 1 Jahr ins Auge fällt. Die Steigerung beträgt hier 36,8 %. Es ist also eine ganz beträchtliche Menge zur Mast mehr aufgestellt worden. Auch die gesteigerte Aufstellung von Zuchtsauen und Zuchtebern ist ein gutes Zeichen für den Aufschwung der Schweinehaltung.

Kleinvieh	Anzahl am 1. September 1919	Anzahl am 2. September 1918	Zunahme (+) oder Abnahme (—) Stück	%
Schafe	5 873 149	5 475 986	+337 163	+6,1
davon unter 1 Jahr alt	2 142 833	2 031 358	+111 475	+5,4
Ziegen	4 564 210	4 525 907	+38 303	+0,9
davon unter 1 Jahr alt	1 596 591	1 662 858	—66 267	—4,0
Kaninchen	10 501 097	12 615 574	—2 114 447	—16,7

Die Schafhaltung ist erfreulicherweise etwas gestiegen, was wohl in der Haupt-

sache auf die Steigerung der Wollpreise und auf den Wunsch zurückzuführen ist die durch den Rückgang der Rindviehhaltung bedingte Minderproduktion von Stallmist durch Schafmistproduktion auszugleichen. Die Gesamtzahl der Ziegen hat ein wenig zugenommen; aber der Nachwuchs der Kuh des kleinen Mannes wandert bereits bedauerlicherweise in erheblichem Umfang in die Ziegenwurst. Die Zahl der Kaninchen, der schlechtesten Futterverwerter unter den Haustieren, ist erheblich zurückgegangen; zum Teil ist das auf Seuchen zurückzuführen.

Federvieh	Anzahl am 1. September 1919	2. September 1918	Zunahme (+) oder Abnahme (—) Stück	%
Gänse	8 413 186	7 407 722	+1 005 464	+13,5
Enten	4 877 594	4 623 595	+253 999	+5,5
Hühner	47 627 915	47 229 153	+398 762	+0,8

Beim Federvieh ist überall eine Steigerung zu verzeichnen, am geringsten bei den Eier produzierenden Hühnern, am reichsten bei den Enten und Gänsen, die gutbezahlte Braten für die Küche der Großstadtrestaurants und das Heer der *Schieber* liefern.

Organisationen und Körperschaften Der Deutsche Landwirtschaftsrat hielt in Berlin am 20. und 21. April eine Plenarsitzung ab. Er forderte vom neuen Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Anerkennung der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion als wichtigste Aufgabe für die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftslebens und die schleunige Inangriffnahme eines großzügigen Agrarprogramms. Zur Sicherung der Ernährung der industriellen und großstädtischen Bevölkerung verlangte er unter anderm die gesteigerte Zuführung künstlicher Düngemittel und Futtermittel an die Landwirtschaft zu angemessenen Preisen, die Sicherung des Hackfruchtbaus durch Zuhilfenahme eingeübter ausländischer Wanderarbeiter. Er machte ferner erneut darauf aufmerksam, daß, unbeschadet einer sachgemäßen Durchführung des Reichssiedelungsgesetzes vom 11. August 1919, die Zwangsaufteilung der Großbetriebe katastrophale Folgen für die Volksernährung haben würde.

In Memel ist eine neue Landwirtschaftskammer gegründet worden, da die dortige Landwirtschaft, sobald der Memelstrom die neue Grenze bildet, ihre führende Organisation verliert und auf sich selbst angewiesen ist. Das Zustandekommen dieser Organisation ist nur durch ein Zusammengehen aller Landwirte ohne Rücksicht auf Besitzgröße und Nationalität (Deutsche und Litauer) möglich gewesen. Die Abgeordneten sind je zur Hälfte von den landwirtschaftlichen Vereinen und von den Kreistagen gewählt worden. Geschäftssprachen sind die deutsche und die litauische, beide einander gleichberechtigt.

Der Verband der westpreußischen Landwirtschaft ist in Danzig als Rechtsnachfolger der Westpreußischen Landwirtschaftskammer ins Leben gerufen worden. Vorsitzender ist der ehemalige Oberregierungsrat Kette, Geschäftsführer der bisherige Generalsekretär der Landwirtschaftskammer Steimmig.

In München ist der Bayrische Energiewirtschaftsverband gegründet worden. Er ist eine Arbeitsgemeinschaft von öffentlichen und privaten Körperschaften von Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe sowie Einzelpersonen in Bayern, die für die Förderung des bayrischen Wirtschaftslebens arbeiten. Die Aufgaben sollen erfüllt werden 1. durch Zusammenfassung von Gesellschaften und Stellen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu einheitlicher Stellungnahme in allen einschlägigen Fragen; 2. durch Beratung der maßgebenden Stellen bei Durchführung der Sozialisierung der Wasserkraft- und Energiewirtschaft in Bayern und im Reich; 3. durch einheitliches Zusammenarbeiten mit angrenzenden Ländern des Deutschen Reichs und Deutsch Österreichs zur Regelung gemeinsamer einschlägiger Fragen; 4. durch Förderung der Bestandserhebung und Statistik für ausgenutzte und noch auszunutzende Energiequellen im Einvernehmen mit Reichs- und Landesbehörden; 5. durch Beratung und Nachweis vorhandener Energiequellen an Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft; 6. durch Förderung des Ausbaus von Wasserkräften und anderen Energiequellen.

Totenliste Kurz nach Vollendung seines 82. Lebensjahrs ist im Januar der Senior der deutschen Landwirtschaftslehrer Wilhelm Fleischmann in Göttingen gestorben. Fleischmann, der aus Erlangen stammte, war zuerst Lehrer der Naturwissenschaften an der Realschule in Memmingen, wo er gleichzeitig eine landwirtschaftliche Versuchsstation leitete. Später wurde er Realschuldirektor in Lindau. 1876 begründete er die

erste deutsche milchwirtschaftliche Versuchsstation, die er bis zu seiner Berufung zum ordentlichen Professor und Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität Königsberg im Jahr 1886 leitete. Von Königsberg aus rief er auch die Molkereilehranstalt Tapiau als eine Musteranstalt auf diesem Gebiet ins Leben. 1896 siedelte er nach Göttingen als Professor und Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität über. Fleischmann war noch einer der letzten Mitarbeiter Justus von Liebigs. Mit ihm ist die erste Autorität auf dem Gebiet des Molkereiwesens dahingegangen.

Im März starb der frühere Direktor des Berliner Zentralviehhofs Otto Hausburg in seinem 90. Lebensjahr. Er war von 1862 bis 1874 Generalsekretär des Landwirtschaftlichen Zentralvereins in Königsberg, dann Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats und wurde im Jahr 1880 zum Direktor des damals in Berlin errichteten Zentralviehhofs gewählt, an dessen Spitze er bis 1901 stand. Um die Entwickelung dieses Instituts hat er sich sehr verdient gemacht.

Übergangspublikationen »Derjenige Staat wird am ehesten von den Wunden, die ihm der Krieg geschlagen hat, genesen, der es versteht seine Landwirtschaft zu entwickeln und die in ihr ruhenden Kräfte dem Staatsgedanken dienstbar zu machen«, sagt G. Oldenburg in seiner 155 Seiten starken Denkschrift Der Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichts und Beratungswesens in Preußen /Berlin, Parey/. Das 1. Kapitel der Denkschrift behandelt in überzeugender Weise die dringende Notwendigkeit verstärkter und beschleunigter Förderung des landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Beratungswesens. Dann folgen 2 Abschnitte über die Förderung der beruflichen Ausbildung und die Organisation und Förderung der Wirtschaftsberatung, in denen die Wege gewiesen werden, die zu einer allgemeinen Verbreitung von Fachkenntnissen und zur Verwertung der für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion brauchbaren Forschungsergebnisse auf breitester Basis eiligst beschritten werden müssen. Ein weiteres Kapitel handelt von der Beschaffung der erforderlichen Mittel zur Ausgestaltung des Unterrichts- und Beratungswesens. Ein Anhang ergänzt die Darlegungen durch wertvolle statistische Zusammenstellungen und die Wiedergabe einschlägiger Verordnungen. Die im landwirtschaftlichen Lehrberuf und in der Beratung praktisch tätig sind, werden Oldenburg für seine trefflichen Ausführungen zu den brennenden Fragen, die uns alle bewegen, herzlich dankbar sein. Man wird sicher noch manchen harten Strauß gegen den Bureaukratismus und das Bonzentum in der Verwaltung und bei den Kammern ausfechten müssen, die bisher einer freien Entwickelung und freudiger Arbeit der in der landwirtschaftlichen Berufsausbildung tätigen Stellen stets hemmend und lähmend im Weg gestanden haben. Die Denkschrift ist für alle landwirtschaftlichen Körperschaftsbeamten und Fachlehrer unentbehrlich. Ihr eingehendes Studium ist aber auch vor allem denen dringend zu empfehlen, die in *Schulabteilungen* und in Schulkuratorien sitzen, ohne jede Ahnung vom Aufbau des landwirtschaftlichen Fachschulwesens. Auch alle, die als Abgeordnete in Parlamenten zu der für das deutsche Volk so überaus wichtigen Frage der Besserung der Volksernährung Stellung zu nehmen haben, werden die Denkschrift mit Nutzen lesen.

Kurze Chronik Der preußische Landwirtschaftsminister hat unter dem 18. Februar 1920 Vorschriften über die Annahme und Ausbildung von Kulturamtsvorstehern erlassen. Es kommen vorzugsweise Gerichts- und Regierungsassessoren und Landwirte in Frage, die für das Lehramt der Landwirtschaft geprüft sind. ◇ Auf Veranlassung des preußischen Landwirtschaftsministers fand vom 13. bis zum 21. April in Stendal eine Tagung preußischer Tierzuchtinspektoren statt, an der 70 Tierzuchtinspektoren teilnahmen. Eine jährliche Wiederholung dieser Veranstaltung erscheint geboten. ◇ An Stelle Kreuslers ist der Professor der Landwirtschaftlichen Akademie zu Tetschen /Böhmen/ Hubert Kappen zum Ordinarius für Chemie und Technologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf ernannt. ◇ Auf den neuen ordentlichen Lehrstuhl für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Göttingen ist der Hauptgeschäftsführer der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg Wilhelm Seedorf /Berlin/ berufen worden.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION ELLA BORMANN IN CHARLOTTENBURG / VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN / DRUCK VON HANS DOHRN IN BERLIN